

Wir müssen die Freiheit zu Ende denken,
damit der Wohlstand und die Sicherheit für alle möglich wird

Die Suche nach einer tragbaren Ordnung im Chaos der Gegenwart

Ein *Offener Brief*
an den Herausgeber des Handelsblattes, Gabor Steingart

Der Anlass:
Die Beteiligung des Hauptadressaten an der Sendung Maybrit Illner
„Auf verlorenem Posten – Scheitert Merkel an Europa?“
vom 18. Februar 2016.

<http://www.zdf.de/ZDFmediathek/kanaluebersicht/414#/kanaluebersicht/414>

von
Tristan Abromeit

(Abschluss 9. März 2016)
www.tristan-abromeit.de

Text 144.0

Anhang

Text 144.1

DER HOMO OECOMICUS

Aus: PROF. DR. Hans Sveistrup
Stirners drei Egoismen /
Wider Karl Marx, Othmar Spann und die Fysiokraten, 1932 /1983

Silvio Gesell zu Pater Oswald von Nell-Breuning

Aus „Silvio Gesell / Gesammelte Werke, Bd. 17 (1927 – 1930) die Seiten 50 bis 55, veröffentlicht unter dem Titel Die Westdeutsche Arbeiterzeitung und das Freigeld.

Hinweise auf:

a) Text 56.2.1 „**Warum und wie zur Freiwirtschaft**“

Ein Text von dem jüdischen Arzt Dr. **Max Sternberg** in Emden
aus dem Jahr 1924.

Er setzt sich auch mit der damaligen Presse auseinander.

<http://www.amazon.de/Nachhaltige-%C3%96konomie-Ziele-Herausforderungen-L%C3%B6sungswege/dp/3110370956>

b) Text 105.3.2.1 „**Vor einer Mutation unseres Wirtschaftssystems**“

von Ernst Winkler, 1984 / 1994

http://www.tristan-abromeit.de/pdf/105.3.2.1_Winkler.E.Mutation.pdf

Freiheit zu Ende denken - 1 - Ordnung suchen. 144.0

Werter Herr Steingart,

zuerst eine **Vorbemerkung**: Eigentlich wollte ich Ihnen nur ein paar persönliche Anmerkungen zu Ihrem Auftritt in der Talkshow mit Mabritt Illner schreiben. Dann hat sich aber das Thema (oder besser die Themen) in meinem Kopf so verselbständigt, dass schreibend der Charakter eines persönlichen Briefes gesprengt wurde. So wurde daraus ein Offener Brief. Für die Bezeichnung Abhandlung fehlt dem Text die Systematik und Gliederung. Das hat sich teils so ergeben und teils ist es auch gewollt, denn systematische Arbeiten zu Teilbereichen des hier angeschnittenen Themenkomplexes gibt es genug. Die gesellschaftliche Wirklichkeit spricht aber nicht für den Erfolg der vielen Abhandlungen und Gutachten. Mein Anliegen ist, Anregungen für bessere Abhandlungen und Zeitungsartikel zu liefern. Die nachfolgenden Zeilen und Seiten sind in Etappen geschrieben, so wie es gerade im Tagesablauf passte. Ich habe nicht geschaut, was ich jeweils vorher in die Tasten getippt habe. Es sind daher thematische Wiederholungen und Überschneidungen möglich. Das werden Sie aber selber feststellen können, wenn Sie denn selber zu den Lesern dieses an Sie gerichteten Offenen Briefes gehören werden, was ja nicht gewiss ist. Und nun folgt der ursprüngliche Anfang.

Tristan Abromeit

Sehr geehrter Herr Steingart,

ich schaue mir Talkshows nur noch selten an, nicht, weil ich die Talkmaster/innen für inkompetent halte oder unsympathisch finde, sondern weil mir diese vorkommen wie Domppteure in der Zirkusarena. Welche Tiere sie vorführen und welche Dressurmethode sie anwenden dürfen, so erscheint mir, bestimmen mir die jeweiligen „Zirkusdirektoren“ im Hintergrund. Der Eindruck herrscht, den Medienmachern ist der Unterhaltungswert – und damit die Einschaltquote – wesentlicher als der Erkenntnisgewinn, den der Zuschauer haben sollte. Das ist ein Aspekt, der zu berücksichtigen ist, wenn auf die Frage, warum der Begriff „Lügenpresse“ eine neue Auflage erfahren hat, eine Antwort gesucht wird.

Ich habe mir die Sendung mit Maybrit Illner trotzdem über die Mediathek angeschaut, weil ich sehen und hören wollte, wie Sie sich als Gast in der Gesprächsrunde bewähren. Mein spontanes Urteil nach dem Ablauf der Sendung war: „Akzeptabler Spieler in der zweiten Liga der Meinungsmacher.“ Dieses Urteil ist aber ungerecht, weil die Leistung eines Teilnehmers in einer Gesprächsrunde nicht nur von den eigenen Fähigkeiten eines Teilnehmers, nicht nur vom Thema, der zur Verfügung stehenden Zeit und der Moderatorin abhängt, sondern auch von den Beiträgen der anderen Gesprächspartner. Es ist ja durchaus eine Tugend auf das einzugehen, was die Gesprächspartner sagen, das kann aber dazu führen, dass die eigene Botschaft gar nicht richtig vorgetragen werden kann.

Ich habe bei der Wahrnehmung ihrer Redebeiträge auch gedacht: „Der Gabor muss aber noch zulegen, wenn er in der ersten Liga der Meinungsmacher mitspielen will. Ich sage aber gleich, dass ich selber nicht einmal die Chance habe, in der Kreisliga von Talkshows mitzuspielen, nicht weil ich nichts zu sagen hätte, sondern weil ich mich spätestens beim zweiten Satz verhaspeln würde und für den dritten Satz zu viel Zeit benötigen würde, um ihn in der vorgegebenen Zeit zu formulieren. In der Meinungsindustrie sind aber Menschen mit schneller Zunge und heißer Feder gefragt. Aber dieses von mir gedachte „Zulegen“ ist für Sie ja vielleicht gar nicht möglich, weil Sie vielleicht als Herausgeber einer Zeitung auch nur ein Dompteur der Redakteure sind, der selbst an der Leine eines Zirkusdirektors – der in Ihrem Metier dann *Verleger* heißt – geführt wird. (Und der Verleger ist dann wieder abhängig von dem Börsenkurs seines Verlages.) Das ist nicht eine Unterstellung von bestimmten Verhältnissen, sondern markiert die Schwierigkeiten eines Mediennutzers, den wahren Sachverhalt zu erkennen.

Warum schreibe ich Ihnen das? In der Talkshow ging es ja auch um die Frage, ob sich unsere Bundeskanzlerin, Frau Merkel, noch halten kann. Sie äußerten, dass kein Mensch – bis auf Frau Illner – unersetzlich ist und deuteten den Finanzminister Wolfgang Schäuble als Ersatz an. Meine Meinung dazu:

a) Zu der Ersetzbarkeit ist zu sagen, dass Ihre Aussage stimmt, wenn sie auf die Rolle bezogen ist, die ein Mensch einnimmt. Wenn wir aber von der Einmaligkeit jedes einzelnen Menschen in der Masse der Menschen ausgehen, stimmt ihre Aussage nicht mehr. Das ist wichtig zu betonen, weil es sonst ziemlich schnell egal ist, ob im Krieg oder auf der Flucht Menschen umkommen oder nicht. In Bezug auf die Bewältigung einer Situation ist der Ersatz einer Person in der Sache nur gerechtfertigt, wenn a) der Austausch einer Person einen wirklichen Vorteil erwarten lässt oder b) wenn anerkannte und eingeübte Spielregeln das erfordern. Sie als Herausgeber einer großen Zeitung sind für den Zustand unserer Republik genauso mitverantwortlich wie die Kanzlerin, wenn auch institutionell bedingt in einem geringeren Maße. Ich habe den Eindruck, dass Sie noch nicht ausgetauscht werden sollten, weil Sie Ihren Beitrag, den Sie zur Rettung der Republik leisten könnten, noch nicht geleistet haben. Da ich vermute, dass Ihre persönliche, wirtschaftliche Situation abgesichert ist, könnten sie auch mehr wagen als ein Redakteur mit einem Zeitvertrag, der womöglich noch von der Chefredaktion ausgebremst wird. Zum richtigen Wort zur rechten Zeit gehört weniger eine prophe-

tische Begabung als vielmehr die Einsicht in politische und ökonomische Zusammenhänge. Auch wenn Einsichten mit dem Risiko des Irrs belastet sind und dem Mainstream der Gelehrtenmeinung widersprechen, sollten sie ausgesprochen werden oder zu lesen sein.

b) Gegen Angela Merkel und Wolfgang Schäuble habe ich als Menschen – soweit ich mir ein Bild aus ihrer Medienpräsenz machen konnte – keine Vorbehalte und vor der Quantität ihrer Leistungen habe ich großen Respekt, nicht aber vor den politischen Inhalten. Von Frau Merkel habe ich den Eindruck, dass sie zu sehr (unbewusst ?) von der Rolle des Staatsratsvorsitzenden der untergegangenen DDR geprägt wurde und Wolfgang Schäuble repräsentiert als Finanzminister den Bereich, der Deutschland und die Welt aufgrund mangelnder Einsichten immer wieder in Bedrängnis bringt. Er repräsentiert auch die alte BRD, die aufgrund ihrer Unfähigkeit, ökonomische Probleme zu erkennen und zu beseitigen, die mörderische RAF provoziert und zudem die Idee von der Sozialen Marktwirtschaft verraten hat. Beide Namen stehen auch für den Verrat des Auftrages des GG der im Artikel 146 der ursprünglich wie folgt lautete:

Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.

„Unter anderem hat Schäuble den [Wiedervereinigungsvertrag](https://www.hdg.de/lemo/biografie/wolfgang-schaeuble.html) für die Bundesrepublik unterschrieben.“ <https://www.hdg.de/lemo/biografie/wolfgang-schaeuble.html>

Und dieser Vertrag war – so schlecht oder gut er ist – kein Vertrag der Deutschen diesseits und jenseits der unseligen Grenze vergangener Jahre, sondern ein Werk der westdeutschen Politikerkaste und der damals noch blinden Neu-Demokraten von jenseits der Grenze.

Wenn Jubiläen zur Wiedervereinigung gefeiert werden, wird im Grunde die erneute demokratische Entmündigung der Deutschen gefeiert. Ich sehe daher keinen Gewinn, wenn Wolfgang Schäuble den Platz von Angela Merkel einnimmt. So wie bei uns Politik gemacht wird, passt auch besser ein Konzernmanager auf den Kanzlerstuhl. Ich will mit diesen Sätzen darauf hinweisen, dass wir doch nicht nur eine Flüchtlingskrise haben, nicht nur eine Krise der Ökonomie (bei uns abgeschwächt zu Lasten anderer Staaten), nicht nur ein Dauerunbehagen über das Bildungssystem und eine Überlastung des sozialen Sicherungssystems, sondern auch eine Krise unserer Demokratie. All das verunsichert die Bürger, darunter besonders jene, die über den eigenen Tellerrand hinausschauen.

Sie, Herr Steingart, haben in der Talkrunde wenigstens auf das Demokratiedefizit bei der Entscheidung für offene Grenzen für Flüchtlinge durch die Bundeskanzlerin hingewiesen. Aber das Stichwort hat keiner aufgegriffen. Den Meinungsmachern in unserer Republik genügt es, wenn sie auf die Demokratiedefizite am rechten Rand hinweisen, jene im Zentrum der Demokratie im Bundestag sehen sie nicht. Das Recht im Artikel 20 (2) GG, das die Ausübung der Staatsgewalt des Volkes auch durch Abstimmungen garantiert, wird seit Bestehen der Bundesrepublik den Bürgern verweigert und dieser Verrat wird dann von den Tätern in Verfassungstreue umgemünzt. Und dann die inhaltliche Verdrehung des Satzes „Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit.“ im Artikel 21 in: „Jene Parteien haben das Monopol auf politische Willensbildung, die mit Hilfe der Staatsfinanzierung und indirekter Unterstützung staatlicher Institutionen die wettbewerbsfeindliche 5%-Hürde überwinden, haben das Monopol auf politische Willensbildung.“

Es gibt ja den Spruch: Etwas ist faul im Staate Dänemark!¹ Ich weiß nicht, ob die Dänen von heute ihr Land selbst so einschätzen. Bei uns stinkt es allemal. Die Art der Inhaltsgestaltung der Medien hilft dabei, den Gestank mit ablenkenden Düften zu übertünchen. Ich vermute, dass auch hier eine Ursache für den Eindruck vieler Menschen liegt, dass wir eine Lügenpresse haben.² Ich denke, dass der Begriff *Lügenpresse* das Unbehagen ausdrückt, was vielen Menschen durch die Medien verursacht wird und nicht die direkte Lüge meint, die auch vorkommen mag. Mir scheint, der Begriff drückt das Misstrauen vieler Menschen in der Art der Selektion der Nachrichten, Meinungen und Geschichten aus. Ein wesentlicher Bestandteil der Gestaltung der Medieninhalte ist doch die Selektion von wenigen Inhaltseinheiten aus einer übergroßen Fülle von Inhaltseinheiten. Die Selektoren können natürlich nicht jeden Leser und jeden Hörer / Zuschauer zufrieden stellen, weil ihre Erwartungen aufgrund persönlicher Hintergründe und Interessen zu verschieden sind. Aber wenn zu viele Menschen sich auf Dauer in den Berichten mit ihren eigenen Wahrnehmungen, Erkenntnissen und Erlebnissen nicht wiederfinden, dann ist der ungenaue Begriff „Lügenpresse“ berechtigt. Die Frage ist, was läuft falsch bei der Selektion der Inhalte? Sind es Kapital- oder Herrschaftsinteressen, Mängel in den Ausbildungsgängen und / oder Prägungen in einer Bil-

1 Ich habe nachgeschaut: Er ist aus Shakespeares Trauerspiel > Hamlet <.

2 Dass die Mitwirker in den Massenmedien den Begriff nicht gerne hören, ist ja verständlich, denn Mitarbeiter eines Autobauers hören auch nicht gerne, dass sie nur Schrottautos bauen. Aber statt auf den Gebrauch des Begriffes durch die Nazis - vor ihrer Herrschaft, denn in der Zeit ihrer Herrschaft war die Lüge Hauptbestandteil der Presse - zu verweisen, sollten sie Ursachenforschung betreiben, denn bekanntlich hat alles eine Ursache.

dungslandschaft, dem das Attribut „freiheitlich“ fehlt. Ich denke, es ist ein Gemisch von allem. Die Funktionäre in der Politik und in den Medien haben gleiche Bildungsgänge durchlaufen, haben einen ähnlichen Blick auf das Zeitgeschehen und ähnliche Beurteilungskriterien. Trotz der Fülle der Medien entsteht so der Eindruck, dass alle Redaktionen von einer Stelle aus gelenkt werden.

Sie selber, Herr Steingart, haben ja auch schon kritisch Stellung genommen zu dem, was der Journalismus produziert. Ich erinnere mich an einen Vortrag von Ihnen, den Sie in Frankfurt (?) gehalten haben und der im Netz zu lesen war. Auf der Suche danach stieß ich auf einen Beitrag von Michael Hanfeld in der FAZ zu der Sendung mit Maybrit Illner, die mich auch veranlasst, hier meine Stellung dazu zu beschreiben. Der Titel zu dem FAZ-Online-Beitrag lautet:

>>TV-Kritik: Maybrit Illner Illusion ist machbar, Frau Nachbar

„Scheitert Merkel an Europa?“ lautete das Thema bei Maybrit Illner. Doch sollte die Frage nicht besser lauten: Scheitert Europa an Merkel? Dass Angela Merkel die Kontrolle verloren hat, sagte jetzt wenigstens auch mal einer im ZDF. <<

Sie kommen bei Hanfeld gut weg: Er schreibt u. a.:

„Merkel hastet von einer Illusion zur nächsten“

Vornehm blieb bei Maybrit Illner auch der „Handelsblatt“-Herausgeber Gabor Steingart, aber hart in seinem Urteil. „Angela Merkel hastet von einer Illusion zur nächsten“ sagte er. Sie müsse sich korrigieren, Obergrenzen benennen, die Landesgrenzen sichern. Es sei an der Zeit, dass in der Politik wieder das „Prinzip Ordnung“ Einzug halte. Wie wenig das zurzeit gilt, davon berichtete der CDU-Stadtrat aus Berlin-Neukölln, Falko Liecke. Er verwaltet den Mangel der deutschen Flüchtlingspolitik an der Basis und weiß davon zu berichten, dass die Menschen die Zuversicht verlieren, dass Angela Merkel noch etwas anderes als ihr Schaffens-Mantra zustande bringt. Und bei denen, von denen er spreche, handele es sich nicht um AfD-Wähler, sagte Liecke.

Gabor Steingart rechnet indes damit, dass die Bundeskanzlerin ihre Politik der ruhigen Hand beendet und eine „Kehrtwende“ hinlegt. Und das sei dem Land auch zu wünschen. Ob die nahenden Landtagswahlen, vor denen sich insbesondere der grüne Ministerpräsident Winfried Kretschmann in der Flüchtlingsfrage beweglich zeigt, eine solche Kehrtwende beschleunigen? Für die [CDU](#) dürfte der Zug, zumindest in Baden-Württemberg, blickt man auf die jüngsten Umfragen, welche die Partei dort bei jetzt nur noch 31 Pro-

zent sehen, schon abgefahren sein. Wobei das ja gar nicht die entscheidende Frage ist.

http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/medien/tv-kritik/tv-kritik-maybrit-illner-illusion-ist-machbar-fraunachbar-14078728-p2.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2

Michael Hanfeld schreibt auch von der einmaligen Isolierung in der Nachkriegszeit, in der die Bundeskanzlerin die Bundesrepublik getrieben hat. Diese Isolierung habe ich schon am Beginn ihrer großzügigen Einladung auf Kosten anderer kommen sehen.

Die mir sympathisch erscheinende Teilnehmerin der Gesprächsrunde, die Unternehmerin Sina Trinkwalder, ist bei Hanfeld durchgefallen. Bei mir auch. Als sie sich der vielen Migranten rühmte, die sie in ihrem Unternehmen beschäftigt, habe ich gedacht: „Erzähl doch mal, wie viel Fördergelder du für diese erhältst.“ Um Missverständnissen vorzubeugen: Ich kritisiere nicht die Haltung, die eine Hilfe für Flüchtlinge fordert. Kritisiert wird eine blinde Hilfe, die letztlich die Helfer und die Hilfsbedürftigen gefährdet.

Die Politik der Bundeskanzlerin ist ja der Versuch einer politischen Vergewaltigung der EU-Mitgliedsstaaten und offenbart die Entmündigung des Parlamentes. Ihre Motive für die Einladung der Mühseligen und Beladenen sind ja nicht einmal bekannt. Das Motiv der Nächstenliebe – das sie als Privatperson ehrt – dürfte nicht der alleinige Grund gewesen sein. Wollte sie eine Einwanderung ohne ein schwierig durchzusetzendes Einwanderungsgesetz oder war und ist sie anderweitig – außerhalb des regulären Politikbetriebes – politisch gebunden? Wir werden es später oder nie erfahren. Jedenfalls liegt ihr Handeln außerhalb ihrer Kompetenz und beruht vermutlich auf Denkfehler. Es geht aber nicht an, die Bundeskanzlerin alleine für die Fehlentwicklung verantwortlich zu machen. Der ganze Bundestag ist der Mittäterschaft zu bezichtigen. Diese Mittäterschaft beginnt aber schon zu einem Zeitpunkt, als noch kein Flüchtling im Mittelmeer ertrunken ist in Italien oder Griechenland gestrandet war.

Herr Steingart, Hanfeld referiert auch ihrer Gedanken: > Es sei an der Zeit, dass in der Politik wieder das „Prinzip Ordnung“ Einzug halte.< Wenn ich mich richtig erinnere, lief der Gedanke auf eine internationale Verständigung hinaus, bei der Deutschland oder Europa verzichtet, ihre Vorstellungen von Demokratie und Freiheit den anderen Staaten abzuverlangen. Angemerkt sei, dass Ihr Gesprächspartners Thomas Oppermann diese Ordnung mit Freiheit und sozialer Gerechtigkeit verbunden sehen möchte, was in meinen Ohren wie ein Pflichtbe-

kenntnis klang. Nur Freiheit und soziale Gerechtigkeit kann das Modell Sozialdemokratie – das mehr oder weniger von allen Parteien übernommen wurde. Es ist eine der leeren Worthülsen aus Politikermund. Der Schwund der Wählerzustimmung – von der fast täglich berichtet wird – müsste alle Parteien treffen, die das Modell Sozialdemokratie vertreten. Zu vermuten ist, dass der hohe Anteil der Nichtwähler, hier seine Ursache hat.

Der Begriff *Ordnung* ist in dieser Debatte durchaus von überragender Bedeutung. Hätte nämlich in den Ländern, aus denen die Flüchtlinge kommen, eine Ordnung bestanden, die den Flüchtlingen ein Leben ohne Not, aber in Würde und Freiheit ermöglicht hätte, wären sie nicht zu uns gekommen. Aber wer von internationaler Ordnung spricht und diese fordert, sollte sich erst für eine tragfähige Ordnung im eigenen Land einsetzen. Und das kann nur mit der Bilanzierung dessen einsetzen, was wir sein wollen und was wir sind. Die Mitglieder der Politikerkaste³ sprechen gerne von einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Die Antwort auf die Frage, ob wir diese denn haben, ist auch eine Frage des Maßstabes. Nach meinen Maßstäben haben wir sie nicht. Wir haben eine Parteien- und Verbandsherrschaft verbunden mit einer Narrenfreiheit für die Bürger, die als Wähler die Legitimation für den Zustand liefern sollen. Wir beanspruchen, eine soziale Marktwirtschaft zu haben, obwohl das Modell Soziale Marktwirtschaft schon im Entstehungsstadium von den Kräften sabotiert wurde, die dann die Bundesrepublik dominiert haben. Wir haben eine Wirtschaftsform, die wie in der NS-Zeit aus einer Mischung von Staatsinterventionismus, Kapitalismus und rudimentären Elementen von Marktwirtschaft besteht. Die Bildungsökonomie und die Ökonomie der sozialen Sicherheit sind an das Modell der Zentralverwaltungswirtschaft angelehnt. Es herrscht keine Vorstellung darüber, ob wir uns zu einer Kommandowirtschaft oder zu einer Verkehrswirtschaft (W. Eucken) hin entwickeln wollen. Im Grunde ist nicht nur die Welt als Ganzes, sondern wir als die noch ökonomisch erfolgreiche Nation orientierungslos. Diese Orientierungslosigkeit produziert die Unsicherheit im politischen Denken und Handeln und ist der eigentliche politische Sprengstoff, der zur Selbstzündung neigt.

Wenn hier von Ordnung gesprochen wird, sollte aber klar sein, dass dieser Begriff nicht im

3 Den Begriff Politikerkaste verwende ich hier ohne den Beigeschmack der Verachtung – den man da herauslesen kann. Es geht hier nur um die Kennzeichnung eines Verhältnisses von Volk und Herrscher, das es so in einer Demokratie nicht geben sollte. Das Volk wird zu dumm für politische Geschäfte gehalten. Es hat statt der Zustimmung durch den Jubel zur Herrschaft in der Monarchie und in der Diktatur, diesen durch ein Kreuz auf dem Wahlzettel zum Ausdruck zu bringen und sonst nur die Verlautbarungen der Regierenden zur Kenntnis zu nehmen. Das sich viele Mitglieder der Politikerkaste selber als Entmündigte und Getriebene vorkommen, steht auf einem anderen Blatt und es zeigt nur, dass mit unserem Regierungssystem etwas nicht stimmt.

Sinne des Schlagwortes *Law und Order* – also von einer Ordnung, die von anderen gesetzt wird und der man sich selbst zu unterwerfen hat – benutzt wird, sondern im Sinne einer demokratisch formulierten und gewählten Systemordnung, die eine optimale individuelle und kollektive Entwicklung der Mitglieder einer gesellschaftlichen Einheit oder zwischen verschiedenen Gesellschaften ermöglicht, besser: ermöglichen soll.⁴ Denn bei den richtigen Einsichten in eine Systemordnung kann man nach ihrer Einführung mit den geplanten Wirkungen rechnen. Ein überschaubares Risiko muss eingegangen werden. Und damit das Wahrscheinliche Wirklichkeit wird, muss vorher gründlich über das, was man will und über die notwendigen Bausteine nachgedacht werden. Dieses Nachdenken setzt doch – gruppenspezifisch gesprochen – immer dann ein, wenn die vorhandenen Ordnungen nicht jene Ergebnisse liefern, die schon über einen längeren Zeitraum erwartet wurden, aber nicht eintrafen. Und das dann neue Nachdenken ist der Gefahr von Denkfallen ausgesetzt. Eine der Fallen ist das herkömmliche Denken über Sachverhalte – auch in Form einer Ideologie. Eine andere Falle ist, dass Systembedingungen nicht erkannt oder nicht umgesetzt werden, weil sie partiellen Interessen widersprechen. In der Stunde Null nach dem Zweiten Weltkrieg, als ein neues Nachdenken über die Gestaltung vom restlichen Westdeutschland notwendig war, hatte man sich im politischen Bereich doch noch gar nicht vom Denken in monarchistischen Kategorien und vom Prinzip *Befehl und Gehorsam* – das über das Führerprinzip des Dritten Reiches in die damalige Gegenwart transportiert wurde – gelöst. Und wenn im ökonomischen Bereich sich die SPD hätte durchsetzen können, hätten wir bestenfalls eine bessere DDR-Ökonomie erhalten, denn in ihr war die marxistische Prägung ihres Denkens noch vorherrschend. Die Ironie der Geschichte ist, dass sich Marx selbst nicht als Marxist⁵ und auch nicht als Zentrist⁶ verstand. Aber auch die CDU/CSU-Mitglieder waren nicht prädestiniert, vorbehaltlos nach einer neuen Ordnung zu suchen.⁷ In dem Ahlener Programm der CDU aus dem

4 Sobald irgendwo eine neue Ordnung angestrebt wird, ist immer zu fragen, ob damit die Freiheit des einzelnen Menschen begründet werden soll oder seine Knechtschaft. Wohin Ordnungen führen können, deutet der Buchtitel „Die Ordnung des Terrors / Das Konzentrationslager“ an. (Autor: Wolfgang Sofsky)

5 Das habe ich zuletzt gelesen in: „Geschichte der Nationalökonomie“ von Adolf Damaschke, 1922, zweiter Band, Seite 212.

6 So Rudolf Bahro in „Die Alternative“, 1977.

7 Aufgrund meiner Erfahrungen in den 70er Jahren in der FDP habe ich meine Zweifel daran, dass deren Mitglieder damals besser für diese Arbeit gerüstet waren. In Ihrem Morning Briefing vom 23.02. 2016 ist von Ihnen zu lesen: „Sollte Trump tatsächlich bei der Präsidentenwahl zum Jahresende siegen, dürfte die **Flüchtlingswelle** nach Europa weiter anschwellen. Die neuen Flüchtlinge kommen dann nicht über die Balkan-Route, sondern via **Lufthansa-Lounge**. Es sind **Individualisten**, keine Salafisten. Sie lieben die Freiheit mehr als Allah. Das sind die Flüchtlinge, auf die wir gewartet haben.“ Da bei uns der Freiheitsgedanke zur Narrenfreiheit der Beherrschten verkümmert ist und ich mir auch noch kein Parlamentarier aufgefallen ist, der ins Parlament gezogen ist, um für die Freiheit des Bürgers zu kämpfen, wäre die Zufuhr von Freiheitsdenkern tatsächlich notwendig. Nur wenn die Freiheitlichen aus den USA flüchten müssen, haben sie damit bewiesen, dass sie dort ihrer Aufgabe nicht gewachsen waren. Wieso sollten sie dann uns helfen kön-

Jahr 1947 ist zu lesen:

„Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden. Nach dem furchtbaren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruch als Folge einer verbrecherischen Machtpolitik kann nur eine Neuordnung von Grund aus erfolgen.

Inhalt und Ziel dieser sozialen und wirtschaftlichen Neuordnung kann nicht mehr das kapitalistische Gewinn- und Machtstreben, sondern nur das Wohlergehen unseres Volkes sein. Durch eine gemeinschaftliche Ordnung soll das deutsche Volk eine Wirtschafts- und Sozialverfassung erhalten, die dem Recht und der Würde des Menschen entspricht, dem geistigen und materiellen Aufbau unseres Volkes dient und den inneren und äußeren Frieden sichert.“

https://de.wikipedia.org/wiki/Ahlener_Programm

Damals wie heute bestand bzw. besteht für die Mehrheit der Menschen die Schwierigkeit, die Marktwirtschaft vom Kapitalismus zu unterscheiden. Das ist aber notwendig, wenn über die Ordnung einer Volks- und / oder Weltwirtschaft nachgedacht werden soll. Wahrscheinlich hätte die CDU in der Annahme, dass Kapitalismus und Marktwirtschaft nur unterschiedliche Namen für denselben Inhalt sind, die Marktwirtschaft geopfert, wenn es damals nicht kleine Gruppen gegeben hätte, die in das Wesen der Marktwirtschaft eingedrungen waren und wenn ein gütiges Schicksal nicht den Marktwirtschaftler Ludwig Erhard – der in der CDU seine Schwierigkeiten hatte - in eine wichtige gesellschaftliche Schaltzentrale befördert hätte. Die immer neue Verwirrung, die aus der Verwendung beider Begriffe als Synonyme entstehen, ist den Lehrstuhlinhabern und den Hochschulinstituten für Ökonomie anzulasten. Sie selber haben sich ja in Ihrem Buch „Unser Wohlstand und seine Feinde“ bemüht, die Sachverhalte zu differenzieren. Ich komme darauf zurück.

Die Hauptschwierigkeit bei der Formulierung einer sachgerechten neuen Ordnung in der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit nicht nur Begriffe sind, die als Schmuck in Sonntagsreden verwendet werden, besteht darin, dass das Denken zu vieler Menschen auf den Staat als den Übervater ausgerichtet ist. Ich denke, dass die Ursache dafür liegt darin, dass zu wenige Menschen im Kaiserreich, in der Weimarer Republik, dem Dritten Reich, der DDR und in der alten wie der neuen BRD die Erfahrung machen konnten, selbstbestimmt ihre sozial-ökonomische Lage sicher und dauerhaft zu gestalten. Die Menschen merken nicht, dass die

nen?

Freiheit zu Ende denken - 10 - Ordnung suchen. 144.0

Unzulänglichkeiten ihrer sozialökonomischen Lage und ihre Unmündigkeit vom Staat in seinen bisherigen Formen verursacht wurde und wird. Der Staat hat nach wie vor nicht den Status einer dienenden Hilfsorganisation einer Gesellschaft der Freien, sondern immer noch den Charakter eines zuteilenden und fordernden Verwalters von Untertanen. Und wenn von diesem Selbstverständnis aus eine neue Ordnung formuliert wird, kann da nur etwas entstehen, welches schon im Zeitpunkt seiner Verabschiedung unbefriedigend ist.

Nach dem Zweiten Weltkrieg blieb unter dem Druck der Zeit und der Verhältnisse eine gründliche Diskussion der künftigen Gesamtordnung mit ihren Teilordnungen unserer Gesellschaft – die über kleine Kreise hinaus ging - aus. Bei der weiteren Chance, im Vereinigungsprozess von DDR und BRD wurde diese offene, auf breiter Basis basierende verfassungsgebende Selbstfindung der Deutschen von ihren Anführern aus Angst vor Verlusten ihrer Privilegien sabotiert. Ich weiß nicht, ob die allgemeine Orientierungslosigkeit, die Flüchtlingswelle und die Konflikte in Europa und der Welt eine neue Chance bieten. Ich weiß nur, dass ein Volk oder die Völker, die eine solche Chance nutzen wollen, darauf vorbereitet sein müssen. Es ist einfach unvernünftig, die Zeichnung eines Hauses fertigen zu wollen, wenn die Maurer schon die Kelle in der Hand haben. Von diesem *Bereitsein* für eine bestimmte Situation ist ja schon im Zusammenhang mit Jesus die Rede. ⁸ Das *Bereitsein* kann auch mit Hilfe der Medien dadurch befördert werden, das in den Printmedien über die Möglichkeiten von Ordnungen und ihren wahrscheinlichen Wirkungen berichtet wird und dass Spielfilme und andere Formate im Fernsehen genutzt werden, um das Ringen um bessere Ordnungen verständlich und auf eine unterhaltsame Weise für ein breites Publikum sicht- und erlebbar zu machen. Gerade, wenn wir eine freiheitliche Ordnung wollen, ist es kontraproduktiv, Begriffe wie Sozialismus ⁹ und Kommunismus zu tabuisieren. Wenn der Liberalismus und An-

8 Mit Hilfe einer Suchmaschine kann ich auch sagen, wo das zu finden ist: „Seid bereit!“ – „Immer bereit!“ In der Bibel, in Lukas 12 ab Vers 35.

9 >>> Der moderne Sozialismus war im Grunde genommen nur eine natürliche Fortsetzung der großen liberalen Gedankenströmungen des 17. und 18. Jahrhunderts. Der Liberalismus hatte dem System des fürstlichen Absolutismus den ersten tödlichen Schlag versetzt und das gesellschaftliche Leben auf neue Bahnen gelenkt. Seine geistigen Träger, die in dem Höchstmaß der persönlichen Freiheit den Hebel jeder kulturellen Neugestaltung erkannten und die Betätigung des Staates auf die engsten Grenzen beschränken wollten, hatten damit der Menschheit ganz neue Ausblicke ihrer zukünftigen Entwicklung eröffnet, die unbedingt zu einer Überwindung aller machtpolitischen Bestrebungen und zu einer sachkundigen Verwaltung gesellschaftlicher Dinge hätte führen müssen, wenn ihre wirtschaftliche Einsicht mit ihrer politischen und sozialen Erkenntnis gleichen Schritt gehalten hätte. Das aber war leider nicht der Fall. <<

Aus: „Absolutistische Gedankengänge im Sozialismus“ von Rudolf Rocker.

((Rudolf Rocker (* 25. März 1873 in Mainz ; † 19. September 1958 nahe Crompond, Westchester County) war deutscher Historiker und Anarchosyndikalist. http://de.wikipedia.org/wiki/Rudolf_Rocker)) << Hier übernommen aus: <http://www.tristan-abromeit.de/pdf/120.Handelsblatt.Wagenknecht.Marktwirtschaft.pdf>

archismus inhaltlich den Kommunismus fürchten müsste, dann hätten diese Ideen es verdient, vergessen zu werden. Uns steht eine ganze Ahnenreihe von Vordenkern (im Sinne von Erkenntnispionieren, wie auch im Sinne von Vor-uns-Denkern) zur Verfügung. Aber auch alle zusammen ersparen uns nicht, uns selber der eigenen Denkanstrengung oder der Anstrengung des Begriffs (Dieter Suhr) zu unterziehen.

Auch das Handelsblatt kann sofort mit der Arbeit in Form der Klärung wesentlicher Begriffe als Vorbereitung einer neuen Ordnung beginnen. Denn die meisten Schwierigkeiten, die wir haben, werden nach meiner Einschätzung durch die Verwendung unklarer Begriffe oder unklarer Definitionen von Institutionen und Verfahren verursacht. Gestern (23.2. 2016) war in der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung erneut ein Artikel zum Thema Geld mit der Frage „Brauchen wir das Bargeld noch?“ zu lesen. Weder die Autorin Friederike Marx noch die Redaktion scheinen zu wissen, dass die Abschaffung des Bargeldes die Abschaffung des Geldes bedeutet. Und die Abschaffung des Geldes wäre ein Supergau der heutigen Ökonomie. Zumindest Wirtschaftsredaktionen sollten doch wissen, dass der Scheck, die Scheckkarte u. a. Zahlungsmittel nur Übertragungen der Ansprüche auf (Bar-)Geld sind. Der bargeldlose Zahlungsverkehr verkürzt die Laufwege des Geldes und erhöht dadurch, seine Umschlaghäufigkeit. Dieser bargeldlose Zahlungsverkehr fällt in sich zusammen, wenn das (Bar-)Geld aus dem Verkehr gezogen wird.¹⁰ Aber auch über die konjunkturpolitischen und verteilungspolitischen Wirkungen des Geldes muss aufgeklärt werden, wenn wir eine real geplante, reelle neue Wirtschaftsordnung wollen. Aber auch über den Wettbewerb in seinen deformierten und optimalen Formen wäre seitenlang zu schreiben. Die Aufklärung darüber ist durch die Wirtschaftsjournalisten und -redaktionen auch mangelhaft, sonst würden Fusionen von Unternehmen nicht ohne Bedenken als Fortschritt beschrieben.

Heute (24. 2. 2016) benutzten Sie im Handelsblatt Morning Briefing auch den Begriff *Homo Oeconomicus* im Zusammenhang mit folgender Passage:

Obwohl die **Hedgefonds-Branche** 2015 unterm Strich für die Investoren Verlust eingefahren hat, sammelt sie weiter kräftig Geld. Eine Umfrage unter **500 Investoren**, die knapp zwei Billionen Euro verwalten, zeigt, dass 2016 noch mehr Geld in diesen vom Gesetzgeber weitgehend unregulierten Teil des Marktes fließt. Womit bewiesen wäre, dass der Mensch kein **Homo Oeconomicus** ist: Seine Gier ist größer als sein Verstand.

Auch dieser Begriff sorgt immer wieder für Irritationen und das war auch schon zu Zeiten

¹⁰ Siehe und höre auch: <http://www.handelsblatt.com/video/finanzen/dirk-muellers-cashkurs-bargeldabschaffung-soll-sparerer-unterdruecken-und-enteignen/13017318.html>

der Weimarer Republik so, denn ich habe eine Beschreibung und Bedeutung des Begriffs aus dem Jahre 1932 gefunden. Sie ist von einem Prof. Dr. Hans Sveistrup, soviel ich weiß, war er Professor der Rechte und lehrte an der Universität in Greifswald. Nach Sveistrup war mit dem Begriff *Homo Oeconomicus* nie ein realer Mensch gemeint, sondern er war nur ein Gedankenmodell zum Zwecke der Beschreibung ökonomischer Vorgänge oder Zusammenhänge. Ich gebe Sveistrups Erläuterungen im Anhang unter der Textziffer 144.1 wieder.

Etwas anderes gehört dringend geklärt, weil hier die Unklarheit die Politik und die Notenbanken zum falschen Handeln verleitet und die Unsicherheit über den wahren Sachverhalt Menschen, die sich um das Wohl unseres Gemeinwesens bemühen, entzweit. Ich wurde heute durch ein E-Mail einer ATTAC-AG aus Hannover, welches an mich weitergeleitet wurde, an diesen Klärungsbedarf erinnert. Es heißt dort:

Liebe Mitglieder und Interessent_innen der Finanz-AG, in der Veranstaltung am Donnerstag, den 25.2 um 19.30 Uhr im FZH Vahrenwald werden wir den Text Monetary-Reform von Frosti Sigurjónsson und zwar den 3.Abschnitt behandeln - in den Seiten 20-37 geht es um die Entstehung von Geld nach dem heutigen Giralgeldsystem.

Das Thema des Berichts ist die Geld- und Bankenreform in Island aus den Erfahrungen aus der Bankenkrise von 2008-2011, inclusive der ausgearbeiteten Konkretisierungsvorschläge für einen Vollgeldansatz.

Worum geht es? Seit langem wird den Banken unterstellt, sie könnten Geld in Form von Giralgeld oder den Kredit schöpfen, was das Gleiche ist, denn ein Kredit, der nicht zu Geld führt, ist Nonsens.¹¹ Wenn man irgendeinem Bankkaufmann (natürlich auch in weiblicher Form) fragt, was er von der Giralgeldschöpfung der Banken wüsste, dann wird man eine Antwort bekommen, die angelehnt ist an die Behauptungen, wie sie in vielen ökonomischen Lehrbüchern vorgetragen wird. Er trägt sie aber so vor, wie der Christ den Glaubenssatz von der jungfräulichen Geburt Christi. Und der Glaube an die Geldschöpfung ist nicht nur einer von Dummköpfen, sondern auch von hochintelligenten und angesehenen Menschen. In diesem Zusammenhang ist mir eine Passage aus dem Taschenbuch „Vom Geld und vom Kapital“ von Oswald von Nell-Breuning und J. Heinz Müller, 1962, wieder eingefallen. Von Nell-Breuning schreibt auf der Seite 34:

Buchgeld wird aber *noch auf eine ganz andere Weise* von den Geschäftsbanken geschaffen als durch Erteilung von Gutschriften für eingebrachtes Bargeld. Da kommt der Generaldirektor eines großen und angesehenen Unternehmens zum Vorstand der Großbank und

11 Nachdem ich diesen Satz schon im Kopf formuliert hatte, las ich bei Nell-Breuning, S. 46 (Quelle nenne ich später.) folgende Aussage: „Bezweckt ist, die Geldschöpfung der Banken oder, was der Sache nach auf das gleiche hinauskommt, ihre Kreditgewährung an die Leine der Zentralbank zu nehmen.“

sagt: „Ich brauche für Erweiterungen und Verbesserung unserer Anlagen 100 Millionen Kredit; kann ich die von Ihnen haben?“ Darauf schickt der Bankvorstand nicht in den Keller, um nachzuschauen, ob dort die 100 Millionen in Stückgeld liegen, sondern er überlegt und prüft nach, ob dieser Kredit wohl nützliche und lohnende Verwendung finden werde, so daß Verzinsung und Rückzahlung in angemessener Zeit als sicher angesehen werden können. Bildet er sich das Urteil, das gehe in Ordnung, so ruft er seine Buchhaltung an und gibt Weisung, zwei Kontenblätter auszuschreiben; auf dem einen Kontenblatt steht: „Unser Geschäftsfreund schuldet uns 100 Millionen«; auf dem anderen steht: „Unser Geschäftsfreund hat bei uns 100 Millionen gut.« Damit sind 100 Millionen neues Buchgeld geschaffen. Arbeitet die Buchhaltung mit buchenden Schreibmaschinen oder schreibenden Buchungsmaschinen, so werden die beiden Kontenblätter mit Buchstaben und Ziffern beschrieben; hat die Bank eine Lochkartenbuchhaltung, dann werden Löcher in die Karten geschlagen: war das Geld einmal ein kostbarer Stoff, so besteht das Buchgeld heute aus *Löchern*. (Darum kann allerdings doch noch nicht jeder, der Löcher machen kann, auch Buchgeld machen; die Bank kann es und tut es alle Tage.)

Aber von Nell-Breuning ist nur einer von vielen bekannten Köpfen, die so denken. Auch der in der ökonomischen Literatur vielfach genannte Irving Fisher hat schon 1935 sein Buch „100%-Money“ vorgelegt, weil er die Geldschöpfung der Geschäftsbanken unterbinden wollte. Das Buch ist in Deutsch 2007 im Gauke-Verlag erschienen. Nachfolger hat Fisher in Joseph Huber und die Anhänger der Monetative gefunden. Von Joseph Huber und James Robertson liegt vor: „Geldschöpfung in öffentlicher Hand / Wege zu einer gerechten Geldordnung im Informationszeitalter“, 2008. Ein Link zum Thema:

<http://www.monetative.de/was-bedeutet-vollgeld-von-der-monetative/>

Im Netz findet man zu beiden Themen, Geldschöpfung der Geschäftsbanken und Vollgeld diverse Beiträge und Auseinandersetzungen, ernsthafte Autoren fahren auf das Thema ab und „Schweizerische Volksinitiative hat Hälfte der notwendigen Stimmen“ und „Isländische Regierung prüft Vollgeld-Vorschlag“. <http://www.heise.de/tp/artikel/44/44609/1.html>

Aber auch die Notenbanken befördern schon lange den Gedanken, dass Geschäftsbanken Geld schöpfen können, indem sie in der Geldmengendefinitionen von M1, M2 und M3 Geld und Forderungen auf Geld zu Einheiten definieren. Das alles führt zu einer irrationalen Betrachtung von Ursachen und Wirkungen im Sektor Währung und Banken, die immer neue Probleme verursachen. Die EZB wird dadurch zu einer antimarktwirtschaftlichen Politik mit kriminellem Charakter getrieben, für die sie keine Legitimation hat. Die Banken schweigen betreten dazu und stöhnen nur über die daraus abgeleiteten Regulierungsmaßnahmen. Sie schreiben im Handelsblatt Morning Briefing vom 25. 02. 2016:

Die Bankenkrise erreicht **Deutschlands Sparkassen**: Die Nullzinspolitik der **EZB** frisst die Erträge, härtere Vorgaben der Regulierer treiben die Kosten. Unsere Titelseite erzählt von 409 selbstständigen Sparkassen, die nur unter Schmerzen zueinanderfinden. Viel Zeit bleibt **Sparkassenpräsident Georg Fahrenschon** nicht mehr, den Vielvölkerstaat zu einen. Eigenstän-

digkeit bedeutete früher die Stärke der Sparkassen - heute ihren sicheren Untergang.

Das ist ja nur eine Ankündigung eines Artikels im Handelsblatt. Ich hoffe nur – damit das Blatt seinen Ruf der Solidität nicht verliert, dass der hier angedeutete Konzentrationsprozess – der wieder ein Stück Sabotage der Marktwirtschaft bedeuten würde, nicht als Naturprozess hingestellt wird. Der Nullzins ist – entgegen der herrschenden Lehrmeinung – ein Segen und nicht das Problem. Ich komme darauf zurück, wenn ich auf Ihr schon genanntes Buch eingehe. Das Problem liegt darin, dass die EZB mit zentralverwaltungswirtschaftlichen Methoden in den Kreditmarkt eingreift, dabei ein unabsehbares Inflationspotential aufbaut und sinnvolle Reformen des Geldes unterlässt, die auch kleinen Banken das Überleben ermöglicht. Heute bekam ich folgenden Link übermittelt:

<http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2016/02/24/erste-bank-streikt-gegen-die-politik-der-ezb/>

Die zweite Schlagzeile lautet:

Die EthikBank aus Thüringen wird wegen der EZB-Politik der niedrigen Zinsen in den Streik treten. Banken würden durch diese Politik in risikoreiche Spekulationen getrieben. Die Ethikbank lehnt solche Geschäfte ab und vergibt Kredite streng nach ökologischen und ethischen Kriterien.

Ich denke, die Wirtschaftspresse verschläft ihren Auftrag der Aufklärung der Bürger und der Kontrolle der Wirtschafts- und Währungspolitik. Ich denke dabei nicht an ein böswilliges Handeln in der Politik und an keine böswillige Desinformation, sondern an eine Analyse-schwäche der Akteure und Berichterstatter.

Seit der Zeit, als die Mehrheit der Menschen ihre Bedürfnisse nicht mehr in der Eigenwirtschaft befriedigen können, also auf eine Arbeitsteilung angewiesen sind, in der der Einzelne Leistungen erbringt, die nicht direkt der eigenen Bedürfnisbefriedigung dienen, sondern jeweils anderen Menschen, sind sie auf ein Tauschmittel angewiesen. Und diese Zeit kann man – wenn auch nicht flächendeckend – schon in Jahrtausenden messen. Aber immer haben die Menschen Kummer gehabt mit den verwendeten Tauschmitteln, das sich zu dem entwickelt hat, was wir heute Geld nennen.¹² Dabei ist Geld das, was als Gegenleistung gelten soll

¹² Weil die Fehler in der Konstruktion und Anwendung des Geldes nicht erkannt wurden, lokalisierte man die daraus folgenden sozialen Verwerfungen bei denen, die in bestimmten Zeiten aus historischen Gründen dominant mit dem Geld umgingen, bei den Juden. In diesem Umstand wurzelt eine Hauptwurzel des Antisemitismus. Die Juden selber haben aber nicht die Gefahr für sich und einen Grund für ihre Ablehnung erkannt, sondern einige Vertreter von ihnen den Umgang mit dem Geldgeschäft meisterhaft ausgebaut. Nahum Goldman schreibt in „Mein Leben USA . Europa. Israel“ auf der Seite 20: „Werner Sombart, der die Juden für einen Hauptfaktor in der Schaffung des modernen Kapitalismus und ihre Leistungen als einen Beitrag zum Fortschritt der Geschichte ansah, äußerte einst den Gedanken, daß die Juden

und im Unterschied zu einem Handelsgut universell und beliebig teilbar für den Tausch eingesetzt werden kann. Aber es hat lange gedauert, bis man herausfand, dass das Geld nicht seinen Wert durch seinen „inneren Wert“ oder den Aufwand den man für seine Produktion benötigte, erhält, sondern durch seine Funktion und seinem wertmäßigen Volumen im Verhältnis zu den Gütern, die sich aktuell als Angebot im Markt befinden. Diese Erkenntnis wird mit dem Begriff *Quantitätstheorie des Geldes* bezeichnet.¹³ Das Wissen um diese Zusammenhänge ging immer wieder verloren oder wurde bewusst missachtet. Auch in Zeiten der Herrschaft des Keynesianismus ging dieses Wissen verloren und die, die an die Quantitätstheorie – die nach einem verstorbenen Freund nur eine Tatsachenbeschreibung ist – erinnern, wurden als Spinner abgetan.

Wie ineffektiv die Wirtschaftswissenschaft ist, wurde mir bewusst, als mir eine Leserbriefseite der Wirtschaftswoche Nr. 9 vom 26. 2. 1971 wieder in die Hände kam. Wilhelm Hankel, damals Leiter der Abteilung Geld und Kredit im Bundeswirtschaftsministerium, hatte laut des Redaktionshinweises im Heft 4 / 1971 einen Artikel unter dem Titel „Stabilitätspolitik – Keynes’ oder Friedmans Strategie?“ gebracht.

Der Mitarbeiter von Prof. Karl Brunner, der Uni Konstanz, Dr. Manfred N.... (nicht lesbar) schrieb u.a.:

Übrigens, Hankels Artikel bestätigt wieder einmal, daß es Friedman nicht besser ergeht als Keynes, nämlich das Schicksal zu erleiden, von den Keynesianern fehlinterpretiert zu werden.

Der Leser Gerhard Maier-Rigaud, Dipl.-Volkswirt aus Stuttgart schrieb u.a.:

Meines Erachtens zu Recht stellt Hankel fest, daß Geldmengenänderungen lediglich eine technische Begleiterscheinung der Inflation darstellen und nicht deren Ursache sind.

Hier leugnet ein diplomierter Volkswirt, dass ein Zusammenhang zwischen Geldmenge und der Preisniveaustabilität besteht. Und Volkswirte mit dieser irrigen Vorstellung wird es heute auch noch geben. Karl Walker, ein Privatgelehrter, der seit den Vorkriegszeiten für die Klä-

sicher Anrecht hätten, gleichberechtigte Bürger zu sein, daß sie aber, solange sie an ihrer Einzigartigkeit und Besonderheit festhielten, diese Gleichberechtigung mit großem Takt benutzen sollten.“

13 Bereits [Nikolaus Kopernikus](#) und [Jean Bodin](#) entwickelten Grundideen der späteren Quantitätstheorie. Die erste vollständige Formulierung der wesentlichen Elemente der Quantitätstheorie stammt von dem englischen Philosophen [John Locke](#), der aufbauend auf Bodin den Begriff der Umlaufgeschwindigkeit einführte und die Natur des Geldes als Tauschmittel durch Konvention (gemäß [Aristoteles](#)) betonte. Später wurde das Konzept von [David Hume](#) vereinfacht dargestellt. Der Ökonom [Irving Fisher](#) griff das Konzept später auf und verbesserte es („The Purchasing Power of Money“; 1911). Bedeutendster Vertreter der Neo-Quantitätstheorie des Geldes war der US-Amerikaner [Milton Friedman](#).
<https://de.wikipedia.org/wiki/Quantit%C3%A4tstheorie>

rung der Währungsfragen gewirkt hat, schrieb dazu:

Wer seinen Keynes aufmerksam gelesen hat, wird noch wissen, daß Keynes auch den Outsider S. Gesell kannte.- Tatsächlich gleicht die Konjunkturdiagnose von Keynes der 40 Jahre älteren Gesellschen Krisentheorie. Wichtig scheint mir aber der Unterschied in der Therapie der beiden. Dieser liegt hier darin, daß Gesell den in den gehorteten Geldern steckenden legitimen Anspruch auf Güter um der Erhaltung der Kaufkraft des Geldes willen respektierte, und nur darauf bedacht war, dieses Geld (mit Durchhaltekosten für die Hortung) wieder in den Umlauf zu zwingen. Keynes dagegen wußte natürlich von der Aversion, mit welcher die Gesellsche Idee von der Fachwissenschaft zur Kenntnis genommen worden war, und hielt es deshalb für eine bessere Lösung, den Leuten ihre Geldhortung zu lassen und statt dessen einfach neues Geld zu drucken und damit staatliche Investitionen zu finanzieren.

Karl Walker, Altenahr

Die von Milton Friedman gebrachte ungenügende Kurskorrektur scheint dem EZB-Präsident, Mario Draghi, nicht einzuleuchten, nicht bekannt zu sein oder sie wird von ihm aufgrund nicht offengelegter Interessen missachtet. Dass die Geldmengenvermehrung bisher nicht inflationär gewirkt hat, liegt doch nur daran, dass das zusätzliche Geld in Horte verschwunden ist. Dass die Liquiditätsfalle, von der Keynes schreibt, immer wieder zuschnappt. Kommt das gehortete Geld in Bewegung, haben wir die Inflation.

Ich bin etwas aus meiner gedanklichen Spur gekommen, weil ich doch nur erklären wollte, wie unsinnig es ist, den Banken zu unterstellen, dass sie Geld schöpfen können. Normalerweise kann – von Übertragungen ausgenommen - nur zu Geld kommen, der vorher dem Markt eine entsprechende Menge Güter zugefügt hat und daher das Recht erhält, ihm eine wertmäßig gleiche Menge anderer Güter zu entnehmen. Und die Aufgabe der Zentralbank wäre auch, dass das so bleibt. Das Geld ist quasi der Berechtigungsschein für die Entnahme einer Quantität von Gütern und Dienstleistungen aus dem Markt. (Dass der Markt nicht immer ein konkreter Ort und keine statische Größe ist, sondern ein gedachter Ort mit Eingang und Ausgang durch den ein in der Stärke und Inhalt variierender Güterstrom fließt, sollte nicht erläutert werden müssen. Und das Thema Preisbildung zwischen Anbieter und Nachfrager kann hier außer Betracht bleiben.) Dieser Berechtigungsschein *Geld* ist also ein Anrechtschein auf Eigentum. Wenn also die Geschäftsbanken Geld schöpfen könnten, könnten sie sich Eigentumsanteile aneignen ohne eine Gegenleistung dafür zu erbringen. Sie wären dann in der Rolle eines Geldfälschers und es wäre dann unsinnig, mit hohem Aufwand den

echten Geldfälschern auf die Spur zu kommen, weil die Summe des Geldes, die die Geldfälscher in den Umlauf bringen im Verhältnis zu den Mengen, die man glaubt, dass sie von den Banken geschöpft werden, unbedeutend sind. Eine Geldschöpfung durch die Geschäftsbanken würde die ganze Eigentumsordnung auf den Kopf stellen. Wenn diese Schöpfung tatsächlich möglich wäre, müssten alle Geschäftsbanken zu Filialen der Zentralbank gemacht werden. Das würde dann auch für die Volksbanken und Sparkassen gelten. Ich hoffe, ich habe verdeutlicht, warum das Thema Geldschöpfung durch die Banken geklärt werden muss.

Wenn wir tatsächlich eine neue Ordnung wollen, dann gehört auch dazu, dass wir uns darüber klar werden, welche Wahlmöglichkeiten wir denn überhaupt haben, welche Ordnungsformen uns denn überhaupt bei einer Neuformulierung unserer nationalen, europäischen und weltweiten Wirtschaftsordnung zur Verfügung stehen. Seit Walter Euckens Wirken ist uns bewusster, dass uns nur zwei reine Formen zur Verfügung stehen, nämlich die Marktwirtschaft (Verkehrswirtschaft) und die Zentralverwaltungswirtschaft (Kommandowirtschaft). Wir können zwischen diesen Formen (und ihren Mischungen für Teilbereiche) frei wählen, aber nicht ihre Konsequenzen, die unsere Wahl jeweils hat. Und da wir auch von der Interdependenzen (wechselseitigen Abhängigkeiten) nicht nur der Preise, sondern auch der Teilordnungen und verschiedener Volkswirtschaften etwas wissen können, sind auch die Wirkungen daraus mitzubedenken. Zu vermuten ist, dass die Teilordnungen einer Gesamtordnung dann am besten harmonieren, wenn die Teilordnungen nach dem gleichen Muster gestrickt sind. Wir sind in Deutschland weit davon entfernt.

Sich über die auf die Gesellschaft(en) bezogene Ordnung Gedanken zu machen, bedeutet ja auch, sich über das Verhältnis zwischen Individuum, Gesellschaft und Staat Gedanken zu machen. Das gleiche gilt für die Gesellschaften mit ihrem Rahmen oder Kleid, den wir Staat nennen, ebenfalls. Jeder Mensch ist dazu aufgerufen, sich, so gut er kann (wenigstens einmal in seinem Leben), dieser geistigen Anstrengung auszusetzen. Aber wenn aus dem Denken über Ordnungen eine verfasste Ordnung, eine Verfassung, werden soll, dann muss das – wenn es den Anforderungen an eine Demokratie genügen soll – ein kollektiver Prozess sein, wo wenigstens 10% der Bürger beteiligt sind, die das Vertrauen der Unbeteiligten haben.¹⁴

Daran sollten sich natürlich auch Bürger beteiligen, die ein Parlamentsmandat haben, aber es

¹⁴ Siehe dazu auch meine Überlegungen in „Darauf kommt es an! Gedanken eines Bürgers aus der Mängel-Demokratie BRD für die Bürgerinnen und Bürger der Entwicklungsdemokratie DDR“ vom Dezember 1989. <http://www.tristan-abromeit.de/pdf/6.1%20Darauf%20kommt%20es%20an!%20HT.pdf>

ist nicht die Aufgabe von Parlamenten über Verfassungen zu beschließen. Vielmehr ist es so, dass die Verfassungen den Rahmen abgeben, innerhalb dessen die Parlamente agieren können. Auch hier besteht eine Schwäche unserer Republik.

Nicht immer, aber meistens kommt man mit dem eigenen Denken weiter, wenn man einzelne Werke der großen Zahl der Autoren zur Hilfe nimmt, die sich mit dem Thema *Individuum, Gesellschaft, Staat* aktuell und in der Vergangenheit befasst haben. Die Fülle der Literatur ist groß. Es geht aber nicht an, dass den Menschen bei der Auswahl Vorgaben gemacht werden. Empfehlungen von Kundigen dürfen sein. Aber letztlich muss jeder Bürger für sich entscheiden, welchem Gedanken-Lotsen er vertraut.

Ende 2005 kurz vor Weihnachten, wurde ich ins Krankenhaus gefahren. Ich – damals 71-jährig - sagte zu mir: „Nun ist dein Ende gekommen und du bist nicht drauf vorbereitet!“ In der Zeit der Ungewissheit darüber, was kommen würde, ging es mir aber so gut, dass ich einen Text verfassen konnte, dem ich den folgenden Titel gegeben habe: „*Angina pectoris – die vielleicht letzte „Botschaft“ - gedacht für die Menschen, die mich als Ehemann, Großvater, Vater, Schwiegersohn, Schwager, Onkel und Bruder ertragen haben oder mit mir als vertraute Freunde für das NWO-Modells gewirkt haben.*“. Ich war vor der Erkrankung mit dem Lesen des Buches „Der Staat – Eine soziologische Studie“ von Franz Oppenheimer, 1990 – ein Nachdruck von 1909 -, angefangen und konnte es nach einigen Tagen im Krankenhaus weiterlesen. Meine Suche nach einer Ordnung, in der die Menschen in Freiheit, in sozialer Geborgenheit und in Frieden mit sich selbst und anderen Völkern leben können, hatte (und hat) meine Familie ganz schön belastet. Ich hatte wohl das Bedürfnis, vor der – möglich anstehenden – letzten Reise mich zu rechtfertigen und um Verständnis zu bitten. Ich habe dann Seitenlang Oppenheimer zitiert. Die gewählten Zitate aus dem Nachwort von Hans-Jürgen Degen zu Oppenheimers Buch gebe ich hier wieder:

Franz Oppenheimer deutet die Geschichte als die eines >>Selbstdomestikationsprozesses <<. Ziel aber auch Ende der bisherigen Geschichte ist deshalb für ihn die herrschaftslose Ordnung der >> Freibürgerschaft <<: eine Welt mit nur noch gesellschaftlich notwendiger Bürokratie, ohne staatliche Organisationen und Exekutive, ohne Militarismus und Staatsgrenzen - eine Weltgesellschaft freier und friedlicher Völker. Die Basis dieser von Armut, Unterdrückung und jeglicher Ausbeutung freien Gesellschaften sind >> freie Eigentümer <<. Nur diese sind wirklich >>frei << und deshalb können nur sie nach den Gesetzen der gegenseitigen Gerechtigkeit leben. ...

1910 entwickelt Franz Oppenheimer in seiner >> Theorie der reinen und politischen Ökonomie << ein neues Wirtschaftsaxiom: Demzufolge ist es möglich, mit einem >> natürlichen << (Wissenschafts-)System, mit einer neuen (Ziel-)Systematik die sich bisher widersprechenden politischen und ökonomischen Gegebenheiten aufzulösen:

im >>Liberalen Sozialismus <<. Das Wesen dieses Sozialismus´ besteht darin, daß nur noch eine Art des Einkommens, das Arbeitseinkommen, existiert. Denn allein das ist die Form der >> reinen Ökonomie <<. Die beiden anderen Einkommensformen sind politischer Natur: die *Grundrente*, die aus dem Bodenmonopol, und der *Profit* oder *Kapitalzins*, der aus dem Geldmonopol kommt. Beides sind Formen permanenter >> politischer << Erpressung gegenüber den Lohnabhängigen. Deshalb haben sie im Liberalsozialismus keinen Platz. ...

Die >> Bodenfrage << ist für Oppenheimer der Dreh- und Angelpunkt, an der sich die Gesellschaft scheidet: Landbesitzer und Landlose stehen sich (bewußt oder unbewußt) unversöhnlich gegenüber. Erst die Lösung dieser Frage zugunsten der Landlosen (Jeder muß das gleiche Recht und die gleichen Möglichkeiten der Landerwerbung haben.) schaffen soziale Gerechtigkeit.

Die Lösung der Agrarfrage ist für Oppenheimer die Lösung der sozialen Frage; sie ist der >> Kernpunkt meiner wissenschaftlichen Einsicht, daß die "Terra libera", das Freiland, wieder hergestellt werden muß, um all die furchtbaren Schäden der kapitalistischen Wirtschaft zu beseitigen... <<

Das Grundübel des Kapitalismus aber ist auch für Oppenheimer der >> Mehrwert <<, den der Liberale Sozialismus vollständig zu beseitigen habe:

>> Kein Zweifel, daß alle unsere Nöte aus einer zentralen Wurzel stammen: aus dem Mehrwert - dem arbeitslosen Einkommen: Profit und Grundrente. Dieses eine und einzige Problem schließt alle übrigen Fragen unserer Gegenwart ein ... Das Ziel des Strebens, die Rettung der Menschheit, kann daher nur sein *die vom Mehrwert befreite und daher klassenlose Gesellschaft der Zukunft: der Sozialismus*. << (S. 143 ff.)

Oppenheimer geht in der Einleitung auf die Herkunft des Wortes Staat ein. ..."Es stammt aus dem Italienischen der Renaissanceperiode. Dort bezeichnete es den, zumeist durch Gewalt zur Herrschaft gelangten, Fürsten samt seinem Anhang:

>> Die Herrschenden und ihr Anhang heißen *lo stato*, und dieser Name durfte dann die Bedeutung des gesamten Daseins eines Territoriums usurpieren <<, sagt Jakob Burckhardt. ... In unserem Worte >> Hofstaat << lebt die alte Bedeutung noch fort."... (S.14.ff.)

...Das ist >> das Gesetz, nach dem er angetreten <<, und das ist der Staat geblieben. Er ist seiner Entstehung nach ganz und seinem Wesen nach auf

seinen ersten Daseinsstufen fast ganz eine gesellschaftliche Einrichtung, die von einer siegreichen Menschengruppe einer besiegten Menschengruppe aufgezwungen wurde mit dem einzigen Zwecke, die Herrschaft der ersten über die letzte zu regeln und gegen innere Aufstände und äußere Angriffe zu sichern. Und die Herrschaft hatte keinerlei andere Endabsicht als die ökonomische Ausbeutung der Besiegten durch die Sieger. ... (S-15) Franz Oppenheimer deutet die Geschichte als die eines >>Selbstdomestikationsprozesses <<. Ziel aber auch Ende der bisherigen Geschichte ist deshalb für ihn die herrschaftslose Ordnung der >> Freibürgerschaft <<: eine Welt mit nur noch gesellschaftlich notwendiger Bürokratie, ohne staatliche Organisationen und Exekutive, ohne Militarismus und Staatsgrenzen - eine Weltgesellschaft freier und friedlicher Völker. Die Basis dieser von Armut, Unterdrückung und jeglicher Ausbeutung freien Gesellschaften sind >> freie Eigentümer <<: Nur diese sind wirklich >>frei << und deshalb können nur sie nach den Gesetzen der gegenseitigen Gerechtigkeit leben. ...

1910 entwickelt Franz Oppenheimer in seiner >> Theorie der reinen und politischen Ökonomie << ein neues Wirtschaftsaxiom: Demzufolge ist es möglich, mit einem >> natürlichen << (Wissenschafts-)System, mit einer neuen (Ziel-)Systematik die sich bisher widersprechenden politischen und ökonomischen Gegebenheiten aufzulösen: im >>Liberalen Sozialismus <<. Das Wesen dieses Sozialismus' besteht darin, daß nur noch eine Art des Einkommens, das Arbeitseinkommen, existiert. Denn allein das ist die Form der >> reinen Ökonomie <<. Die beiden anderen Einkommensformen sind politischer Natur: die *Grundrente*, die aus dem Bodenmonopol, und der *Profit* oder *Kapitalzins*, der aus dem Geldmonopol kommt. Beides sind Formen permanenter >> politischer << 94 Erpressung gegenüber den Lohnabhängigen. Deshalb haben sie im Liberalsozialismus keinen Platz. ...

Die >> Bodenfrage << ist für Oppenheimer der Dreh- und Angelpunkt, an der sich die Gesellschaft scheidet: Landbesitzer und Landlose stehen sich (bewußt oder unbewußt) unversöhnlich gegenüber. Erst die Lösung dieser Frage zugunsten der Landlosen (Jeder muß das gleiche Recht und die gleichen Möglichkeiten der Landerwerbung haben.) schaffen soziale Gerechtigkeit.

Die Lösung der Agrarfrage ist für Oppenheimer die Lösung der sozialen Frage; sie ist der >> Kernpunkt meiner wissenschaftlichen Einsicht, daß die "Terra libera", das Freiland, wieder hergestellt werden muß, um all die furchtbaren Schäden der kapitalistischen Wirtschaft zu beseitigen... <<

Das Grundübel des Kapitalismus aber ist auch für Oppenheimer der >> Mehrwert <<, den der Liberale Sozialismus vollständig zu beseitigen habe:

>> Kein Zweifel, daß alle unsere Nöte aus einer zentralen Wurzel stammen: aus dem Mehrwert - dem arbeitslosen Einkommen: Profit und Grundrente. Dieses eine und einzige Problem schließt alle übrigen Fragen unserer Gegenwart ein ... Das Ziel des Strebens, die Rettung der Menschheit, kann daher nur sein *die vom Mehrwert befreite und daher klassenlose Gesellschaft der Zukunft: der Sozialismus.* <<

In seinen »Erinnerungen« fragt sich Oppenheimer:
» *Wie aber dieses Ziel erreichen? Eine Revolution, gewaltsame Enteignung und nun gar ohne Entschädigung, hielt ich und halte ich noch heute für die ultima ratio der Völker, für ein Mittel, das nur dann in Erwägung gezogen werden darf, wenn jeder andere Weg zum Ziele versperrt ist. Es mußte und muß also der friedliche Weg bis zur Erschöpfung der letzten Möglichkeit versucht werden...* « (Seite 143 f.f.)

Oppenheimer geht in seiner Einleitung auf die Herkunft des Wortes Staat ein:

..."Es stammt aus dem Italienischen der Renaissanceperiode. Dort bezeichnete es den, zumeist durch Gewalt zur Herrschaft gelangten, Fürsten samt seinem Anhang: >> Die Herrschenden und ihr Anhang heißen *lo stato*, und dieser Name durfte dann die Bedeutung des gesamten Daseins eines Territoriums usurpieren <<, sagt Jakob Burckhardt. ... In unserem Worte >> Hofstaat << lebt die alte Bedeutung noch fort."... (S.14.ff.) ...Das ist >> das Gesetz, nach dem er angetreten <<, und das ist der Staat geblieben. Er ist seiner Entstehung nach ganz und seinem Wesen nach auf seinen ersten Daseinsstufen fast ganz eine gesellschaftliche Einrichtung, die von einer siegreichen Menschengruppe einer besiegten Menschengruppe aufgezwungen wurde mit dem einzigen Zwecke, die Herrschaft der ersten über die letzte zu regeln und gegen innere Aufstände und äußere Angriffe zu sichern. Und die Herrschaft hatte keinerlei andere Endabsicht als die ökonomische Ausbeutung der Besiegten durch die Sieger. ... (Seite15)

Und seine Vision ist:

... Der >> Staat << der Zukunft wird die durch Selbstverwaltung geleitete >> Gesellschaft << sein. Man hat Bibliotheken geschrieben über die Abgrenzung der Begriffe Staat und Gesellschaft. Von unserem Standpunkt aus läßt sich das Problem leicht beantworten. Der >> Staat << ist der Inbegriff aller durch das politische, die >>Gesellschaft << der Inbegriff aller durch das ökonomische Mittel geknüpften Beziehungen von Mensch zu Mensch. Bisher waren Staat und Gesellschaft in eins verschlungen: in der >> Freibürgerschaft << wird es keinen >> Staat <<, nur noch >> Gesellschaft << geben. ... (S. 132)

Aber Oppenheimer schrieb damals:

... Unsere Zeit hat den frohen Optimismus der Klassiker und Humanisten eingebüßt: der soziologische Pessimismus beherrscht die Geister. Die hier gestellte Prognose kann kaum irgendwo auf Anhänger rechnen.

Einer der von dem frohen Optimismus, den die Klassiker in sich trugen und trotz der gedämpften Hoffnung von Oppenheimer von ihm inspiriert wurde, war Ludwig Erhard. Er sagt dazu einleitend in seiner Rede zu Oppenheimers 100. Geburtstag, gehalten in der Freien Universität Berlin (1964):

Diese akademische Feierstunde bedeutet für mich eine junge und doch so alte Begegnung mit meinem verehrten, bewunderten und geliebten Lehrer Franz Oppenheimer, der mir zugleich ein väterlicher Freund war. Ich erinnere mich noch genau, auf welche Weise ich ihm begegnete.

<http://www.franz-oppenheimer.de/le64a.htm>

Nun muss man wissen, dass Oppenheimer mit seinem liberalen Sozialismus im Ziel mit Silvio Gesells Freiwirtschaft (oder *Die Natürlichen Wirtschaftsordnung*) übereinstimmt, das kann bei den Differenzen, die es in der Analyse und den Maßnahmen zur Zielerreichung gibt, nicht übersehen werden. Es ist mir daher heute nicht mehr verwunderlich, dass Erhard nach dem Zweiten Weltkrieg Kontakt zu Vertretern der Freiwirtschaftsschule bekam und danach seine „freiwirtschaftlichen Ideen“ innerhalb der CDU auf Widerstand trafen.

Während die Oppositionsparteien in der Adenauerschen Außenpolitik ein dankbares Feld für ihre Kritik fanden, stießen Erhards freiwirtschaftliche Ideen in seiner eigenen Umgebung auf Hemmnisse. Auch im Kabinett.

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-25657504.html>

Vermutlich war die Übereinstimmung Erhards mit der Freiwirtschaftstheorie nicht gering, das kann man jedenfalls aus einem Telegramm von Erhard an den Bundestag des Freiwirtschaftsbundes am 6. und 7. November 1952 gerichtet war, ableiten.¹⁵ Der Adressat kann auch die Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft gewesen sein. Diese wurde in der Bundestagung vorbereitet oder gegründet. Das Telegramm ist in dem Protokoll der Tagung von 1952 in Abschnitt „Thesen für ein Grundgesetz der Wirtschaftsordnung“ enthalten. Das Protokoll von 1951 trägt den Titel: „Magna Charta der sozialen Marktwirtschaft“.

Das Heft 273/4 der *Fragen der Freiheit* (www.sffo.de) trägt den Titel Ordoliberalismus und Freiwirtschaft. Der verstorbene Ernst Winkler¹⁶, ein Akteur der ersten Stunde der ASM, berichtet in seinen Notizen über die Geschichte der Freiwirtschaftsbewegung und ihren Beitrag zur „Sozialen Marktwirtschaft“ über die Zusammenarbeit der Ordoliberalen und der Freiwirte.

Wir können vom Freiwirtschaftsbund aus feststellen, daß sich unsere Forderungen mit denen der *Freiburger Schule* nahtlos verbinden lassen, daß jede der

15 Seine Maßhalteappelle passen aber nicht dazu. Sie waren vermutlich ein Ersatz für die Instrumente, die er aus politischen Gründen nicht einsetzen konnte.

16 Siehe dazu: Siehe dazu Text 120. "Der Flirt der Linken mit der Marktwirtschaft", Abschnitt: 9. Zur Geschichte und Thesen der Idee der Sozialen Marktwirtschaft.

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/120.Handelsblatt.Wagenknecht.Marktwirtschaft.pdf>

beiden Schulen von der anderen viel gewinnen kann: in den ordnungspolitischen Prinzipien wir von Eucken und in der Abrundung der Marktwirtschaft im einzelnen die Freiburger Schule von uns.

Winkler macht aber deutlich, dass das Ringen um eine bessere Ordnung schon 1942 – als der NS-Machtapparat noch voll auf Sieg setzte - begann. In der wiedergegebenen Präambel des damaligen Zielprogramms heißt es:

Wir bauen die freie Welt von Morgen ohne Vorrechte, in der jeder Mensch, gleichgültig, woher er kommt, an den Platz für Leben und Wirken gelangt, der seinen angeborenen und im Lebenskampf erworbenen Fähigkeiten und den damit vollbrachten Leistungen entspricht; eine Welt, in der soziale Gerechtigkeit mit einem Höchstmaß an persönlicher Freiheit verbunden ist. Wir kämpfen mit allen zweckdienlichen Mitteln für die Verwirklichung unseres innen- und außenpolitischen, wirtschaftlichen und sozialen Programmes im gegebenen geographisch-politischen Bereich. Wir schaffen damit die unerläßliche Voraussetzung für eine von der äußeren Welt ungehemmte Entwicklung freier, selbstverantwortlicher Menschen, für das natürliche Wachstum einer wahren Gemeinschaft unter ihnen und für die Gestaltung einer natürlichen Gesellschaftsordnung, die dem Leben dieser freien Menschen und ihren Gemeinschaften nach innen und außen dient.

Im Jahr 1948 gab es dann das „Manifest der Freiheit und sozialen Gerechtigkeit“. Der Erfolg aller Anstrengungen war, dass die Menschen, die sich hier abmühten und um die Freiwirtschaftsschule kümmerten von der Politik und der Wissenschaft zu den Parias, den Unberührbaren, gemacht wurden. Siehe dazu die Grafik über das indische Kastensystem:

<http://www.planet-wissen.de/kultur/asien/indien/pwiekasteundkastensysteminindien100.html>

Nur das Mengenverhältnis stimmt nicht, denn abgeschnitten von den Mitteln der etablierten Wissenschaft, den staatlichen Fördermitteln und dem Spendenstrom, war die Zahl der Menschen, die sich hier kümmerten, immer zu klein und die Last immer zu groß. Das könnte man ja einfach als eine übliche Austrocknung von Nebensträngen des Ideenstroms betrachten, weil es letztlich für die Gesellschaft nicht relevant war. Hier handelt es sich aber um das Nichterkennen von bedeutsamen Zusammenhängen. Weil die Wissenschaft in Dogmen befangen war und die Politik sich in parteilichen und persönlichen Interessen verhedderte, mussten wir Hitler und die Folgen erdulden und hinnehmen. Und wenn man die Berichte zur Ökonomie aus den ersten Jahren der Sozialen Marktwirtschaft liest, dann sind seitdem sicher viele Modelle und Formeln zur Ökonomie entwickelt worden, aber es wurde – gemessen an der Realität – kein wirklicher Fortschritt erzielt. Dies hängt damit zusammen, dass freiwirtschaftliche Erkenntnisse als nicht vorhanden oder nicht zitierbar eingestuft wurden. Der Hunger in der Welt, der Krieg in Syrien und der Flüchtlingsstrom, der uns bei vorhandener

Hilfsbereitschaft Kummer macht, ist nach meiner Einsicht die Folge von den Unterdrückungsmechanismen in der sogenannten Wirtschaftswissenschaft.¹⁷

Ich bin immer noch bei den möglichen Anregern für die Suche nach der erhofften neuen tragfähigen Ordnung, die weder ein leibliches noch ein geistiges Gefängnis werden darf. Sie, Herr Steigart, haben vermutlich selber viele Autoren im Kopf, die da in Frage kämen. Ich habe viele - von mir ungelesene oder nur angelesene - Bücher in den Regalen stehen, die eine Anregung geben könnten. Es hat aber keinen Sinn, eine lange Liste zu machen. Jeder, der sich in Bezug auf eine neue, bessere Ordnung bemüht, muss seine Quellen selber suchen. Wenn ich trotzdem noch ein paar Titel nenne, dann weil ich einfach feststelle, dass das Wort Freiheit zwar häufig im politischen Umfeld genannt wird, aber keine Substanz hat. Der Titel „Föderalismus – Die demokratische Alternative“ sprang mir beim Blick ins Regal in die Augen. Der Autor ist Karl Hahn, er war zum Zeitpunkt des Erscheinens des Buches, 1975, Professor für Politikwissenschaft in Aachen. Er bezeichnet seine Arbeit als „Eine Untersuchung zu P.-J. Proudhons sozial-republikanisch-föderativem Freiheitsbegriff“. Ich vermute, wenn er von „demokratischer Alternative“ spricht, dann denkt er dabei an den Marxismus, der zu der Zeit bei der westdeutschen Opposition ja hoch im Kurs stand. Und Proudhon – so habe ich gelesen – gilt als Schöpfer des Begriffs *Anarchie*. Dieser Begriff wird häufig als Synonym für Chaos und Gesetzlosigkeit benutzt¹⁸, meint aber Herrschaftslosigkeit und verneint nicht den Staat als ordnendes Element. Ich denke Proudhon ist im anvisierten Ziel nicht weit weg von Franz Oppenheimer. Leopold Kohr mit seinem Buch „Weniger Staat – Gegen die Übergriffe der Obrigkeit“ begegnete mir vor einiger Zeit wieder und zwar in einem Vortrag von PD Dr. Helmut Woll aus Bremen im Zusammenhang mit Ivan Illich (Entschulung der Gesellschaft) und Ernst Friedrich Schumacher (*Small is beautiful*).^{19 20} in den Mündener Ge-

17 Und Träger dieser Wissenschaft sind keine Monster, sondern in der Regel honorige kluge Menschen. Es wird Zeit, dass sich die Wissenschaftsforschung um diese fatale Fehlentwicklung kümmert. Noch schneller würde wirken, wenn die Politik, die Lehrstühle und Institute nicht mehr fördert. Das wird aber nicht passieren, weil das Denken der Mandatsträger und Amtsinhaber ja von den Inhalten der Lehrstuhlinhaber geprägt ist. (Die Aussage gilt natürlich nur mit der Einschränkung, mit der Pauschalierungen zu lesen sind.)

18 Auch bei Ihnen las ich diese umgangssprachliche, der eigentlichen Idee widersprechende Benutzung des Begriffs Anarchie.

19 Ein freies Bildungswesen, Dezentralität und der Widerwille gegen das Bombastische, waren Impulse, die mit zur Gründung der grünen Partei geführt haben. Aber das ist Schnee von gestern.

20 >> E.F. Schumacher wurde 1911 in Deutschland geboren. ...

„In dieser Zeit [1940–1945] näherte sich Schumacher sozialistischen Ideen, mit denen er sich sein Leben lang auseinandergesetzt hat. Aus der unscheinbaren landwirtschaftlichen Tätigkeit riß ihn dann seine berühmte gewordene Studie, in der er den Plan eines neuartigen Verrechnungssystems für Devisenzahlungen entwarf. Lord Keynes übernahm diesen Plan sofort als offiziellen Regierungsvorschlag des Vereinigten Königreiches; [...]“ – [Wolfgang Hädecke](#) Man könnte Schumacher damit sogar als einen der Väter der [Europäischen Währungsunion](#) bzw. des [Euro](#) bezeichnen. <<
https://de.wikipedia.org/wiki/Ernst_Friedrich_Schumacher

sprächen.²¹ Ich habe ja schon von Gesell und seiner *Natürlichen Wirtschaftsordnung* gesprochen. Das „Natürliche“ bezieht sich aber nicht auf die Ordnung, denn so schreibt Gesell selber, eine Ordnung, die wir uns geben, ist immer eine gesetzte Ordnung. Er meint, dass wir bei der Gestaltung einer Ordnung von der Natur des Menschen ausgehen müssen und uns nicht der Illusion hingeben, dass wir einen neuen Menschen schaffen können. Vor hundert Jahren erschien sein Hauptwerk. Gesell empfand sich nicht als Erfinder oder Schöpfer einer Theorie, sondern als Entdecker bestimmter Zusammenhänge und als Finder von Lösungen einiger ökonomischer Probleme. Die meisten Ökonomen, die sich für das Erforschen von Ursachen ökonomischer Probleme und ihren Lösungen ein Leben lang bezahlen ließen bzw. bezahlt haben lassen, haben einen Bogen um Gesells Werk gemacht. Auch weil ihnen gesagt wurde, sie würden ihre Karriere gefährden, wenn sie sich mit Gesell befassen würden. Und eine solche Haltung beansprucht wissenschaftlich zu sein.

In der *Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen* vom 15. März 1980 war in einem Beitrag von Oswald Hahn²² zu lesen:

IN MEMORIAM Silvio Gesell / Professor Dr. Oswald Hahn, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg schreibt uns:

Am 11. März sind fünfzig Jahre seit dem Todestag von Silvio Gesell vergangen: Er starb fast genau 201 Jahre später als John Law. Beide Namen haben einst ihre Zeitgenossen in Aufregung versetzt, wissenschaftliche Schulen auseinandergebracht und andere zusammengeführt sowie Generationen von Studenten beschäftigt. Beide Namen sagen dem heutigen Studenten überhaupt nichts - etwas, was man nicht einer Geschichtslosigkeit der Jugend anlasten darf, sondern allein ihren akademischen Lehrern: Diese können das ihrerseits wieder nicht ihren Altvorderen vorwerfen. Dieses Faktum ist vielmehr Ausfluß einer Geisteshaltung, die mit dem Sonnen in der eigenen Genialität und dem angemeldeten Anspruch auf Zugehörigkeit zu einer dynamischen Disziplin zu erklären ist. ...

... Silvio Gesell hat es verstanden, klar und verständlich zu schreiben - eine Gabe, die sowohl den reinen Theoretikern und Reformern wie auch manchen Praktikern unserer heutigen Zeit weitgehend abgeht. Die »Natürliche Wirtschaftsordnung« ist auch heute noch lesenswert: Nach unserer Meinung eine angenehmere und sicher nicht unrealistischere Lektüre als die des Buches von John Maynard Keynes. ...

Bei Irving Fisher hat Silvio Gesell noch die meiste wissenschaftliche Anerkennung gefunden: Bei dem Mann, dessen Geldmengentheorie jahrzehnte-

21 <http://www.sozialwissenschaftliche-gesellschaft.de/de/muendener-gespraech.html>

22 <https://idw-online.de/en/news14019>

lang Wissenschaft wie Praxis suspekt waren, bis - über Milton Friedman und das Federal Reserve System - keine Renaissance, sondern eine totale Dogmatisierung in den Studierstuben und Notenbankdirektorien eintrat. Es ist nicht auszuschließen, daß über eine us-amerikanische verfassersbedingte Innovation die Theorie des Schwundgeldes dort eine Auferstehung erfährt und von dort aus begeisterte Aufnahme in Europa findet. Eine Rückbesinnung auf Gesell in bundesdeutschen Lehrbüchern wie in den Stäben der Zentralbankleitung wäre dann allerdings nur über die US-Karriere eines amerikanischen DAAD- oder Fullbright-Stipendiaten möglich.

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/46.1.2%20RegioGeld%20Teil%201%20OB%20%20Roesl.%20Anhang%20I.Hahn%20zu%20Gesell.pdf>

Bestenfalls Herr Steingart, Ähnliches wie Oswald Hahn vermutet hat, passiert ja heute. Unter dem Druck ungelöster ökonomischer Probleme finden Ökonomen vor allem außerhalb Deutschlands zu Gesell, wenn auch nicht der Form und Klarheit, die erforderlich wäre um von einer Renaissance Gesells zu sprechen. Auch wird er bisher nur als Geldtheoretiker wieder wahrgenommen und nicht als Marktwirtschaftler, dem nationale Grenzen nur erträglich sind, wenn sie nicht mehr als Verwaltungsgrenzen sind.

Kürzlich erhielt ich über eine E-Mail-Liste, an der ich beteiligt bin, folgende Nachricht:

Hallo,
ich hatte schon einmal auf einen älteren Artikel des schwedischen Ökonomen Lars Syll hingewiesen, der auf Gesell verweist. Mein Sohn kann etwas Schwedisch und hat ihn jetzt übersetzt, s. u. Der Text erinnert in vielem an den Artikel von Mankiw, der kurz zuvor erschienen war. Wie Mankiw kriegt auch Syll die Kurve zur Inflation, die angeblich etwa das Gleiche sei wie die Geldnutzungsgebühr.
Bemerkenswert ist, dass Syll weiß, dass Allais den gleichen Vorschlag gemacht hat wie Gesell. Das findet man nicht oft. Während Mankiw ein orthodoxer Ökonom ist, gehört Syll zu den Heterodoxen und schreibt öfter für die World Economics Association (WEA). Vielleicht könnte man im NWO-Jubiläumsjahr versuchen, einen Artikel in der WEA über Gesell und die NWO unterzubringen.

Viele Grüße W. H.-J.

<http://webnews.textalk.com/efter-arbetet/negativ-ranta-ja-varfor-inte>

Negativzins? Ja, warum nicht?²³

Lars Pålsson Syll
2009-05-02

Lars Pålsson Syll darüber, wie wir die Wirtschaft in Schwung bekommen

23 Der Übersetzer findet seine Übersetzung für eine Veröffentlichung nicht gut genug. Da ich keine bessere habe und die Sachaussagen gut zum Ausdruck kommen, ignoriere ich diese Bedenken.

Heute ist das Grundproblem für Schwedens krisengeplagte Wirtschaft, dass es schwierig ist, das Rad in Schwung zu bekommen. Niemand will Kredite vergeben, die Arbeitslosigkeit wächst rasant und das Bruttosozialprodukt geht den Bach runter. In dieser Lage muss es das Ziel einer nachhaltigen Wirtschaftspolitik sein, die effektive Nachfrage zu erhöhen, damit das Zahnrad greift und einen neuen Gang vorgibt.

Die etablierte Wirtschaftswissenschaft scheint sich jedoch einig zu sein, dass die Reichsbank und die Geldpolitik keine wirksamen Mittel besitzen, wenn die Zinsen beginnen, sich der Nullmarke zu nähern, weil die Reichsbank kaum den Leitzins unter Null senken kann. Aber kann sie das wirklich nicht? Einige der führenden Nationalökonomien des 20. Jahrhunderts plädierten dafür, dass dies möglich sei.

Der deutsch-argentinische Ökonom Silvio Gesell wies bereits zu Beginn des letzten Jahrhunderts darauf hin, dass Banknoten mit Marken versehen werden können, die deren Wert pro Jahr um einen gewissen Prozentsatz vermindern. Zum Jahreswechsel würden die Besitzer ihre alten Scheine gegen neue eintauschen, welche es ermöglichen würden, den Geldbesitz zu „besteuern“.

Ein System mit gestempeltem Geld („stamp scrip“) war für den führenden amerikanischen Nationalökonom Irving Fisher ein Segen und Keynes meinte, die Idee sei „gesund“. Man müsste nur dafür sorgen, dass die Kosten für die Stempelmarken auf ein Niveau gesetzt werden, das ein Investitionsvolumen garantiert, welches mit dem Erreichen von Vollbeschäftigung vereinbar ist. Keynes schrieb: „Folglich waren die Reformer auf der richtigen Spur, die nach einem Heilmittel im Schaffen von künstlichen Haltekosten für Geld gesucht haben, indem sie forderten, dass das gesetzliche Zahlungsmittel regelmäßig gegen gewisse Kosten gestempelt werden muss, um seine Eigenschaft als Geld zu behalten oder dass irgendeine andere vergleichbare Maßnahme erforderlich ist“. Auch Maurice Allais – französischer Wirtschaftsnobelpreisträger – brachte in den 1940er Jahren ähnliche Ideen hervor. Allais wollte „das Funktionieren der Marktwirtschaft erleichtern und verbessern“. Um dies zu erreichen, sollte der Anreiz für Matratzensparer durch eine kontinuierliche Wertminderung des Geldes, welche den Zins gegen Null drücken soll, eliminiert werden. Noch ein weiterer Nobelpreisträger – der Norweger Ragnar Frisch – fand Gesells Idee einer automatischen Wertminderung des Geldes „interessant“.

Die Ideen dieser Ökonomen könnten uns eine wertvolle Anleitung geben, wie Geldpolitik in einer Wirtschaft mit Deflation betrieben werden kann (laut Fortsetzung zum geldpolitischen Bericht der Reichsbank im April 2009 sinken die Preise um 0,3% pro Jahr), in der die traditionelle Zinswaffe zunehmend zahnlos wird. Es sollte einfach für die heutigen Entscheidungsträger sein, in deren Fußstapfen zu treten. Lasst sie uns mit mit einem konkreten Vorschlag auf Trab bringen. Selbstverständlich könnte die Reichsbank sagen, dass man sich heute 100 Kronen leihen kann und in einem Jahr 95 Kronen zurückzahlt. Die Crux ist, wie der Anreiz aussehen soll, der irgendjemanden dazu bringen soll, zu diesen Bedingungen Geld zu verleihen. Aber nehmen wir an, dass die Reichsbank gleichzeitig, wenn sie ihre 5%igen Negativzinsen anbietet, mitteilt, dass in einem Jahr alle Geldschei-

ne mit einer Seriennummer, die auf eine gewisse Ziffer zwischen 0 und 9 – welche von einem Zufallsgenerator bestimmt wird – enden, ungültig werden. Dies bedeutet, dass der erwartete Ertrag für das Behalten der Geldscheine bei minus 10% liegt. Und dann gibt es kein Problem mehr, die Leute dazu zu bringen, ihr Geld auszugeben anstatt es unter der Matratze zu sparen.

Wenn dies zu schwer verdaulich ist, kann man selbstverständlich negative Zinsen erzielen, indem ganz einfach Deflation in Inflation umgedreht wird. Wenn die Reichsbank auf ihrem Inflationsziel beharrt – oder es am besten erhöht – könnten die Realzinsen negativ werden und dadurch den Leuten einen Anreiz geben, wieder Kredite aufzunehmen und das Geld auszugeben. Und in Zeiten wie diesen ist es das, was nötig ist! Denn es tut weh, wenn Blasen platzen. Wenn die Risikoprämien für Kredite steigen und die Deflation den Wohlstand aushöhlt, können negative Zinsen und Inflation ein wirkungsvolles Mittel sein, um die Arbeitslosigkeit zu senken und die Wirtschaft anzukurbeln.

Der Bericht von Lars Pålsson Syll ist ja schon vom Mai 2009 und man könnte meinen, die Meldung sei wie eine Blüte im Garten zur falschen Zeit. Aber das Thema lässt weder Ökonomen noch Zentralbanken nicht mehr los. Am 24.02.2016 um 17:39 schrieb Andreas Bangemann, Redakteur der Zeitschrift *Humane Wirtschaft* (www.humane-wirtschaft.de):

Liebe Freunde,
die Nachrichtenlage ist schier unüberschaubar, wenn man versucht, die sich teilweise widersprechenden Einschätzungen von "Experten" zu untersuchen. Ich bin auf eine Sache gestoßen, in der ich Eure Hilfe brauche.

Die Schweizer Nationalbank SNB hat offenbar einen Weg gefunden, wie eine Form der "verdeckten" Umlaufsicherung eingeführt werden kann. Sie belastet den Schweizer Banken einen Minuszins von 0,75% auf deren Einlagen (Ab einer Höhe von 10 Millionen CHF). Bei der Berechnung dieser Zinsen bezieht sie sich aber nicht nur auf die "unbaren" Einlagen der Banken. Sollten nämlich die Banken zwecks Umgehung der Negativzinsen auf die Idee kommen, mehr Bargeld in ihre Tresore zu legen, dann greift eine besondere Berechnung dieser Bargeldzunahme und die Banken müssen auch dafür Minuszinsen bezahlen. Siehe dazu dieses relative kurze Erläuterungspapier:

https://www.snb.ch/de/mmr/reference/mbnz_20150501/source/mbnz_20150501.de.pdf

Beate Bocking vom Vorstand der INWO Deutschland (www.inwo.de) antwortet darauf:

... die Bank of Japan hat einen ähnlichen Mechanismus eingeführt. Die Financial Times hat dazu letztes Analysen gebracht, die ich sonst noch nirgendwo gelesen habe. Die deutschsprachigen Wirtschaftsjournalisten machen ihre Arbeit nicht! Es wäre gut, wenn wenigstens wir das auf Deutsch verständlich erklären könnten.

Ich hänge die beiden Texte dazu an. Auch Miles Kimball denkt in diese

Richtung und hat vermutlich die Anregungen dazu geliefert.^{24 25}

Die Frage ist, warum machen die deutschsprachigen Wirtschaftsjournalisten ihre Arbeit nicht. Ist das nur eine Täuschung der Beobachter des ökonomischen Zeitgeschehens aufgrund eines mangelnden Überblicks? Ist hier der Komplex „Lügenpresse“ zu berücksichtigen? Ist es ein Erfolg von „Gekaufte Forschung / Wissenschaft im Dienst der Konzerne“ (Buchtitel von Christian Kreiß, Professor für Finanzierung und Wirtschaftspolitik.)? Oder ist es ein Sieg der Antifa, die seit Jahrzehnten Gesell und die Freiwirtschaftsschule mit der Fa-

24 Die Links dazu habe ich nicht gefunden, sonst hätte ich sie hier auch eingefügt.

25 Nachtrag: Inhalt zweier E-Mails aus der NWO-Liste:

Liebe Listenmitglieder,

Federal Reserve Vizepräsident Stanley Fischer hat 1961 Keynes' "Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes" gelesen - und jetzt daraus nur das Kapitel 23, in dem Keynes über Silvio Gesell schreibt. In einer Rede wies er darauf hin.

<http://www.economicpolicyjournal.com/2016/03/fed-chairman-fischer-just-reread-keynes.html>

Hallo, nicht so unerquicklich wie der Kommentar von Mr. Wenzel ist die Originalrede von Fisher:

<http://www.federalreserve.gov/newsevents/speech/fischer20160307a.htm#fn17>

Allerdings kommt hier Gesell tatsächlich nicht vor. Dafür aber in einer Rede von Fischer vom 2. Januar dieses Jahres: <http://www.federalreserve.gov/newsevents/speech/fischer20160103a.pdf>

Das ist schon bemerkenswert, dass der 2. Mann der Fed Silvio Gesell erwähnt!

Für "Gesell" gibt es 5 Fundstellen in der Rede.

Im Literaturverzeichnis kommt er zwar nicht vor, dafür aber „Stamp Scrip“ von Irving Fisher, Buiter / Panigirtzoglou und Goodfriend, die wir ja kennen.

Interessant ist Fußnote 14 mit weiteren Literaturhinweisen:

"14 As an alternative to eliminating currency, a number of authors--including Goodfriend (2000), Buiter (2003), Agarwal and Kimball (2015), McAndrews (2015), and Rogoff (2014)--have discussed various mechanisms that could effectively implement a **Gesell tax** on physical currency."

Die erwähnten Quellen außer den uns gut bekannten sind:

Agarwal, Ruchir, and Miles Kimball (2015). "Breaking through the Zero Lower Bound," IMF Working Paper WP/15/224. Washington: International Monetary Fund, October, <https://www.imf.org/external/pubs/ft/wp/2015/wp15224.pdf>.

McAndrews, James (2015). "Negative Nominal Central Bank Policy Rates: Where Is the Lower Bound?" speech delivered at the University of Wisconsin, Madison, Wis., May 8, <https://www.newyorkfed.org/newsevents/speeches/2015/mca150508.html>.

Rogoff, Kenneth (2014). "Costs and Benefits to Phasing out Paper Currency," paper presented at the NBER Macroeconomics Annual Conference, Cambridge, Mass., April 11, <http://scholar.harvard.edu/files/rogoff/files/c13431.pdf>.

Ich habe allerdings noch nirgendwo reingeschaut. In der neuen Rede von Fischer gibt es in Fußnote 16 einen Link zum "Board of Governors of the Federal Reserve System"

("16. For a discussion of various issues reviewed by the Federal Open Market Committee in late 2008 and 2009 regarding the complications of unconventional monetary policy at the ZLB, see the set of staff memos on the Board's [website](#).")

Dort liefert die Suche nach ZLB (zero lower bound) in Papieren der Fed 44 Treffer (darunter Fischers Rede vom Januar); die Suche nach ELB (effective lower bound) 23 Treffer.

Vielleicht gibt es da ja noch mehr Verweise auf Gesell.

schismuskeule zu erledigen versuchen? Vielleicht ist es ja auch nur die Prägung der Journalisten durch ihre Ausbildung, die ihre Wahrnehmung trübt. Wenn ich mich recht erinnere, war das auch schon Ihr Thema.

Es muss dabei festgehalten werden, dass es nicht auf Gesells Mist gewachsen ist, den Zins mit administrativen Mitteln in den negativen Bereich zu drücken. Die Preisfunktion des Zinses will er gar nicht zerstören. Ein niedriger Zins soll nur nicht mehr die Konjunktur zum Absturz bringen können. Ein negativer Zins ist dabei nur akzeptabel, wenn er der Ausdruck des Kreditmarktes ist. Es ist eben mehr als verwunderlich, dass die Zusammenhänge nicht im Fokus der Wirtschaftsforschung stehen. Wir sind hier ja nicht im Bereich der Metaphysik, sondern die Probleme von heute haben uns schon zu anderen Zeiten in der BRD geplagt. Ernst Winkler zitiert in seinem schon genannten Text „Freiheit oder?“ Otto Lautenbach aus seinem Referat „*Geldwertstabilität und Kapitalmarktreform*“ aus auf dem Bundestag des Freiwirtschaftsbundes von 1952, der zur Gründung der Aktionsgemeinschaft Sozialer Marktwirtschaft geführt hat. Es heißt dort:

Währungspolitik (Aufgabe der Notenbank)

Jedenfalls steht fest, daß eine Währungspolitik, die auf einen etwa gleich bleibenden Preisstand - über dessen Definition man sich noch unterhalten kann - ausgerichtet ist, ein dynamisches Gleichgewicht in der Wirtschaft bewahren und die Geldwertstabilität sichern kann. Überdies wird eine solche Politik sehr zur Beruhigung der bisher noch stark wechselnden Kaufkraftströme beitragen, die sich in den vergangenen Jahren so störend bemerkbar machten.

Es wäre indessen verfehlt, von dieser Politik zu erwarten, daß damit unter allen Umständen ein dynamisches Gleichgewicht gesichert werden kann. Wiederum hat Dr. Winkler in seinem Referat deutlich geklärt, daß eine Währungspolitik mit dem Ziel des Gleichgewichts und der Kaufkraftbeständigkeit niemals die Sicherheit einschließt, daß die von der Geldschöpfung abhängigen *Nachfragemöglichkeiten* auch stets *wirksame Nachfrage* sein werden. Wir haben in den letzten Jahren, 1949 zum Beispiel und gegenwärtig, beobachten können, daß Geldvermehrung allein nicht ausreicht, depressive Züge der Wirtschaft zu überwinden, wenn das vorhandene Geld nicht als Nachfrage auftritt, sondern in Horten verschwindet, die Liquiditätsvorliebe das Gleichgewicht stört. Wenn wir diese Lücke schließen und die durch das Geld repräsentierte Nachfrage nach Waren immer als wirksame Nachfrage sehen wollen, dann ist es unerlässlich, auch die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes unter die Herrschaft der Notenbank zu bekommen, was unseres Erachtens mit der von uns vorgeschlagenen Umlaufsicherung des Geldes zuverlässig erreicht werden kann. Erst dann wird die Notenbank in der Lage sein, unter allen Um-

ständen Gleichgewichtstörungen mit beinahe sofortiger Wirkung zu be-
seitigen. (Seite 108 im Sonderdruck der FdF von 1980)

Das Gewicht, dass das Geld allgemein und besonders in seiner jetzigen Gestalt für die Kon-
junktur, für die Beschäftigung und Verteilung hat, wird mehrheitlich weder von Ökonomen
noch von den allgemeinen Nutzern des Geldes erkannt. Das Geld ist in dem kybernetischen
System *Marktwirtschaft* eine wichtige Steuerungsgröße. Wenn hier Fehlerquellen vorhanden
sind, dann haben diese Auswirkungen auf das gesamte System. Adam Smith stand der Be-
griff *Kybernetik* noch nicht zur Verfügung. Vielleicht sprach er deshalb von der unsichtbaren
Hand, die aus egoistischem Handeln einen Gemeinnutz wachsen lässt. Smith vorzuwerfen, er
habe dadurch ein religiöses Moment in die Ökonomie implantiert, halte ich für unange-
bracht. In seinem Werk „*Der Wohlstand der Nationen*“ mit rund 850 Seiten kommt der Be-
griff nur einmal vor. Ich habe die Passage auf der Seite 371 in der Übersetzung von Horst
Claus Recktenwald, 1974, gelesen. Sie hat viel mit den Beobachtungen seitens Smith mit
den Gesamtprozessen zu tun, aber nichts mit dem Wirken eines außermenschlichen Mitwir-
kers.²⁶

Ich habe schon in den letzten Tagen bei Adam Smith nachgeschaut, ob ich dort eine passende
Aussage zum Thema Ordnung finde, bin aber in der Einleitung des vierten Buches „Systeme
der politischen Ökonomie“ stecken geblieben. Hier fiel mir auf, dass Smith's Begriff von der
politischen Ökonomie einen anderen Inhalt hat, als jener von Franz Oppenheimer. Inter-
essant war mir dann in den ersten Sätzen der „Grundsätze des Handels- oder Merkantilsys-
tems“ folgendes zu lesen:

Es ist eine weit verbreitete Ansicht, Reichtum bestehe in Geld, Gold oder
Silber. Sie hat sich ganz natürlich aus der doppelten Funktion des Geldes
gebildet: Es vermittelt den Tausch und mißt den Wert. Besitzen wir Geld,
können wir damit, als Folge seiner Tauschmitteleigenschaft, alles, was wir
wünschen, leichter als mit irgendeiner anderen Ware beschaffen. Es wird
demnach immer unser Hauptanliegen sein, Geld zu bekommen. Hat man
es, kann man ohne weiteres alles dafür kaufen. Seine Eigenschaft als
Wertmaß erlaubt uns, den Wert aller anderen Güter nach der Geldmenge
zu bestimmen, gegen die wir sie tauschen können. (S. 347)

Von der dritten Funktion des Geldes, von der in den Lehrbüchern der heutigen Ökonomie zu
lesen ist, nämlich der Wertaufbewahrungsfunktion, schreibt er nichts. Bei der Klarheit auch
seiner sonstigen Aussagen, ist davon auszugehen, dass die dritte Funktion des Geldes, wenn
sie ihm vorgetragen worden wäre, vermutlich zurückgewiesen hätte, weil sie die Funktion

²⁶Zur Geschichte des Begriffes siehe: https://de.wikipedia.org/wiki/Unsichtbare_Hand

des Tausches aufhebt und nichts zum Wohlstand der Nationen beigetragen hätte. In meinem Text 102.2 (<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/102.0%20PerpetuumMobile.pdf>) berichte ich:

Der Gedanke vom Perpetuum mobile hat in der Geschichte ökonomischer Ideen aber schon eine Rolle gespielt. Santiago Fernandes berichtet in dem Beitrag "L'argent criminel" - "Kriminelles Geld" in der Zeitschrift für Sozialökonomie über die Vorstellung vom Geld als Perpetuum mobile des Pierre le Pesant de Boisguillebert (1645 - 1714). Gemeint ist damit, daß das Geld im Tauschverkehr nicht neutral ist, das Geld aber so gestaltet werden mußte, daß es unter keinem Umstand seine Tauschfunktion verweigert.

Im Geleitwort zum 1. Heft 1949 von **Währung und Wirtschaft** / *Unabhängiges Forum für Wirtschaft-Wissenschaft, -Praxis, -Politik*, Herausgeber Ludwig Erhard / Erwin Hielscher / Max Schönwanddt unter Mitwirkung von Wilhelm Kromphardt / Otto Lautenbach ist zu u.a. zu lesen:

... Die „Währung“ ist im Titel nicht deshalb vorangestellt, weil sie eine selbständige Bedeutung neben oder gar vor der „Wirtschaft“ hätte. Sie ist „nur“ eine Hilfseinrichtung, vergleichbar dem Steuerruder eines Schiffes oder den Steuerungsstoffen der Organismen. Aber „RICHTIGES GELD“ ist die Voraussetzung und einzel- gesamtwirtschaftlichen Bestleistung und nicht weniger einer echten Sozialordnung.

Zur Voll-Leistung der Wirtschaft mit angemessener Beteiligung aller entsprechend ihrer Mitwirkung gehört noch mehr. Genannt seien nur: ein ausgeglichenes Lohngefüge, ein angemessenes Lohn-Preis-Verhältnis und vor allem die Gewißheit eines jeden, daß arbeiten und wagen sich lohnt.

Hier wird die Währung nochmals herausgestellt, nicht als Selbstzweck, sondern als Hilfsmittel einer „echten Sozialordnung“ und darunter wurde eben nicht verstanden: Kapitalismus plus kollektives soziales Sicherungssystem als Korrekturmittel. Hier klingt wieder die Frage an: Wer trägt eigentlich zur „Voll-Leistung“ der Wirtschaft bei und lohnt das Arbeiten auch mit oder unter dem Mindestlohn?

Im „Vom Gelde und Kapital“ habe ich eine Aussage von Nell-Breuning gefunden, die die Situation in der Diskussion um das Geld sichtbar macht. Er schreibt auf der Seite 74 f.:

Sehr viele Menschen sind geneigt, die Möglichkeiten der Geldpolitik bei weitem zu überschätzen. Besonders in Zeiten schwerer wirtschaftlicher Not schießen Vorschläge, durch ein neuartiges Geld alle Not zu wenden, wie Pilze nach einem warmen Regen aus der Erde. Alles das ist Phantasterei, nicht selten mit einem gewissen Einschlag von Geisteskrankheit. Auch im Geldwesen und in der Geldpolitik gibt es keine Hexerei oder Zauberei, sondern geht alles mit rechten Dingen, ja sogar sehr nüchtern zu.

Der Aussage, dass es keine Zauberei und Hexerei im Geldwesen gibt, stimmen sicher alle zu, die das Thema Geld erörtern. Aber bei der Deutung, warum der Teufel immer auf den größten Haufen schießt, oder warum das Sprichwort stimmt, das da heißt: „Wer hat, dem wird gegeben!“, geraten sie sich in die Haare. Bei dem Thema Geld kommt schon mal leicht die Vermutung auf, dass der Gesprächspartner, der nicht versteht oder nicht verstehen will, geisteskrank ist. Es kann doch gar nicht anders sein, wird gedacht, denn jeder – egal von welcher Seite er aus argumentiert – beansprucht doch, den Sachverhalt genau geprüft zu haben. Ich schätze von Nell-Breuning hat bei dem „Einschlag von Geisteskrankheit“ auch an Gesell und die Vertreter der Freiheitsschule gedacht, denn er hat sich mit dieser Schule auseinandergesetzt, wohl schon deshalb, weil er für den Erhalt des Zinses votierte. In dem Beitrag „*Bibel Kirchen Zinswirtschaft*“ von Roland Geitmann heißt es:

Die Enzyklika "Quadregesimo Anno" von Pius XI. 1931 über die Herrschaft des Geldes ist geprägt durch den Verteidiger des Zinsnehmens Oswald von Nell-Breuning. <http://userpage.fu-berlin.de/~roehrigw/geitmann/>

Eine Antwort Gesells auf die Bewertung der möglichen Wirkungen des Geldes durch Pater Oswald von Nell-Breuning befindet sich im Band 17 von „Silvio Gesell /Gesammelte Werke“ auf den Seiten 50 – 55. Ich gebe den Text im Anhang unter der Textziffer 144.1 wieder.

Gestern, am 29. Februar 2016, war in der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung folgende Schlagzeile zu lesen:

„Machen wir nichts, steht uns die nächste Fluchtwelle bevor“

Erst dachte ich, das ist eine gute Überschrift für diesen Offenen Brief. Aber dann habe ich die Schlagzeile geradezu als eine Verharmlosung dessen angesehen, was kommt, wenn wir nicht das Notwendige tun: Wir riskieren dann nämlich einen neuen Weltkrieg, der die ersten beiden und den dritten Weltkrieg – unter dem manche Beobachter die vielen lokalen Kriege und das Sterben durch Hunger zusammen fassen - in den Schatten stellt. Ich verstehe diese Aussage nicht als Schwarzmalerei und mich nicht als Prophet, sondern als eine wahrscheinliche Möglichkeit. Die Schlagzeile der HAZ steht über einem Interview von Dieter Wonka und Jörg Köpke mit dem Entwicklungsminister Gerd Müller.

Ich gebe zwei Fragen der HAZ und zwei Antworten des Ministers wieder:

In den deutschen Verteidigungshaushalt sollen schon bald 30 Milliarden Euro zusätzlich fließen. Ist das nicht genug?

Weltweit werden 1500 Milliarden Euro für Rüstung und Militär ausgegeben

und 150 Milliarden für Entwicklungs- und Friedensarbeit. Das ist ein grobes Missverhältnis.

Stellen Sie sich einmal vor, das Verhältnis wäre umgekehrt. Lebten wir dann in einer friedlichen Welt?

Als Ultima Ratio brauchen wir das Militär. Aber Militär und Panzer führen nicht zu Frieden. Wir müssen die Dinge zu Ende denken. Auch die Krise in Syrien wird nicht mit militärischen Mitteln zu lösen sein. Wir müssen vorausschauend Krisen verhindern. In Äthiopien bahnt sich eine dramatische Dürre- und Hungersnot an, von der zehn Millionen Menschen betroffen sind. Wir müssen jetzt reagieren, nicht erst, wenn die Fernsehbilder mit Tausenden von Toten aus der Wüste kommen und sich Hunderttausende auf den Weg nach Europa machen. In Ägypten, das bald 100 Millionen Menschen zählen wird, sind rund die Hälfte Kinder und Jugendliche – und rund 25 Millionen arbeitslos. Da muss jetzt von uns investiert werden. Machen wir das nicht, steht uns die nächste Fluchtwelle bevor.

Der Minister Gerd Müller hat in den Grundzügen seiner Aussagen recht. Nur vergisst er auf die unterschiedliche Rendite zwischen dem Geschäft mit der Rüstung und der Entwicklungs- und Friedensarbeit hinzuweisen. Solange sich das Böse mehr rentiert als das Gute, wird auch das Böse siegen. (Und die Kassenhalter der Kirchen verführen, das verwaltete Geld dem Bösen zur Verfügung stellen.) Es nutzt auch nicht viel, den darbedenden Ländern mehr Kredite zur Verfügung zu stellen (Die sie in der gegebenen Unordnung durch die zu zahlenden Zinsen noch ärmer machen als sie es jetzt schon sind.) und ein paar Unternehmen bei der Ansiedlung zu unterstützen. Hier helfen wirklich nur „Investitionen“ in die Entwicklung der jeweiligen Landesordnungen jener Art, die einen Wissen- und Güteraustausch mit anderen Ländern zur gegenseitigen Nutzenoptimierung ermöglichen. Aber wenn wir hier wirklich eine Hilfestellung (durchaus aus Eigennutz) geben wollen, müssen wir erst die Fehler in unserer eigenen Ordnung erkennen und überwinden.

Heute am 1. März 2016 vermelden Sie im Handelsblatt Morning Briefing:

Angela Merkel wünscht sich eine zweite Amtszeit von **Joachim Gauck** als **Bundespräsident**. Das wird ihn freuen. Wenn Gauck sich das auch wünscht, wird es dazu kommen. Wir lernen: Es gibt 82 Millionen Deutsche, aber nur zwei von ihnen entscheiden die Top-Personalie des Landes. Alle Menschen sind gleich, aber einige sind gleicher. Würde dieses Schauspiel nicht in Berlin, sondern in Moskau aufgeführt, würden unsere Zeitungen sich heute über die „**gelenkte Demokratie**“ empören.

Vorher las ich schon in der HAZ den Artikel von Matthias Koch:

Der Besuch der kalten Dame / Kanzlerin Merkel gelingt im Fernsehen ein

Befreiungsschlag: Mitten in der größten Krise ihrer Amtszeit wirkt sie verblüffend gelassen – dafür gibt es fünf Gründe

Die Gründe, die Matthias Koch anführt, können ihre Stellung als Kanzlerin sichern, führen aber weder Deutschland, Europa oder die Welt in eine bessere Zukunft. Ich habe nach dem Lesen des Artikels gedacht, dass die Stärke dieser Frau das Spiegelbild der Schwäche des Bundestages ist. Und beim Bundestag soll man nicht nur an die Fraktionen der CDU/CSU und der SPD denken, sondern auch an die der Opposition, an die Linken, die Grünen und die Anwärter AfD und FDP.

Unter der Schlagzeile

„Bundesbank: Abschaffung des Bargelds ist die falsche Antwort
Vorstand warnt in Hannover vor Vertrauensverlust für den Euro – und bezweifelt auch den Sinn von Einschränkungen der Barzahlung“

ist in der HAZ von heute von Albrecht Scheuermann ein Bericht und getrennt davon sein Kommentar zu lesen. Auf dem Jahresempfang der Hauptverwaltung der Bundesbank in Hannover argumentiert das Vorstandsmitglied der Bundesbank, Johannes Beermann, ganz passabel gegen die Abschaffung des Bargeldes. Nur warum das unter den gegebenen Umständen gar nicht geht, lässt weder er noch Albrecht Scheuermann in seinem Kommentar erkennen. Zu vermuten ist, dass sie es gar nicht wissen und das wirft dann ein schlechtes Licht sowohl auf den Vortragenden von der Bundesbank wie auch auf den Kommentator der hannoverschen Allgemeinen Zeitung.

Ich komme nochmals auf Adam Smith zurück, nicht auf „die unsichtbare Hand“, sondern auf seinen ordnenden Geist. Ich habe mir vor längerer Zeit den folgenden Passus aus seinem Werk abgeschrieben:

Sobald in einem Land aller Boden in Privateigentum ist, möchten auch die Grundbesitzer, wie alle Menschen, dort ernten, wo sie niemals gesät haben. Sie fordern selbst für den natürlichen Ertrag des Bodens eine Rente. Das Holz des Waldes, das Gras des Feldes und alle Früchte der Natur auf dieser Erde, die der Arbeiter, solange der Boden noch allen gehörte, nur einzusammeln und zu ernten brauchte, erhalten nunmehr selbst für ihn zusätzlich einen Preis. Er muß nämlich von nun an für die Erlaubnis zum Ernten dieser Früchte etwas bezahlen, indem er dem Landbesitzer einen Teil von dem abgibt, was er durch seine Arbeit eingesammelt oder erzeugt hat. Dieser Teil nun oder, was auf das gleiche hinauskommt, der Preis dieses Teils bildet die Bodenrente, die zugleich eine dritte Komponente im Preis der meisten Güter ist.

Diese Zeilen stehen im ersten Buch im 6. Kapitel über die Bestandteile der Güterpreise auf der Seite 44. Er arbeitet hier die Bestandteile der Preise Grundrente, Arbeitslohn und Kapitalgewinn sehr deutlich heraus. Eine Fähigkeit, die den meisten Ökonomen von heute und damit den Berichterstattern in den Medien anscheinend abhanden gekommen ist. Der Kapitalertrag ist dabei nicht der Unternehmerlohn, sondern der Zins, die Dividende. Ich will hier auf das Thema Boden(un)recht zusteuern als ein zentrales Thema der nationalen und internationalen Neuordnung als Voraussetzung für einen allgemeinen Wohlstand und Frieden, nicht in der notwendigen Breite, sondern nur als Merkposten. Ich verweise daher jetzt schon auf einen Reader, den ich aus Anlass der Weltausstellung 2000 erstellt habe.

Das Boden(un)recht

Dateiformat: PDF/Adobe Acrobat

Das Boden(un)recht. Beiträge zur Förderung der Menschenrechte, des Friedens und der Freiheit. Eine Sammlung fremder und eigener Texte.

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/22.1%20Das%20Boden%28un%29recht%20Teil%20I.pdf>

Das Boden(un)recht II

Dateiformat: PDF/Adobe Acrobat

10. Okt. 2000 ... u.a.. Teil II.

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/22.2%20Boden%28un%29recht%20Teil%20II.pdf>

Aber erst noch einmal zu dem Kapitalertrag der sich über die Güterpreise, die in der Hauptsache aus dem Arbeitseinkommen finanziert werden müssen. Adam Smith drückt sich nicht vor dem Thema Zins, ob er aber auch die Wirkung des Zinseszins beschreibt, kann ich bei meinem jetzigen Kenntnisstand nicht sagen. Was er schreibt, ist durchaus interessant. Lesen wir mal einen Abschnitt:

Erstes Buch. Was die produktiven Kräfte der Arbeit verbessert /
NEUNTES KAPITEL / Der Kapitalgewinn

... Obwohl es also nicht gelingen dürfte, den Kapitalgewinn für die Gegenwart und die Vergangenheit einigermaßen genau im Mittel zu berechnen, läßt sich doch mit Hilfe des Geldzinses ein ungefähres Bild von ihm gewinnen. Man kann wohl von dem Grundsatz oder der Erfahrung ausgehen, daß überall dort, wo der Einsatz von Geld ein gutes Geschäft verspricht, gewöhnlich auch viel für seine Ausleihe bezahlt wird, und wo umgekehrt nur wenig damit verdient werden kann, in der Regel auch weniger Zins dafür entrichtet wird. Wenn sich daher in einem Lande der übliche Marktzinssatz ändert, so dürfen wir sicher sein, daß auch der normale Kapitalgewinn entsprechend schwanken muß, also zwangsläufig sinkt, wenn der Zins sinkt und steigt, wenn dieser steigt. Aus der Veränderung des Zinses können wir uns somit ein ungefähres Bild von der Entwicklung des Gewinnes machen.

Im 37. Regierungsjahr Heinrichs VIII. wurde jeder Zins über zehn Prozent für ungesetzlich erklärt. Offenbar hatte man vorher bisweilen mehr verlangt. Unter Eduard VI. wurde in religiösem Eifer jeglicher Zins untersagt, ein Verbot, das indes genau so wirkungslos gewesen sein soll wie alle anderen dieser Art. Es hat wahrscheinlich das Ubel des Wuchers eher ver-

schlimmert als gemildert. Die Vorschrift Heinrichs VIII. wurde durch das Gesetz aus dem 13. Regierungsjahr Elizabeths, Kapitel 8, wieder eingeführt. Fortan galten bis Jakob I. zehn Prozent als legaler Zinssatz, der ihn dann später, in seinem 21. Regierungsjahr, auf acht Prozent herabgesetzt hat. Bald nach der Restauration wurde er auf sechs Prozent und durch Königin Anna im 12. Jahr ihrer Regierung schließlich auf fünf Prozent gesenkt. Offenbar sind alle diese gesetzlichen Regelungen mit großer Sachkenntnis getroffen worden, denn sie scheinen der Entwicklung des Marktzins oder dem üblichen Kreditzins für gute Kunden gefolgt und ihr nicht vorausgeeilt zu sein. Seit Königin Anna haben scheinbar die fünf Prozent eher über als unter dem Marktsatz gelegen. So nahm die Regierung vor dem letzten Krieg Anleihen zu drei Prozent auf, und kreditwürdige Kunden zahlten in der Hauptstadt und an vielen anderen Orten des Königreichs dreieinhalb, vier und viereinhalb Prozent.

Seit Heinrich VIII. haben Vermögen und Einkommen im Lande ständig zugenommen, wobei sich der Zuwachs im Laufe der Zeit offenbar eher vergrößert als verkleinert und das Tempo sich beschleunigt hat. In der gleichen Zeit ist auch der Arbeitslohn laufend angestiegen, während fast überall in Handel und Gewerbe der Kapitalgewinn zurückgegangen ist. (S. 76 f.)

Man kann bei Smith klar erkennen, dass die Beschäftigung abhängig ist vom Kapitaleinsatz und die Höhe der Lohnquote nicht von gewerkschaftlich organisierter Streikbereitschaft abhängt, sondern von dem Kapitalangebot im Markt. Steigt dieses Angebot, sinkt der Kapitalertrag in Form von Rendite und Zins und die Lohnquote steigt.

Die Probleme mit dem Komplex Geld und Zins in unserer Zeit hat Helmut Creutz mit seinen nachfolgenden benannten Büchern aufbereitet:

„Das Geld-Syndrom / Wege zu einer krisenfreien Wirtschaftsordnung“²⁷
und

„Die 29 Irrtümer rund ums Geld“

Grafische Darstellungen der einzelnen Themen sind abrufbar unter
www.helmut-creutz.de

Die Probleme, die die Bodenrente und ökonomische Renten im weiteren Sinne verursachen, hat Dirk Löhr in seinen nachfolgend genannten Büchern bearbeitet und kommentiert Meldungen zum Problembereich laufend in seinem Blog.

Die Plünderung der Erde

Anatomie einer Ökonomie der Ausbeutung

Ein Beitrag zur Ökologischen Ökonomik

und

Prinzip Rentenökonomie

Wenn Eigentum zu Diebstahl wird

Mit einem Geleitwort von Gerhard Scherhorn

<http://www.metropolis-verlag.de/Prinzip-Rentenoekonomie/1013/book.do> rent-grabbing.com /

<http://www.grundsteuerreform.net>

<http://www.dirk-loehr.de/>

27 Erschienen in mehreren Auflagen und in drei Vormaten, zuerst 1993, letzte überarbeitete Auflage 2012.

Die Bücher über die Themen, die hier angesprochen werden, sind inzwischen so zahlreich, dass sie nur mutwillig von der ökonomischen Forschung und Politik und Berichterstattung übersehen werden können. Es ist auch nicht so, dass immer nur die Professoren die interessantesten und ergiebigsten Bücher dazu schreiben. Ich nenne aus meinem Bestand mal drei Titel:

„Equilibrismus / Neue Konzepte statt Reformen für eine Welt im Gleichgewicht“
von Volker Freystedt (Sozialpädagoge) und Eric Bihl (Bankkaufmann und Mitarbeiter im Patentamt) mit einem Geleitwort von Peter Ustinov und einem Vorwort von Daniel Goeudevert.

„Zu Geld und Ökonomie / Von der Erstellung eines diskutierbaren Ganzen“
von Simon Bichlmaier (Bankkaufmann und Erzieher)

„Über das Geld / Geschichte und Zukunft des Wirtschaftens“
von Bern Striegel (Polymerchemiker, der sich vor der Veröffentlichung 8 Jahre mit seinem Thema befasst hat.)

Ich möchte doch noch auf einen anderen Autor aufmerksam machen. Es ist der bei der Rettung seiner Tochter umgekommene Dieter Suhr. Er war Professor für Öffentliches Recht, Rechtsphilosophie und Rechtsinformatik. https://de.wikipedia.org/wiki/Dieter_Suhr
Weil er nicht von seinen Kollegen aus der ökonomischen Fakultät die Informationen bekam, die er für sein Forschen und seinen Lehrauftrag benötigte, hat er sich selber des Themas Ökonomie angenommen. Es sind dabei Titel herausgekommen wie:

„Geld ohne Mehrwert“
„Befreiung der Marktwirtschaft vom Kapitalismus“/
„Gleiche Freiheit – Allgemeine Grundlagen und Reziprozitätsdefizite in der Geldwirtschaft“
„Der Kapitalismus als monetäres Syndrom / Aufklärung eines Widerspruchs in der Marxschen Politischen Ökonomie“
„Wachstum bis zur Krise?“
(Ein Sammelband von Dieter Suhr zusammen mit Helmut Creutz und Werner Onken.)

Und wem das noch nicht genügt, der kann sich an das Archiv für Geld und Bodenreform wenden, das in der Carl von Ossietzky-Universität untergebracht ist.

<http://www.bis.uni-oldenburg.de/ueber-uns/profil-des-bibliotheks-und-informationssystems/archive-und-sammlungen/archiv-fuer-geld-und-bodenreform>

http://www.sozialoekonomie.info/Archive/Archiv_Geld-_und_Bodenreform/archiv_geld-_und_bodenreform.html

Bevor ich fortfahre und mich dem Ende entgegen arbeite, will ich an dieser Stelle nur vermerken, dass es sinnlos ist, an einem neuen, besseren Gesellschaftsvertrag und an einer besseren Weltordnung zu arbeiten, wenn nicht vorher die Grundprobleme der Ökonomie gelöst wurden. Die Erde ist die Existenzbedingung aller Menschen und kann daher nicht Gegen-

stand von Privateigentum sein. Die Lösung liegt darin, dass die Bodenrente, die in unterschiedliche Höhe entsteht, nicht abgebaut werden kann und daher nur abgeschöpft werden kann, muss ökonomisch neutralisiert werden. Das kann dadurch geschehen, dass sie pro Kopf oder pro Kind zurück verteilt wird, oder dass mit ihr die öffentliche Verwaltung und Infrastruktur finanziert wird und dadurch die Steuern drastisch reduziert werden. Die Nutzung der einzelnen Parzelle wird dann mittels Wettbewerb dem jeweiligen besten Wirt ermöglicht.

Es darf aber nicht übersehen werden, dass es bei der Behandlung des Themas Bodenrecht, auch um die Nutzung der Bodenschätze, des Luftraumes, der Flüsse und Meere geht. Es sind Fragen zu klären wie die gleiche Teilhaberschaft an der Erde national und international so zu handhaben ist, dass daraus nicht neue Konflikte entstehen. Die Weltraumforschung ist interessant, überlebenswichtig für die Menschen auf der Erde, ist aber die Klärung der Ordnungsfragen, damit die Menschen ohne Krieg in Freiheit leben können. Der Unterschied zwischen beiden Bereichen ist, dass die Weltraumforschung Kapital verbrennt und so dazu beiträgt, dass es knapp bleibt und deshalb einen Teil des Arbeitsertrages für sich beanspruchen kann. Die Lösung der Ordnungsfragen auf unserem Globus würde aber dazu beitragen, dass der Ertrag der Arbeit zunehmend bei denen bleibt, die die Arbeit leisten. Das Kapital würde sich einfach in Sachmittel ohne eigenen Anspruch auf einen Anteil am Sozialprodukt auflösen. Um die Wirtschaftlichkeit des Einsatzes von Sachmitteln zu erreichen, wäre nur notwendig, mit dem Preis der Produkte die Abschreibungsraten für die Abnutzung zur Bestandssicherung der Sachmittel wieder hereinzuholen.

Bevor ich diesen langen Brief – der sich in Tagesabschnitten so entwickelt hat, ohne so geplant zu sein - mit einem eigenen Versuch und den Ihren zur Differenzierung der Begriffe *Marktwirtschaft* und *Kapitalismus* beende, nochmals ein paar Hinweise zu dem Denken in Ordnungen. Ich muss aber sagen, dass mein Denken über Ordnungen in diesem Text – wenn sie eine wissenschaftliche Arbeit sein sollte – nicht genügend geordnet ist. Da ich aber „nur“ das Denken über Ordnungen in unserem Land und der Welt anregen und keinen Lehrbrief produzieren will (wollte), ist das Fehlen einer systematischen Gliederung kein Nachteil. Zwischenüberschriften würden das Suchen und wiederfinden bestimmter Gedankengänge erleichtern. Mir fehlt aber zum Setzen von Zwischenüberschriften die Muße und einen Redakteur, der das vornimmt, habe ich auch nicht. Außerdem kann beim Lesen des Textes auf dem Rechner die Suchfunktion für Stichworte genutzt werden.

Bei diesem Gedankengang fiel mir eine Fußnote in dem Buch „Pierre Le Pesant de Boisguilbert / Denkschrift zur wirtschaftlichen Lage im Königreich Frankreich“ ein. Es ist übersetzt und mit einem Nachwort herausgegeben von Achim Toepel, 1986. Bei der Suche nach dieser Fußnote fielen mir ein paar Textstellen auf, die ich hier noch zitieren will. Da Boisguilbert auch von Marx gelesen wurde, ist das gleichzeitig eine Überleitung zu der Frage, ob uns Marx etwas zu der gesuchten Ordnung zu sagen hat.

Auf Boisguilbert bin ich durch Santiago Fernandes aufmerksam geworden. Er war Währungsexperte der *Banco de Brasil* und Mitglied der Delegation seines Landes in der Bretton-Woods-Konferenz von 1944. 1978 hat er mir sein Buch *OURO a reliquia barbara / de Bretton Woods ao FMI no Rio, 1967*, mit einer Widmung geschickt. Da ich kein portugiesisch lesen kann, konnte ich mir den Inhalt nicht aneignen. Aber in der Zeitschrift *mensch technik gesellschaft* (heute Zeitschrift für Sozialökonomie) im Heft 40/41 und im Heft 49 sind zwei Artikel von ihm veröffentlicht. Ich habe diese Artikel in meiner Internetpräsentation veröffentlicht. Siehe:

Text 102.2

- a) Die Lösung der internationalen Währungsprobleme auf der Basis des KEYNES-Planes von Santiago Fernandes und
- b) "L'argent criminel" - "Kriminelles Geld" Keynes, Proudhon, Gesell, Boisguillebert - vier nicht-marxistische Sozialisten in ihrem Ringen um eine Welt mit wirtschaftlichen Gleichgewicht
<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/102.2%20Fernandes.pdf>

Zurück zu Boisguilbert²⁸ (1646 – 1714) und seinen *Denkschriften zur wirtschaftlichen Lage im Königreich Frankreich*. In der *Abhandlung über das Wesen des Reichtums, des Geldes und der Steuern* ... wird das Kapitel [Über die Funktion des Geldes und über die diesbezüglich weit verbreiteten Irrtümer] wie folgt eingeleitet:

Die Entfernung zwischen Himmel und Erde kann nicht größer sein als die Entfernung zwischen einer vernünftigen Vorstellung über das wahre Wesen des Geldes und der Verzerrung dieser Vorstellung, die in der Welt vorherrscht, die sich fast allgemein einstellte, so daß sie die richtige Vorstellung weitgehend verdrängte, obwohl dieses Verdrängen eine so große Verwirrung des Geistes ist, daß es die Ursache für den wirtschaftlichen Ruin der Staaten wird und größere Verheerungen bewirkt, als die gefährlichsten äußeren Feinde jemals an Verwüstungen anrichten könnten.

Tatsächlich besitzt das Geld, das man vom Morgen bis zum Abend, in der bereits angedeuteten und hinlänglich bekannten Weise, zu ei-

28 Von seinem Namen gibt es offensichtlich zwei Schreibweisen. Ich habe ihn weiter oben schon einmal erwähnt.

ner Gottheit erhebt, von sich aus überhaupt keinen Gebrauchswert, da man sich damit weder ernähren noch kleiden kann. Und alle diejenigen, die es mit einer derartigen Gier erstreben, und jene, die, um in seinen Besitz zu gelangen, keine Mittel scheuen und weder Gut noch Böse kennen, erwerben es lediglich mit der Absicht es nach der Besitzergreifung sogleich wieder auszugeben, um sich das Notwendige für Beruf und Lebensunterhalt zu beschaffen. (S. 164 f.)

Es zeigt sich hier, das es seit der Zeit seit Boisguilbert keinen Fortschritt in der Aufklärung über das Wesen des Geldes gegeben hat. Auf der Seite 174 schreibt er über die Wirkungen, die der Gesetzgeber durch mangelhaft durchdachte Gesetze verursacht. Auch hier sind wir mit seiner Aussage in der Gegenwart.

Die Unordnungen, die durch das Geld verursacht werden, so groß sie auch immer sein mögen, und wir haben sie bereits beschrieben, sind stets Verbrechen, die der gesetzlichen Strafverfolgung unterliegen. Der Gesetzgeber ahndet solche Vergehen sogar mit äußerster Strenge, wenn es der Justiz gelingt, sich der Angelegenheiten zu bemächtigen. Bisher beschränkten sich unsere Klagen und Beschreibungen jedoch darauf, Wünsche verlauten zu lassen, um dem Unheil Einhalt zu gebieten. Nichtsdestoweniger wurzeln jedoch einige dieser Verbrechen, wie zum Beispiel die Spekulationen, sehr viel tiefer, d. h. in einer Notwendigkeit, die durch eine vorangegangene Störung des wirtschaftlichen Gleichgewichts des Staates bedingt wird und die keinesfalls nur als die Auswirkung von Raub und Diebstahl oder von Straßenräubern angesehen werden kann.

Die bereits beschriebene unglückselige Vergötterung des Geldes, Urquell aller Übel, würde niemals, so viele Anbeter in die stets überfüllten Tempel dieser Gottheit locken, wenn es nicht gleichzeitig neben denjenigen, die ohne Gnade der Strenge des Gesetzes ausgeliefert werden, auch noch andere Leute gäbe. (S. 174 f.)

In der folgenden Fußnote vom Herausgeber Achim Toepel ist zu lesen, dass sie nicht nur heute kein Ohr haben für jene, die auf die Möglichkeit eines dienenden Geldes verweisen, sondern dass es auch in der Vergangenheit so wahr. Wie soll es auch anders sein? Minister und Abgeordnete müssen doch Politik machen, wie sollen sie da auch noch über wohl begründete Reformen nachdenken können?

Ganz abgesehen davon, daß die Schriften Boisguilberts zu seinen Lebzeiten auf Unverständnis stießen und daß man seinen Vorschlägen zur Gesundung der Staatsfinanzen keine Beachtung schenkte, vermochte sich Boisguilbert auch bei persönlichen Audienzen bei Pontehartrain, dem Finanzminister Ludwigs XIV., kein Gehör zu verschaffen. Derartige persönliche Mißerfolge erklären auch den vielfach bitteren Ton in seinen sehr zahlreichen Publikationen. (S. 213)

In der nächsten Fußnote wird der Marktwirtschaftler Boisguilbert sichtbar.

Bei Boisguilbert „qu'on laisse faire la Nature“. Man findet also bei Boisguilbert nicht nur den Grundsatz des Freihandels erörtert, sondern man trifft ebenfalls bereits expressis verbis die Grundformel des klassischen ökonomischen Liberalismus, das Prinzip des „laissez faire“ an, dessen sprachliche Schöpfung im allgemeinen erst den Physiokraten zugeschrieben wird. (S.196)

Zum nächsten Denker, zu der Frage ob uns Karl Marx etwas zu einer besseren Ordnung sagen kann. Ich muss gestehen, dass ich in den sechs Bänden aus der Reihe der Marx-Engels-Werke, die ich im Regal stehen habe und Mitte der 70er in einem von der DDR organisierten Buchladen in Hannover gekauft habe, nicht viel gelesen habe. Ich habe aber gelernt, dass Marx und der Marxismus zwei verschiedene Stiefel sind. Auch wenn Hermann von Berg, zu Zeiten der DDR ein Dissident, in seinem Buch „*Marxismus-Leninismus / Das Elend der halb deutschen halb russischen Ideologie*“, 1986, nicht viel Gutes an Marx lässt, so habe ich Marx gegenüber doch einen Respekt, schon deshalb, weil falsche Denkergebnisse die Geburtshelfer von richtigen Denkergebnissen sind. Aber ich habe auch in Damaschkes *Geschichte der Nationalökonomie* gelesen, dass Marx aus seinen Beständen Bücher verkaufen musste, um eine gestorbene Tochter zu beerdigen zu können. Da zeigt sich mir doch, dass er sich kein leichtes Leben gemacht hat. Es folgen zwei Zitate von H. von Berg:

Nimmt man die historischen Tatsachen, so erscheint der Ideologe Marx als Randfigur, als klassenfremder Intellektueller, abseits der machtvollen Strömung der englischen, französischen und deutschen Arbeiterschaft stehend. Sein Einfluß erstreckte sich vorübergehend auf einige deutsche Arbeiterführer und eine Handvoll linksorientierter Intellektueller. Die westeuropäische Arbeiterbewegung hat ihre ursprünglichen Grundwerte ohne Marx, selbständig, aus ihren eigenen Erfahrungen heraus formuliert. Rückbesinnung darauf tut gut, um heute vorwärts zu kommen. (S. 72)

Andere Autoren urteilen über das, was Marx an geschriebenen Worten hinterlassen hat und was andere über diese Hinterlassenschaft und über ihn selbst gedacht haben, anders. Fest steht doch, dass für gut ein halbes Jahrhundert die halbe Welt nach marxistischen Ideen geordnet wurde und die Kraft, die das bewirkte, eine Leitfigur bedurfte. Bedeutender für eine künftige Ordnung ist die im nächsten Zitat bescheinigte Freiheitsfeindlichkeit bei Marx, die – auch wenn sie als vorübergehende Notwendigkeit betrachtet wird – Marx und den Marxismus als Leitidee als untauglich erscheinen lässt.

...Marx negiert das alles. Er findet keine Worte für den auszubauenden Fortschritt der politischen Kultur, erreicht durch die klassische Dreiteilung der Gewalt. Sein Rezept lautet: Aufhebung des historischen Fortschritts durch die Diktatur. Der »dialektische Eulenspiegel« Marx, wie ihn Bakunin genannt

hat, sei »charakterlich und als Deutscher« immer auf absolute Herrschaftsformen aus gewesen. Marx reflektiert die Zurückgebliebenheit der deutschen politischen Zustände: Anstelle des feudalen Absolutismus will er den proletarischen Absolutismus setzen. Dessen Musterknabe im 20. Jahrhundert wurde Stalin. Stalin war der Marx des 20. Jahrhunderts, ein finsterner, nicht einmal ein aufgeklärter Despot nach klassischem Wahlspruch: ein König, ein Glaube, ein Gesetz. (S. 120)

Die Suche im Netz zu Marx und dem Thema Ordnung ergab u.a.:

Staat

1. Staatsmacht erwächst aus der Wirtschaftsmacht

Das materielle Leben der Individuen, welches keineswegs von ihrem bloßen Willen abhängt, ihre Produktionsweise und die Verkehrsform, die sich wechselseitig bedingen, ist die reelle Basis des Staats und bleibt es auf allen Stufen, auf denen die Teilung der Arbeit und das Privateigentum noch nötig sind, ganz unabhängig vom **Willen** der Individuen.

Diese wirklichen Verhältnisse sind keineswegs von der Staatsmacht geschaffen, sie sind vielmehr die sie schaffende Macht.

Dasselbe gilt von den beherrschten Klassen, von deren Willen es ebenso wenig abhängt, ob Gesetz und Staat bestehen. ...

Die oberflächlichste Betrachtung der Gesetzgebung, z.B. der Armengesetzgebung in allen Ländern, wird zeigen, wie weit es die Herrschenden brachten, wenn sie durch ihren bloßen Herrscherwillen, d.h. als nur Wollende, irgendetwas durchsetzen zu können sich einbildeten. K. Marx, Deutsche Ideologie, MEW 3, 311ff.

...

Die *politische* Freiheit besteht darin, den Staat aus einem der Gesellschaft übergeordneten in ein ihr *völlig* untergeordnetes Organ zu verwandeln, und auch heute sind die Staatsformen freier oder unfreier in dem Maß, worin sie die Freiheit des Staates beschränken. K. Marx, Kritik des Gothaer Programms, MEW 19, 27.

http://www.marx-forum.de/marx-lexikon/lexikon_s/staat.html

Diese Gedanken lassen sich doch auch mit jenen verbinden, die auch Franz Oppenheimer gedacht hat. Auch bei Gesell finden wir Arbeiten über den Abbau des Staates und über den abgebauten Staat. Das ist ihm auch in der Anhängerschaft übel genommen worden. Dabei ist es doch unsinnig, solche Arbeiten als politisches Programm zu verstehen. Mit solchen Überlegungen und Arbeiten kann erst ausgelotet werden, auf wieviel Staat zu Gunsten der Gesellschaft und seiner Individuen verzichtet werden kann. Deutlich wird an den Marx-Zitaten, dass die Realisierung der politischen Freiheit auch von den eingesetzten Mitteln zu ihrer Erlangung abhängt. Und wenn man die Bedingungen und notwendigen Unterwerfungen, die eine Zentralverwaltungswirtschaft erfordert – auch ohne Marx – durchdenkt, kann man nur zum Schluss kommen, dass eine Entscheidung für die ZVW eine Entscheidung für die

Knechtschaft ist.

Bei einer weiteren Suche im Netz mit den Stichworten „*Marx und absterbender Staat*“ stieß ich an erster Stelle auf eine Aussage von Rudolf Steiner. Da er als Projektionsfläche für den Selbsthass der (heutigen) Antifaschisten – die ihren Kampf für den Marxismus hinter ihrer Jagd nach selbst definierten Faschisten verstecken - herhalten muss, wollte ich ihn nicht als ersten Zeugen benennen und suchte einen echten Marxisten. Ich dachte, ich hätte einen gefunden. Bei näherer Betrachtung stellte ich aber fest, dass ich hier einen Verfasser entdeckt habe, dessen Leben zwar vom Marxismus geprägt ist, der aber vom Glauben an Marx und dem Marxismus abgefallen ist. Weil er von sich bekennt, dass er einen ungewöhnlichen Lebenslauf hat und Absolvent der Hochschule für Wirtschaft und Politik ist, lasse ich ihn gerne hier zu Wort kommen.

Probleme der marxistischen Staatstheorie / Die Auffassungen von Marx und Engels über die öffentliche Gewalt in der nachkapitalistischen Gesellschaft und die Staatswirklichkeit im *Realen Sozialismus*

1. EINLEITUNG

Marx und Engels waren, bedingt durch ihre hegelianische Herkunft, der Auffassung, die Menschheit bewege sich gesetzmäßig auf eine kommunistische Gesellschaft zu. Sie sahen ihre Aufgabe deshalb darin, in den bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen die Bewegung aufzudecken und zu fördern, die über den augenblicklichen Zustand hinausführt. Sie sahen ihre Aufgabe nicht im Entwerfen von Modellen für ideale Zukunftsgesellschaften, die die Menschheit dann in die Praxis umzusetzen habe.

Das heißt aber nicht, dass Marx und Engels nicht konkrete Vorstellungen darüber hatten, wie eine sozialistische bzw. kommunistische Gesellschaft in ihren Grundzügen aussehen würde. Sie hielten bestimmte Dinge für unverzichtbare Bestandteile einer solchen Gesellschaft. Ihre Vorstellungen über die nachkapitalistischen Zustände sind in ihren Schriften verstreut und wenn man sie alle sammelt und nach Sachgebieten ordnet, bekommt man das Bild einer Zukunftsgesellschaft.

Man muss sich bei einer solchen Arbeit bloß darüber im klaren sein, dass das Entwerfen von Modellen nicht die Intention von Marx und Engels gewesen ist. Das Ziel dieser Arbeit ist es deshalb auch nicht, irgendwelche geheiligten Dogmen zu propagieren. Das Ziel dieser Arbeit ist es, aufzuzeigen, dass es glatte Heuchelei ist (und hier in der Bundesrepublik häufig katastrophale Illusion über die wirklichen Zustände dort), wenn die Staatswirklichkeit in den Ländern des Realen Sozialismus als Verwirklichung oder Weiterentwicklung der marxistischen Staatstheorie bezeichnet wird. Es geht darum, den Herrschenden im Realen Sozialismus die marxistische Legitimation ihrer neu entstandenen Herrschaftsverhältnisse streitig zu machen.

VORWORT – Dezember 1991

Die hier vorliegenden drei Referate, habe ich Anfang der 80er Jahre geschrieben. Es sind Uni-Referate, zum Teil auch überarbeitete Fassungen von Referaten aus meiner HWP-Zeit Ende der 70er Jahre. (HWP = Hochschule für Wirtschaft und Politik.)

Als ich mir in der zweiten Hälfte der 80er Jahre meinen ersten Computer gekauft habe, zwecks effizienterer Textverarbeitung, habe ich diese Referate in den Computer eingetippt und dabei stilistisch und orthographisch überarbeitet und einige Gedanken und Textteile hinzugefügt. Substantiell habe ich allerdings nichts verändert, obwohl vieles nicht mehr meinen Ansichten entsprach. [1]

Jetzt habe ich diese drei Referate zu einem Buch zusammengefasst, von dem es allerdings nur etwa zehn Exemplare geben wird. Als Erinnerung für mich und für einige Bekannte, mit denen ich des Öfteren über Politik u.ä. diskutiere.

Anm. 1: Als ich diese Referate schrieb, war ich noch stark vom Marxismus beeinflusst, auch wenn ich ihm in zunehmenden Maße kritisch gegenüberstand. Inzwischen habe ich mich vom Marxismus völlig getrennt. Abgesehen mal von vielen Details, die man kritisieren könnte, beinhaltet er zwei entscheidende Grundirrtümer:

1. Der Marxismus beruht auf einem illusorischen Menschenbild. Die Menschen sind nicht so, wie sie sein müssten, damit der Kommunismus funktionieren kann und man kann sie so auch nicht machen. (Wenn wir mal von zukünftigen Möglichkeiten der Gentechnologie absehen.) Die Vorstellung man könnte die Arbeitsteilung überwinden, die Vorstellung jeder Mensch könne einst zu jeder Tätigkeit in unserer hochkomplexen, hochtechnisierten Welt fähig sein, ist völlig unrealistisch und war es bereits zu Marxens Lebzeiten. Dass ein zweifellos hochintelligenter Mensch wie Marx so etwas überhaupt annehmen konnte, lässt sich nur so erklären, dass bei Marx das Proletariat und die Menschen der Zukunft die Rolle des hegelschen Weltgeistes eingenommen hatten.

Außerdem wird es ein gewisses Maß natürlicher Ungleichheit unter den Menschen immer geben, ebenso wie ein bestimmtes Maß an Egoismus, Eigentumsstreben und Uneinsichtigkeit.

2. Auch der zweite Grundirrtum ist ein hegelscher. Es gibt keine historischen Gesetzmäßigkeiten, nach denen die Menschheit bestimmte gesellschaftliche Zustände mit Notwendigkeit durchläuft und zwangsläufig einen bestimmten Endzustand erreicht. Das hat Hegel sich ausgedacht und Marx hat es in etwas abgewandelter Form übernommen. Auch der von mir Ende der siebziger Jahre sehr geschätzte Rudolf Bahro befand sich mit seinem Denken noch voll im Rahmen dieser hegelsch/marxischen Geschichtsmetaphysik.

Diese beiden Grundirrtümer ändern aber nichts daran, dass Marx auch manch Interessantes geschrieben hat, das sich auch heute noch lohnt zu le-

sen, z. B. aus den Bereichen der Ökonomie, der Gesellschaftstheorie und der Religionskritik.

Marx zur neuen Ordnung nach Rudolf Steiner

[Rudolf Steiner](#) (nähere Quellenangaben auf der [Steiner-CD Soziale Dreigliederung](#))

Ein Wesentliches in der Gedankenform bei Karl Marx besteht, wie ich soeben gesagt habe, darin, daß kein positiver Gedanke vorliegt, wie die Sache werden soll, daß etwas Auflösendes in seiner Gedankenform ist. Karl Marx sagt einfach: Ihr kapitalistischen Denker habt es so gesagt und gemacht, daraus muß euer eigener Untergang folgen. Dann wird das Proletariat oben sein. Was das Proletariat machen wird, das weiß ich nicht, das wissen andere auch nicht, das wird sich dann schon zeigen.

<http://www.dreigliederung.de/sam/10189051053195721021919.html>

Mit Rudolf Steiner und seiner Dreigliederung gesellschaftlicher Bereiche liegen durchaus wichtige Denkanstöße für eine neue Ordnung vor. Diese neue Ordnung kann ich mir nicht als einen Schöpfungsakt, sondern nur als einen Schöpfungsprozess vorstellen, der auch viel Zeit und Aufklärung durch einen wesentlichen Teil der Bürger am Klärungsprozess vorstellen kann, weil der Versuch des Überstülpens leicht zu einer gewalttätigen Gegenwehr führen kann. Man mag inhaltlich zur Anthroposophie stehen wie man will, es kann ihren Anhängern der Respekt für ihre individuelle und als Gruppen erbrachte konstruktiver Leistung nicht abgesprochen werden.

Ich wurde irgendwann gefragt, wie ich zu Steiner stehe. Als ich antwortete, ich sei mir mein eigener Rudolf Steiner, wurde das akzeptiert. Die Haltung zu den Waldorfschulen ist in meiner Familie gespalten. Für meine erste Familie war es aber eine große Erleichterung, als unser behinderter Sohn, der aus der staatlichen Schule wegen Nichtbeschulbarkeit ausgeschult wurde, mit ein Anlass wurde, dass eine Schule für Behinderte auf der Basis der Waldorfpädagogik gegründet wurde, die er dann besuchen durfte.

Mit dem Seminar für freiheitliche Ordnung (www.sffo.de), das gegründet wurde, als die Freiwirte aus ihrer eigenen Gründung, nämlich der *Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft*, von jenen Kräften heraus gedrängt wurden, die Marktwirtschaft sagten, wenn sie Kapitalismus meinten, haben wir die Sondersituationen, dass es sowohl von der Anthroposo-

phie wie auch von der Freiwirtschaft inspiriert ist, ohne daraus ein Dogma zu machen. Mit ihren großen Tagungen und der Zeitschrift *Fragen der Freiheit* hat sie mit dafür gesorgt, dass das Thema soziale Geborgenheit in Freiheit nicht untergegangen ist. Die drei Gründungsbrüder Dieter, Hartmut und Lothar Vogel haben je ein Vermächtnis in Form eines Buches hinterlassen: „*Selbstbestimmung und soziale Gerechtigkeit / Die freiheitliche Ordnung von Kultur, Staat und Wirtschaft*“ von Dieter Vogel; „*Die Verwirklichung des Menschen im sozialen Organismus*“ von Lothar Vogel und „*Jenseits von Macht und Anarchie*“ (Anarchie hier im umgangssprachlichen Sinn gebraucht.)

Mit den eingefügten Links zur Dreigliederung und zum Seminar für freiheitliche Ordnung ist der Schlüssel zum Zugang von umfangreichen Schriftgut gegeben. www.sffo.de

Als letzte Quelle für Anregungen für die Suche nach einer neuen tragfähigen Ordnung verweise ich auf **Johannes Heinrichs** und seine **Viergliederung**.

Die Bücher, die mir vorliegen, haben folgende Titel: „*Revolution der Demokratie*“, „*Demokratiemanifest für die schweigende Mehrheit*“ und „*Sprung aus dem Teufelskreis / Sozialtheoretische Wirtschaftstheorie*“ Unter anderem schlägt Heinrichs für die Überwindung der Demokratiekrise vier Arten der Parlamente vor: Ein Grundwerteparlament, ein Kulturparlament, ein Politikparlament und ein Wirtschaftsparlament. Johannes Heinrichs hat auch Oswald von Nell-Breuning in seinen Vorlesungen als Hörer gehabt und war Nachfolger von Rudolf Bahro an der Humboldtuniversität, womit zwei seiner Entwicklungsstationen benannt sind. Umfangreiche Informationen zur Viergliederung finden sich im Netz.

<http://www.johannesheinrichs.de/>

https://de.wikipedia.org/wiki/Johannes_Heinrichs_%28Philosoph%29

<http://www.netzkraft.net/mitglied.php?teilnehmer=256&lang=englisch>

https://www.google.de/search?q=Johannes+Heinrichs+Viergliederung&ie=utf-8&oe=utf-8&gws_rd=cr&ei=mz3YVoS0KsPCywPLn6PYDA

oooooooooooo

Werter Herr Steingart, die nachfolgenden Absätze habe ich geschrieben, als ich an einen Brief vielleicht im Umfang von 5 Seiten dachte. Dass der Text rund das Zehnfache an Länge erhalten würde, war nicht geplant. Ob daraus ein Nutzen für Sie und die Mitleser entstanden ist, kann ich nicht beurteilen. Ich habe am Ende – wenn ich dann dort angelangt bin – das gesagt, was ich zu sagen hatte. Es geht nochmals um die Begriffe Kapitalismus und Marktwirtschaft.

oooooooooooo

Natürlich ist es nicht leicht, die Verwirrung um die Begriffe Kapitalismus und Marktwirtschaft aufzuklären. Bevor ich auf Ihre Bemühungen der Differenzierung eingehe, will ich einen eigenen Versuch starten und auf eine Definition von Karl Walker, den ich schon erwähnt habe und der ein Leben lang für eine ausbeutungsfreie Marktwirtschaft gewirkt hat, verweise.²⁹ Bildlich gesprochen beschreibt der Begriff Kapitalismus eine sozialökonomische Situation, in der es heißt „Fressen oder gefressen werden“ und die Marktwirtschaft ist dann eine, in der das Motto gilt: „Leben und leben lassen!“. Man kann die letzte Aussage auch umkehren. Ich muss die Menschen mit denen ich kooperiere als Käufer, Händler oder Produzenten leben lassen, das heißt hier, ich muss sie durch mein Tun fördern, damit ich selber leben kann.

Genauer beschrieben: Die **Marktwirtschaft** ist eine dezentrale Wirtschaftsordnung³⁰, welche ohne zentrale Planung auskommt. Ihre wesentlichen Merkmale sind:

- a) Die Ausstattung der Märkte mit Normen zu den Gewichten, den Maßen, des Vertrags- und Haftungsrechts und den Handelsusancen (Heute meist als *Allgemeine Geschäftsbedingen* formuliert). Eine Institution wie der Staat - wenn auch in Minimalformat - ist nicht verzichtbar. Da aber eine Normierungswut des Staates, ein Störfaktor der Marktwirtschaft ist, sind dem Amtschimmel, der seinen Stall in den Parlamenten hat, Zügel anzulegen.
- b) Es muss ein funktionierendes zuverlässiges Geld vorhanden sein.
- c) Der freie Zugang für Anbieter und Nachfrager muss gegeben sein.
- d) Der monopolfreie Wettbewerb ist eine Bedingung, d.h. dem Streben nach Monopolen muss sowohl auf der Anbieter- wie auf der Nachfrageseite institutionell entgegen gewirkt werden.
- e) Und nicht zuletzt: Die freie Preisbildung gehört auch dazu.
- f) Wesentlich ist auch die Aussage, dass die Marktwirtschaft den Leistungsaustausch ohne Bürokratie organisiert und an der Bewertung der jeweiligen Leistung wirken immer eine Vielzahl von Anbietern und Nachfragern mit. Wobei im ökonomischen Sinn nur durch die Arbeit Leistungen entstehen.

Der **Kapitalismus** dagegen ist keine Wirtschaftsordnung, sondern ein ökonomischer Zu-

²⁹ Ich stelle im Nachhinein fest, dass ich vergessen habe, auf Karl Walker einzugehen. Ich füge daher den Link zu seiner Arbeit „DIE ÜBERWINDUNG DES KAPITALISMUS UNTER BEIBEHALTUNG DES MARKTWIRTSCHAFTLICHEN WETTBEWERBS“, 1954, ein. Sie beginnt mit der Frage: Was ist „Kapitalismus“? <http://www.tristan-abromeit.de/pdf/126.1.Karl.Walker.Die.Ueberwindung.des.Kap..pdf>

³⁰ Ich stellte schon 1964 bei der Quellensuche für eine Arbeit fest, dass in der ökonomischen Literatur die Begriffe Ordnung und System oft als Synonyme verwendet werden.

stand, in dem die eingesetzten Mittel (Boden, Sachmittel und Geld) zu Kapital werden, dass dann einen Teil des Leistungsertrages einfordert. Es ist daher berechtigt, von dem Kapitalismus als einem Überlagerungssystem zu sprechen. Der Kapitalismus ist im Verhältnis zur Marktwirtschaft ein Schmarotzer, der auch noch die letzte Zelle seines Wirts anzapft. (Das ist eine Aussage zum System, nicht zu Personen, obwohl solche auch in diese Rolle geraten können.) Der Wirt kann dabei auch eine Zentralverwaltungswirtschaft sein. Die Ausbeutung der Arbeit erfolgt hier nur anders. Die Instrumente des Kapitalismus bei der Überlagerung der Marktwirtschaft sind:

- a) das geltende Boden(un)recht, b) das fehlerhafte Geldsystem, c) das Patentrecht und
- d) manchmal auch Privilegien, sofern sie wirtschaftliche Vorteile ohne Gegenleistung bieten.

Zu jedem der Themen gibt es genügend Literatur.

oooooo

Heute (4. März 2016) berichten Sie im Handelsblatt Morning Briefing:

Wer wissen will, wie eine Blase aussieht, muss nur die Big Seven des **Immobilienmarktes** - Berlin, Hamburg, München, Frankfurt, Köln, Düsseldorf und Stuttgart - durchwandern. Er kann allerdings auch Freiburg, Oldenburg, Dresden, Leipzig, Lüneburg oder Münster einen Besuch abstatten, wo sich die Immobilienmärkte ebenfalls **schneller aufheizen** als das Weltklima. Deutschlandweit haben sich auf dem **Gewerbeimmobilienmarkt** die Umsätze in den vergangenen sechs Jahren verfünffacht, auf dem Markt für **Wohnimmobilien** versiebenfacht. Unser Wochenendkomplex „Der gefährliche Boom“ erzählt von **Gewinnern und Verlierern**.

Ob in dem Bericht auf das Bodenrecht als treibende Kraft eingegangen wird, habe ich (noch) nicht geprüft. Wenn die Bundesministerin für Bau- und Umwelt, Barbara Hendricks (SPD), in den Nachrichten die Förderung bezahlbaren Wohnraums ankündigt, dann kann man schon gewiss sein, dass damit keine bodenreformerischen Gedanken verbunden sind, denn die SPD hat aus Machterhaltungsgründen solche schon lange aufgegeben. Wenn die Ministerin fünf Milliarden Euro zusätzlich in die Förderung des sozialen Wohnungsbaus stecken will, dann vergisst sie zu erwähnen, dass sie diese erst vorher einsammeln muss, auch bei jenen, die die Mieten in der jetzigen Situation nicht bezahlen können.

Ich komme heute endlich - meinen Brief abschließend - zu Ihrem Buch "**Unser Wohlstand und seine Feinde**", 2013. Es ist schon eine Weile her, dass ich es gelesen habe, aber das Gefühl, dass ich dadurch bereichert wurde, ist noch da. Bereicherung bedeutet aber nicht in jedem Fall, dass es eine Zustimmung ist, sondern sie kann auch darin bestehen, dass das Gelesene den Widerspruch in einem aktiviert. Wenn ein Herausgeber einer Wirtschaftszeitung ,

(Die vorwiegend von Abonnenten wirtschaftlich getragen wird, deren Inhalt das kapitalistische Geschäft ist.) Kritisches über den Kapitalismus schreibt und wenn im Klappentext des Verlages steht:

„Gabor Steingart schildert den fatalen Angriff auf unseren Wohlstand. ... Staaten und Regierungen haben einen teuflischen Pakt geschlossen - wider den Wohlstand der Mittelschicht und gegen die Interessen der kommenden Generationen.“,

Dann zeigt das doch einen Fortschritt an: Ich kann mich noch an einen Zeitungsbericht erinnern, in dem über die Belegschaft eines in Konkurs gegangenen Unternehmens bitterböse hergezogen wurde, weil sie den Pleitebetrieb als Genossenschaft weiterführen wollte. Man sah das als einen Einbruch einer sozialistischen Idee von jenseits des damals noch vorhandenen Eisernen Vorhanges in die „freiheitlich demokratische Grundordnung“³¹ der alten BRD an. Es kann allerdings auch sein, dass der Fortschritt in der Argumentation – den ich vermeinen wahrnehmen zu können - nur ein Ausdruck der Narrenfreiheit ist, die man uns gewährt. Wenn ich jetzt auf Ihren Buchtext eingehe, dann nicht in der Form einer Rezension, sondern nur dadurch, dass ich ein paar Textstellen, die ich mir markiert habe, aufgreife und kommentiere. Ich fange mit zwei Ausschnitte aus Ihrem Vorwort an:

Dieses Buch verdankt seine Entstehung dem Zustand der Verwirrung. Es ist die Verwirrung eines Autors, der entgegen den Gesetzmäßigkeiten seiner Zunft darauf keinerlei Exklusivitätsansprüche erhebt. Vielmehr fühlt er sich in bester Gesellschaft. Nach den vielfältigen Krisen von Banken, Währungen und Staaten sehen viele das Wohlstandsversprechen unseres Wirtschaftssystem in Frage gestellt.

Der vorliegende Brief von mir versucht ja die einzelnen Punkte der Verunsicherung zu benennen. Ich denke aber, dass zur Überwindung der Verunsicherung das ganze Ordnungssystem unserer Gesellschaft auf den Prüfstand gehört. Gleiches muss auch von allen Gesellschaften auf diesem Planeten erfolgen, denn die Verunsicherung ist doch globaler Natur. Aber wir können unseren Auftrag nicht mit Hinblick auf die anderen – die noch nicht so weit sind – aufschieben.

Das kapitalistische System fuhr nicht wie von Karl Marx geweissagt in die Hölle der Verelendung. Es gibt keinen tendenziellen Fall der Profitrate, so wenig wie der Unternehmer die ihm zugewiesene Rolle als »Totengräber« des Systems übernahm. (S.10)

31 Die freiheitlich-demokratische Grundordnung ist dabei eine weltliche Monstranz, die von Politikern dem Volk gezeigt wird, damit sie sehen, was nicht zu sehen ist und doch glauben können, dass da etwas in voller Pracht vorhanden ist, was nur in rudimentären Ansätzen existiert.

Ich denke hier irren Sie sich. Das kapitalistische System trägt seinen Untergang tatsächlich in sich, leider auch seine Wiedergeburt – solange die Systemfehler der Marktwirtschaft nicht überwunden werden. Das hängt einfach damit zusammen, dass mit der Dauer einer guten Konjunktur, die Kapitalbildung so stark zunimmt, dass der Kapitalertrag in den Keller geht und es zu einem Investitionsstreich kommt. Dem folgenden Zusammenbruch kann dann ein neuer Aufstieg des Kapitalismus folgen. Investitionen in die Rüstung und Raumfahrt und die Zerstörung in Kriegen und die Kosten der Flüchtlingsströme verlängern die Phasen von Aufstieg und den Fall des Kapitalismus.

Die Verelendung der Menschen hat heute ein anderes Gesicht als zu Marx's Zeiten. Die Arbeitslosen in Höhe von mehreren Millionen über Jahrzehnte sind ein Ausdruck der Verelendung – auch dann, wenn Arbeitslose heute nicht mehr so darben müssen, wie zu Marx's Zeiten. Denken Sie an die Aufstocker, die nicht von ihrem Arbeitslohn leben können oder an den Arbeitsdruck, dem Arbeitnehmer und Unternehmer heute vielfach unterliegen und ihnen keine Kraft und Zeit mehr lässt für die Kultur und ihre demokratischen Verpflichtungen.

Adam Smith, dem geistigen Gegenspieler, ist es in der rauen Wirklichkeit nicht besser ergangen. Der Glaube an die »unsichtbaren Hände«, die unser Wirtschaftssystem einer natürlichen Balance zuführen würden, erwies sich als irrig. (S.10)

Adam Smith hat großes geleistet. Wenn seine Beobachtung – nicht sein Glaube – von der *unsichtbaren Hand*, die ich weiter oben als ein Symbol für ein kybernetisches – also für ein sich selbststeuerndes – System gedeutet habe nicht immer funktioniert, dann hat er vielleicht ein Detail im System übersehen. Dieses Detail hätten aber die Heerscharen von Ökonomen, die ihm folgten, schon lange ergänzen können, wenn sie nicht in großer Zahl so borniert gewesen wären. Wenn in einer modernen Heizungsanlage – die auf Vorgaben von Menschen angewiesen ist, aber sich dann selbst steuert – ein kleines Teil fehlt oder nicht funktioniert, dann funktioniert hier die Selbststeuerung auch nicht.

Nur die eiserne Hand des Staates konnte die Welt nach der Implosion des von deutschen Aussiedlern gegründeten Bankhauses Lehman Brothers vor Massenarbeitslosigkeit, Armut und politischem Radikalismus retten. Die unsichtbaren Hände hätten uns beinahe erdrosselt. Man fragt sich heute, wie wir diesen Unfug, alles würde von selbst seiner natürlichen Ordnung zustreben, jemals glauben konnten. Wenn es denn ein Wesensmerkmal unserer Wirtschaftsordnung gibt, dann ist es ihre ständige Neigung zur Unordnung.

An eine positiven Wirkung der *eisernen Hand* des Staates kann man nur glauben, wenn man

nicht sehen will, wie sie die *unsichtbare Hand* manchmal abhackt – wie in der Deflationskrise, die der Weimarer Republik das Genick gebrochen hat. Auch vor der Krise, die mit dem Bankhaus Lehman Brothers verbunden ist, wurde sie durch Reformverweigerung durch den Staat gefesselt. Schwachstellen einer Ordnung werden immer von Menschen entdeckt, deren Charakter so geformt ist, dass sie von ihnen für eine persönliche Bereicherung ausgenutzt werden. Trotzdem bleiben die eigentlichen Verursacher die Staaten, die die Schwachstellen übersehen oder zulassen. Und es ist dann eine Täuschung, dass die „kleinen Leute“ vom Staat vor den Folgen eines wirtschaftlichen Zusammenbruchs gerettet werden, in Wirklichkeit die Kosten des Zusammenbruchs zu tragen haben.

Wir sollten »die Wirtschaft« ebenfalls weniger starr und mechanistisch betrachten. Sie ist - zumal sie im Kern aus nichts anderem als aus Menschen besteht, ihrer Arbeitskraft und ihren Ideen, ihren Bedürfnissen und Abneigungen - ein großer lebender Organismus, der, wie alle anderen Organismen auch, auf Veränderungen der Umwelt mit Verhaltensänderungen reagiert. Darwin würde von »Adaption« sprechen. (S. 11)

Das ist richtig, aber nicht in dem Sinne, dass dieser Organismus ein Naturprodukt ist. Das Natürliche in einem Wirtschaftssystem bezieht sich auf die Natur seiner Akteure, auf die Eigenschaften des Menschen. Das Geld, der Scheck, der Wechsel und die Buchführung sind aus den Erfahrungen der Menschen mit dem Wirtschaften entstanden. Aus der Erfahrung und der Beobachtung können auch Mängel in dem „lebenden Organismus“ Wirtschaft festgestellt werden, aber eine Überwindung der Mängel an neue Gegebenheiten findet nicht durch eine selbst auslösende Adaption statt, sondern durch Selbstversuche – wie bei den Regionalwährungen – oder durch Operationen von Gremien in der darüber liegenden Ordnungsebene, die wir Staat nennen. Und da der Staat das nicht leistet, fällt der Auftrag zur Veränderung an die Gesellschaft zurück. Das kann dann auch bedeuten, dass die Träger von Staatsfunktionen (ungewollt) eine Revolution provozieren.

Kapitalismus und Marktwirtschaft - ziemlich entfernte Verwandte

Um den Ruf unserer Marktwirtschaft ist es nicht gut bestellt. Die permanente Banken-, Euro- und Staatenrettung, bei zeitgleich sich beschleunigendem Dauerrisiko in der Arbeitswelt hat dem Ansehen unserer Wirtschaftsordnung nicht gutgetan. Doch wir sollten der Treibjagd auf die Marktwirtschaft Einhalt gebieten, wenigstens für die Dauer der hier vorliegenden Lektüre. (S.20)

Ich sehe zwischen Kapitalismus und Marktwirtschaft keine Verwandtschaft, sondern ein Verhältnis wie zwischen einer Wirtspflanze und einer Schmarotzerpflanze. Für eine kurze Zeit

nach dem - einem Zusammenbruch folgenden - Start mag man das Verhältnis zwischen beiden ein symbiotisches nennen, weil der Antriebe zur Kapitalbildung (der Investitionsmittel) beschleunigt wird. Aber mit zunehmender Kapitalbildung wird der Kapitalismus für die Marktwirtschaft ein hemmendes Gift. Um diese Zusammenhänge besser zu erkennen und zu verstehen, ist es in der Tat ratsam, die Treibjagd auf die Marktwirtschaft zu unterlassen.

Der Kapitalist ist ein Wesen, das einzeln oder im Rudel auftritt, vornehmlich um Beute zu machen. Bei aller Wohlerzogenheit, die nach Bedarf vorgezeigt werden kann, interessiert ihn doch vor allem eins: der Profit. Zuweilen tritt das Raubtierhafte seines Charakters deutlich zu Tage, wie wir mit einem Blick in die Chicagoer Schlachthöfe des 19. Jahrhunderts oder zu den 1,2 Millionen Arbeitern der heutigen Firma Foxconn, die in Südkorea unter erbärmlichen Arbeitsbedingungen das iPhone von Apple zusammenkleben, erkennen können.

Die Spezies des Kapitalisten ist, da hilft keine Beschönigung, inhuman und von Gier gesteuert, auch wenn die Fabrikanten der Frühzeit uns mit dem Gebetbuch in der Hand und feiner Kleidung am Leib zu täuschen versuchten. Aber der Wolf bleibt ein Wolf, auch wenn er den Frack anzieht.

Im Zentrum des Denkens und Handelns dieser Spezies steht seit jeher das Geld, wie uns das Wort »Kapitalismus« ohne Umschweife mitteilt. (S.21)

Sie beschreiben den Kapitalisten so, als sei er ein Mensch besonderer Gattung. Das ist er aber nicht. Wenn den Menschen nicht durch eine fehlerhafte Ordnung / Rechtsverfassung nicht die Möglichkeit zur kapitalistischen Aneignung dessen gegeben wird, was andere erarbeitet haben – Smith nennt es die Neigung des Menschen „ernten zu wollen, wo andere gesät haben“ - dann werden sie sich nur noch durch unterschiedliche Leistungsfähigkeit unterscheiden. Der Sparer, der auf eine Verzinsung seiner Einlage besteht, ist wie der Großanleger, der Größenordnungen von Millionen oder gar in Milliarden Euros, Dollars und anderen Einheiten denkt und nur dann aktiv wird, wenn die Rendite stimmt, ein Kapitalist. Nur die Kleinkapitalisten sind von Beginn an die Verlierer, ohne dass sie es in großer Zahl erkennen. Denn bei der Saldierung von Sollzinsen, die jeder zahlt³² und Habenzinsen, die auf Geldanlagen und Beteiligungen gezahlt werden, gibt es nur 10% Gewinner. Die Kapitalisten sind somit in der Regel durch Systemfehler verführte Marktwirtschaftler und weil sie es nicht erkennen, verteidigen ihrer Rolle als Kapitalisten. Der Marktwirtschaftler ist unter den heute gegebenen Bedingungen auch gezwungenermaßen ein Kapitalist. Seine Unternehmensphilosophie mag ihm zufriedene Kunden und Mitarbeiter einbringen und die Berücksichtigung ökologischer Belange ermöglichen und dabei die Wirtschaftlichkeit des Unternehmens (Einbringung aller Kosten aus dem Markterlös ohne Kapitalkosten) sicherstellen, wenn das Unternehmen

32 Die jeder in allen Preisen zahlt u. z. 30 – 40 % / mit dem Kapitalstock steigend.

nicht rentabel ist, das heißt, keine genügend hohe Rendite einfährt, ist er nicht kreditwürdig mit der Folgen der Illiquidität und des Konkurses. Es ist daher unsinnig, auf die Kapitalisten zu schimpfen, weil im Grunde der Kapitalismus ein Ausdruck von Staatsversagen ist, weil dieser – vertreten durch die Politikerkaste - nicht im Stande ist, die Marktwirtschaft richtig zu installieren. Wenn hier von Gier gesprochen werden kann, dann muss der Begriff in der Hauptsache auf die Aktionäre angelegt werden.

Das Geld – das noch kein dienendes, sondern ein herrschendes Tauschmittel ist – steht deshalb neben dem Boden im Mittelpunkt kapitalistischen Denkens, weil sich mit ihm Geld verdienen lässt. Mit anderen Worten heißt das, mit dem heutigen Geld ist es möglich, an die Erträge anderer heranzukommen, ohne eine Gegenleistung erbringen zu müssen.

Der Kapitalist war sich keiner Schuld bewusst. Er orientierte sich am Feudalstaat, der ihn hervorgebracht hatte. An der Wiege des Kapitalismus standen nun einmal Könige, Fürsten und Klerikale. Das Wort »Demokratie« war noch nicht in aller Munde.

So schwebte denn dem frühen Fabrikanten ein Feudalismus ohne Geburtsnachweis vor, in dem der Fabrikherr der neue König war. So geschah es dann auch: Der Ausbeuter wurde ein ökonomischer Feudalherr, der den Arbeiter als Untertan und jeden Widerspruch als Majestätsbeleidigung verstand. Der Volksmund sprach folgerichtig von »Industriefürsten« oder, herzhafter noch, von »Räuberbaronen«. Die Freiheit, die die Kapitalisten meinten, war nicht die Freiheit der anderen. Der Wohlstand, dem sie zustrebten, war ein Wohlstand nur für wenige. Die Wirtschaftsordnung dieses Ur-Kapitalismus konnte das Wölfische in ihrem Gencode nie verleugnen.

Der Marktwirtschaftler ist von anderer, deutlich friedlicherer Natur. Er ist der aus dem Wolf hervorgegangene Haushund. In einem langen Evolutionsprozess hat er sich durchgesetzt. Über die Wendeltreppe der Irrtümer führte der Weg zu Marktwirtschaft und parlamentarischer Demokratie.

Wie der ihr vorhergehende Kapitalismus ist aber auch die marktwirtschaftliche Ordnung womöglich nur eine temporäre Erscheinung. Denn wie die Evolution der Tiere und Pflanzen kennt auch die Wirtschaft keinen Endzustand. Alles Gegenwärtige wird durch den Lauf der Zeiten wieder in Frage gestellt. Dennoch bilden sich von Zeit zu Zeit Systeme heraus, deren Aggregatzustand fester und stabiler erscheint, deren Ablösung keineswegs wünschenswert ist. Die Soziale Marktwirtschaft gehört dazu. Sie ist nicht die Krönung der Entwicklung, kein Paradies auf Erden, sie verdient keine götzenhafte Verehrung. Aber sie ist das Beste, was die Evolutionsgeschichte der Wirtschaft den Menschen bisher zu bieten hatte. Es lohnt sich für sie, den Willen zu mobilisieren. (S.22 f.)

Natürlich verleiht die Kapitalanhäufung und deren Verteilung auf wenige Personen Macht,

auch Macht über Menschen – besonders in Situationen der Unterbeschäftigung. Das Buch „Kauf dir einen Kaiser – Die Geschichte der Fugger“ von Günter Ogger liefert das richtige Stichwort. Heute sind es Konzerne, die manchmal mehr Gewicht im Weltgeschehen haben als kleine und mittlere Staaten. Und wenn man an den Volkswagenkonzern denkt, dann reden die niedersächsischen Landesregierungen – unabhängig von der Parteifarbe – immer noch von Marktwirtschaft – zumindest so lange, wie die Dividende fließt, obwohl der Konzern das Gegenteil repräsentiert. Hätten wir eine Marktwirtschaft, dann gehörten die einzelnen Konzernteile den Arbeitnehmern und eine zentrale Lenkung der einzelnen beteiligten Unternehmen wäre ausgeschlossen. Man sollte das aber nicht so schildern, als wären diese Verhältnisse durch naturgesetzliche Programme wie bei den Genen der Lebewesen bestimmt. Was gesellschaftliche Gestalt annimmt, wird auch mit von dem bestimmt, was im Handelsblatt und anderen Blättern steht, auch wenn der mitprägende Anteil der Medien an der realen Ausprägung einer Gesellschaft schwer messbar ist.

Wenn Sie mit Ihrer Aussage „Aber sie ist das Beste, was die Evolutionsgeschichte der Wirtschaft den Menschen bisher zu bieten hatte“ unsere heutige Wirtschaftsform meinen, dann ist das eine Beleidigung der Menschen, die einst das Modell *Soziale Marktwirtschaft* zur Reife entwickeln wollten, es aber durch Tod und Intrige nicht schafften.

Kein namhafter Wirtschaftstheoretiker hat den Banken jemals die Rolle zugewiesen, die ihnen heute zukommt. Für das schnöselhafte Auftreten schon der unerfahrensten Investmentbanker, eine alle anderen Sektoren übertreffende Bezahlung ihrer Führungskräfte und das Hofieren derselben durch die politischen Würdenträger findet man zumindest in den Lehrbüchern der Klassiker keine Rechtfertigung. Schumpeter, der große Freund der Marktwirtschaft und des freien Unternehmertums, betrachtete die Banken als notwendiges Übel, denn einer müsse ja Risiken taxieren und den Geldfluss organisieren. Aber die Tätigkeit dieser Herren war für ihn nicht eine eigenständige Quelle von Wohlstand.

Der Zins, den sie verlangten und nach Schumpeters Vorstellung aus Gründen der Ressourcensteuerung auch verlangen mussten, war dem Unternehmergewinn abgezackt. »Der Zins fließt aus dem Unternehmergewinn«, schrieb er. Er sei »keine selbständige Frucht«. Ein wenig unanständig kam ihm der Zins zeitlebens vor. Er habe den Zins erklären, aber nicht rechtfertigen wollen, heißt es in seinen Schriften.

Der Banker war also von Anfang an der Paria der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, andersartig, gleichermaßen nützlich wie gemeingefährlich, je nachdem, in welchem Verhältnis man zu ihm stand. Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser: Der alte Lenin-Spruch fand seine frühe Anwendung im Verhältnis der Unternehmer zu ihren Bankiers. Und auch die Politik war ge-

fragt. In England, Deutschland und Japan kam es im Ausgang des 19. Jahrhunderts, in den USA und der Schweiz erst am Beginn des 20. Jahrhunderts zur Gründung von Zentralbanken, auch um die Abhängigkeit vom Finanzsektor zu reduzieren. (49. f)

Die Geschäftsbanken sind in der Tat in der Marktwirtschaft eine Notwendigkeit, schon deshalb, damit das im Markt erlöste Geld, das nicht gleich vom Inhaber wieder zur Nachfrage eingesetzt wird über den Einlagen-Kredit-Weg wieder aktiv im Markt in Erscheinung tritt. Von dem geschlossenen Geldkreislauf – der nicht unterbrochen von den Wirtschaftsteilnehmern unterbrochen werden kann – hängt die Konjunktur ab, er gibt zusätzlich der Zentralbank die Möglichkeit, die Geldmenge passgenau zu steuern. Die notwendige Existenz der Banken muss kein Übel sein. Ihren schlechten Ruf, den sie heute haben, haben sie sich nur soweit selber zu verdanken, wie sie den Störungen, die von der Währungsordnung ausgehen, nicht offengelegt und bekämpft haben. Ich habe es an anderer Stelle schon erwähnt, in früheren Zeiten, als die Juden aufgrund von Berufsverboten und den Zinsnahmeverboten der Christen das Geldgeschäft dominierten, mussten diese den schlechten Ruf ertragen (und häufig die Vertreibung oder Ermordung erleiden).

Im hochentwickelten Kapitalismus von heute kommt hinzu, dass aufgrund der Konzentrationsprozesse die großen Banken ein Bilanzvolumen repräsentieren, das jede nationale Wirtschaftspolitik sabotieren kann. Da die Politiker diese Zusammenhänge aber offensichtlich nicht durchschauen, treiben sie die kleinen Banken, wie sie die einzelnen Volksbanken und Sparkassen darstellen durch überbordenden Prüfungsaufgaben zusätzlich in einen unnötigen Konzentrationsprozess. Dabei werden diese Institute schon von Beginn ihrer Gründung an durch die zugehörigen Prüfungsverbände überprüft. Sie haben schon lange im jeweiligen Verbund die Risiken für Ihre Kunden begrenzt und sie sind durch die soziale Kontrolle des ortsgewundenen Personals am wenigsten den Versuchungen der Spekulation ausgesetzt.³³ Der Verbandschef der Niedersächsischen Sparkassen, Thomas Mang, befürchtet (laut HAZ vom 2. 3. 2016), dass es mit den Sparkassen bergab geht.

Der Verband gibt die Schuld für die schwieriger werdende Situation in erster Linie der Zinspolitik der Europäischen Zentralbank sowie der Regulierungspolitik. Diese mache gerade kleinen Geldhäusern das Leben immer schwerer. Seit der Finanzkrise sei eine Lawine von 40 000 neuen Vorschriften über die Branche niedergegangen. Dieser „ganze Krempel“ müsse verstanden, umgesetzt und kontrolliert werden – was „unglaubliche Mitarbeiterkapazitäten“ binde. Zugleich mache er „drei Fragenzeichen, ob sich dadurch wirklich

³³ Und die Spekulation würde allgemein eingedämmt, wenn durch eine Umlaufsicherung des Geldes das Halten von Spekulationskassen spürbar mit Kosten belastet würde.

etwas verbessert oder nur gesunden Instituten das Leben schwerer gemacht wird“.

... Man könnte sagen, „dass zurzeit 500 Jahre Erfahrungen so wie Erfolg im Bankgeschäft auf den Müllhaufen der Geschichte geworfen werden“.

Eine ähnliche Klage las ich neulich von einer Volksbank. Diese sah sich gezwungen, in riskante Geschäfte einzusteigen, damit sie die Kosten der Kontrolle tragen könne. Es wurde das Gegenteil von dem erreicht, was erreicht werden soll.

Ihren Satz „In England, Deutschland und Japan kam es im Ausgang des 19. Jahrhunderts, in den USA und der Schweiz erst am Beginn des 20. Jahrhunderts zur Gründung von Zentralbanken, auch um die Abhängigkeit vom Finanzsektor zu reduzieren.“ verstehe ich nicht so recht, vor allem nicht den letzten Halbsatz. Von wessen Abhängigkeit ist hier die Rede? Die Zentralbanken wurden, soweit ich mich erinnere, in der Hauptsache gegründet, um die privilegierte Ausgabe von Geld durch Geschäftsbanken zu beenden. Ob der Giroverkehr der Zentralbank vor jenen der einzelnen Bankgruppen geschaffen wurde, weiß ich auf Anhieb nicht zu sagen. Sicher ist mir, dass die Mindestreserve, die die Geschäftsbanken bei der Zentralbank zu halten haben, ursprünglich tatsächlich als Reserve der Geschäftsbanken gedacht war und nicht wie später als ein Instrument der Geldmengenregulierung. Dass jetzt die Zentralbank zur Aufsicht der Geschäftsbanken gemacht wurde, ist für mich ein Ergebnis der Verwirrung über das Wesen der Währungsverfassung und die Gestaltungsmöglichkeiten der Geschäftsbanken, die ihren Ausgang in den Lehrstühlen der Ökonomie hat. Ich halte die jetzige Konstruktion des Zentralbanksystems im Euroraum für problematisch. Eine Diskussion über die jetzige und künftige Form erscheint mir dringend. Meine Stichworte in Form von Thesen sind:

1. Die Notenbank ist nicht legitimiert, Politik zu machen, folglich brauche sie einen Handlungsrahmen mit Anweisungen, wie sie die Stellwerksleiter bei der Bahn haben.
2. Es ist keine gute Idee, eine Notenbank zur Aufsichtsbehörde der Geschäftsbanken gemacht zu haben.
3. Die Notenbank ist nicht legitimiert, in Horte brachliegendes Geld durch Geld aus der Notenpresse zu ergänzen, sondern muss für eine geeignete Umlaufsicherung des Geldes sorgen.
4. Auch die Münzausgabe, ist Aufgabe der Notenbank und nicht des Finanzministers.
5. Die Notenbank ist weder Kreditgeber von Staatskassen noch deren Hausbank.
6. Der Notenbank sind Eingriffe und Geschäfte im Devisenmarkt zu untersagen.
7. Die Notenbank ist gehalten, an einer Internationalen Clearingstelle nach dem Modell BANCOR von Keynes und Schumacher, nach dem Modell IVA (Internationale Valuta-Assoziation) von Gesell oder einem besseren Modell mitzuwirken.

8. Die Notenbank hat nicht den Auftrag, einen Gewinn zu erwirtschaften, aber den Überschuss an die beteiligten Länder abzuliefern.
9. Wenn die Notenbanken Geld auf dem Kreditweg emittieren, haben ihre diesbezüglichen Zinssätze über den Marktzins zu liegen, damit erst das im Markt vorhandene Geld aktiviert wird.
10. Die Notenbank hat eine Geldschöpfung zu bevorzugen, die der Güterschöpfung nahe kommt (Merksatz: Keiner darf zu Geld kommen, der nicht vorher dem Markt entsprechende Werte hinzugefügt hat.)
11. Die Notenbank hat eine Inflationsrate von Null % einzuhalten mit einer tolerierten Abweichung von plus minus $\frac{1}{2}$ % .
12. Indexklauseln in allen Verträgen sind erlaubt und bedürfen keiner Genehmigung.
(Aufzählung ist keine Rangfolge.)

Schumpeters Einschätzung des Zinses ist richtig. Zu ergänzen ist nur: Die Preisfunktion des Zinses funktioniert auch, wenn der Zins zwischen -2% und $+2\%$ schwankt. Je näher er um 0% schwankt, um so weniger verursacht er Vermögens- und Einkommensübertragungen nach der einen oder anderen Seite. Wichtig ist aber, dass die Konjunktursperre, die durch den Zins bisher immer eintrat und tritt, wenn er dauerhaft unter 3% sank, aufgehoben wird. Ein Zinsverbot ist unsinnig, weil es einfach umgangen wird. Aber ebenso ist es unsinnig, wenn die Zentralbank den Zins im Kreditmarkt manipuliert und dadurch ein marktwirtschaftliches Steuerungselement außer Kraft setzt.

Eine andere Frage ist, ob der Zins ethisch gerechtfertigt ist. Wenn Schumpeter sagt, »Der Zins fließt aus dem Unternehmergewinn« ...Er sei »keine selbständige Frucht«, dann muss das ergänzt werden. Jedes Unternehmen muss die Zinskosten – auch jene, die im Preis des Vorproduktes stecken – aus seinem Ertrag tragen, dadurch schmälert sich sein Gewinn, wenn es ihm die Marktsituation für seine Produkte nicht erlaubt, die Zinskosten in seinen Preisen weiterzureichen.

Kürzlich wurde ein Beitrag an mich weitergeleitet. Das Thema: > Europas Dilemma: Scheitert die Wirtschaft, scheitern die Renten < [Deutsche Wirtschafts Nachrichten](#), [Ronald](#)

[Barazon](#) Veröffentlicht: 23.02.16 00:54 Uhr. Der Verfasser wird wie folgt vorgestellt:

Ronald Barazon war viele Jahre Chefredakteur der Salzburger Nachrichten. Er ist einer der angesehensten Wirtschaftsjournalisten in Europa und heute Chefredakteur der Zeitschrift „Der Volkswirt“ sowie Moderator beim ORF.

Barazon zählt 11 „Banalitäten“ auf, um zu seiner Aussage zu kommen. Mich interessieren hier im Themenzusammenhang nur zwei. Die erste bestätigt nur die Bedingungen, unter denen im Kapitalismus Unternehmen wirtschaften müssen. In der zweiten „Banalität“ steckt

für mich der Stein des Anstoßes. Barazon schreibt:

Erste Banalität: Die Unternehmen, alle Unternehmen, kleine, große, mittelständische wie Konzerne arbeiten mit Kapital. Es ist immer Kapital im Einsatz, das verzinst werden muss und auch wird. Ob die Verzinsung in Dividenden, in Ausschüttungen, in Kreditzinsen oder im Unternehmerlohn besteht, ist für die Strukturanalyse vorerst nebensächlich. Festzuhalten ist, dass Kapital zum Einsatz kommt, gleichgültig ob es aus eingezahlten Aktien oder GesmbH-Anteilen stammt, aus erzielten Gewinnen oder aus Krediten.

Zweite Banalität, schon etwas weniger banal: Die Verzinsung des Kapitals ist die einzig relevante Wertschöpfung, wenn es um den Einsatz von Geldmitteln geht. Nur die von den Unternehmen erwirtschaftete Kapitalverzinsung kommt dem Sparer, dem Aktionär, dem Gesellschafter zugute. Zinsen werden auch vom Staat für Anleihen und von den Privaten für Kredite bezahlt – nur, auch diese müssen zuerst von den Unternehmen in Form von Steuern oder Löhnen erwirtschaftet werden.

Der Aussage, dass die Unternehmen die Zinsen erwirtschaften müssen, können wir mit Schumpeter zustimmen: »Der Zins fließt aus dem Unternehmergewinn.« Aber zu dem Satz „Die Verzinsung des Kapitals ist die einzig relevante Wertschöpfung, wenn es um den Einsatz von Geldmitteln geht.“ können wir mit Schumpeter antworten: Er ist »keine selbständige Frucht«. Hier spielt wieder die Lehre von den drei Produktionsfaktoren eine Rolle. Es ist ein alter Streit, von dem man doch eigentlich annehmen könnte, dass er in einer Zeit, wo der Flug zum Mars schon geplant wird, von der Wirtschaftswissenschaft schon geklärt und geschlichtet sein müsste. Aber wie man an der Aussage eines Chefredakteurs des Wirtschafts-
magazin „Der Volkswirt“ (http://www.der-volkswirt.at/volkswirt/fhs/files_fhs/Inhalt_VW_0415.pdf?bereich=1) feststellen kann, ist das nicht so.

Ich habe hier fünf Bände des Moralthologen und Wirtschaftsethikers Johannes Kleinhappl stehen, die von Ernst van Loen redigiert und herausgegeben wurden. Der eine Band trägt den Titel „*Christentum und Politik*“, ein anderer „*Kirchliche Kapitalismuskritik*“. Kleinhappl weist nach, dass nur die Arbeit produktiv ist. Sein Gegenspieler, der zum Schaden der Glaubwürdigkeit der Kirche den Sieg davon getragen hat, war Oswald von Nell-Breuning. Einen Titel von von Nell-Breuning habe ich schon benannt. Ein anderer lautet: „Den Kapitalismus umbiegen“. Aus dem Titel geht schon hervor, dass von Nell-Breuning davon ausgeht, dass der Kapitalismus nicht aufzuheben ist.

Ich habe hier eine Arbeit vorliegen, die ist aus dem Jahr 1934. Der Titel lautet: „*Die Todsün-*

de der Nationalökonomie“. Als Verfasser wird angegeben: Dr. Otto Conrad / Privatdozent für politische Ökonomie an der Technischen Hochschule in Wien. Conrad bemüht sich nachzuweisen – was ihm aus meiner Sicht auch glaubhaft gelingt –, dass die Lehre von den drei Produktionsfaktoren und ihrem Anspruch auf Entlohnung eine geistige Verirrung ist. Ich vermute, dass der Begriff „Todsünde“ sich hier auf den Verrat der Rationalität des Urteils bezieht. Conrad schreibt unter anderem:

Was zunächst die Behauptung anbelangt, daß der Boden und das Kapital Produktionsleistungen verrichten, so stützt sie sich auf die Tatsache, daß ohne Boden eine Produktion überhaupt nicht möglich ist, daß ferner die Größe des Produktionserfolges ganz wesentlich von der Beschaffenheit des Bodens und des Kapitals abhängt. Daraus zieht man den Schluß, daß auch der Boden und das Kapital Produktionsleistungen verrichten, die zu den Produktionsleistungen des Menschen hinzutreten. Das Sozialprodukt stellt sich dann dar als das gemeinsame Produkt der drei in der Wirtschaft tätigen, an der Produktion mitwirkenden Wirtschaftssubjekte.

Bei keiner anderen menschlichen Tätigkeit hat man jemals einen solchen Schluß gezogen. Ohne Violine kann man nicht geigen. Wer würde daraus schließen wollen, daß nicht nur der Geiger, sondern auch die Geige geigt, daß beide gemeinsam Violine spielen? Gewiß niemand. Die Violine ist eben Musikinstrument und nicht Musikant, ganz ebenso wie Kapital und Boden Produktionsmittel und nicht Produzenten sind. ... (S. 4 f.)

Ich will noch einen Ausschnitt aus Ihrem Buch bringen und kommentieren, um mich dann mit Ihren Schlusssätzen gedanklich vereinernd zu verabschieden. Vorweg noch ein kleines Zitat, das immer mal wieder in der Literatur hervorgeholt wird, wenn es um die Schwierigkeit der Klärung von Fragen zum Geld geht. Ich habe vorhin einen Blick in das „Traktat über Geldabwertungen“ von Nicolaus Oresme (Bischof von Lisieux, 1325 – 1382) geworfen.³⁴ Ich wollte auf die Schnelle feststellen, ob er auch etwas zu den Produktionsfaktoren geschrieben hat. Ich konnte es nicht feststellen. Ich vermute es eigentlich auch nicht, weil sein Thema die willkürlichen Kaufkraftveränderungen des Geldes sind und nicht die Einkommensübertragungen durch den Zins. Aber in der Einleitung von Edgar Schorer fand ich das angekündigte Zitat:

„Einer der beiden Pitt hat gesagt, daß es auf dieser Welt nur zwei Dinge gebe, welche die Menschen verrückt machen können, das eine sei die Liebe und das andere das Nachdenken über das Wesen des Geldes.“

Ich weiß nicht wer die Pitt's waren, aber ich kann die Aussage nachempfinden. Mit der Liebe machen wir ja alle mehr oder weniger solche Erfahrungen und wenn man sich auf Diskus-

³⁴ Es ist die Ausgabe von 1937 in Latein und Deutsch. Es gibt auch noch eine Ausgabe von 1999, übersetzt von Wolfram Burckhardt und mit einem Nachwort von Martin Burckhardt.

sionen über die Giralgeldschöpfungsmöglichkeiten der Geschäftsbanken einlässt, bleiben solche Erfahrungen auch nicht aus. Trotzdem halte ich den Spruch für ein Ablenkungsmanöver. Denn letztlich geht es im Geldwesen nicht um die Metaphysik, sondern um reale, erklär- bare Tatbestände und Vorgänge. Nun aber zu dem vorletzten Auszug aus Ihrem Buch. Im ers- ten geht es um die Staatsverschuldung und im zweiten um den Ausblick. Zum Thema Ver- schuldung wollte ich ein oder zwei Sätze zitieren, aber wegen der grundsätzlichen Bedeu- tung wähle ich gleich zweieinhalb Seiten aus Ihrem Buch. Ich hoffe, dass Sie über soviel Aufmerksamkeit für dieses Thema erfreut sind. Bei den Zahlenangaben sollten die Mitleser bedenken, dass Ihr Buch 2013 erschienen ist. Mit der Seite 159 beginnend schreiben Sie:

Nun ist die staatliche Verschuldung keine Erfindung der Neuzeit. Neu ist nur die frivole Enthemmtheit, mit der dies alles geschieht. Um uns einen Über- blick über den Charakter der Veränderung zu verschaffen, sollten wir uns gedanklich auf eine Teststrecke für Formel-1-Piloten begeben. Wäre der Staat ein Rennwagen und der Verschuldungsgrad von 50 Prozent des Sozi- alprodukts würde auf dem Tachometer als eine Geschwindigkeit von 130 Ki- lometern pro Stunde angezeigt, wäre Kanzler Brandt 50 km/h und sein Nachfolger Schmidt 95 km/h gefahren. Einheitskanzler Kohl erhöhte das Tempo auf 155 Stundenkilometer. Merkel rast bereits mit 205 Kilometern pro Stunde über die Piste.

Im Zuge der Euro-, Staaten- und Bankenrettung gab sie Garantieerklärun- gen und Bürgschaften ab, die, wenn sie fällig werden sollten, die deutsche Staatsschuld nochmals um 250 Milliarden Euro oder zwölf Prozent unserer Wirtschaftskraft steigern würden. Nach Fälligwerden dieser Verpflichtungen würde Merkel mit 230 Stundenkilometern dahinsausen. Das Risiko des Un- glücks steigt.

Das Vorgehen der Regierungen wirft nicht nur Fragen der Seriosität auf, sondern auch Fragen der Legitimation. Darf eine für vier Jahre gewählte Regierung Entscheidungen treffen, die die Spielräume späterer Generatio- nen derart beeinträchtigen? Wirkt nicht diese Form des Zukunftsverzehr- s wie eine Enteignung, bei der die Betroffenen, die Ungeborenen in diesem Fall, nicht einmal die Chance haben, den Rechtsweg zu beschreiten? Und bedeutet es nicht generell einen Missbrauch des parlamentarischen Budget- rechts, wenn die jetzige Generation von Abgeordneten das Königsrecht des Parlaments schon im Vorgriff auf die ihr nachfolgenden Abgeordnetengene- rationen ausübt?

Die Verschuldung wirkt durch die Jahrzehnte nach. Das ist das Teuflische an ihr. Eine Sporthalle beispielsweise, die 1970 mit einer Million Euro gelie- henem Geld gebaut wurde, würde (einen Zinssatz von vier Prozent unter- stellt) von der Gemeinde und ihren Bürgern bis zum Jahr 2010 fast fünfmal bezahlt. Zu den Baukosten von einer Million Euro kommen nämlich 3,8 Mil- lionen Euro an Zinszahlungen dazu, da der Staat sich angewöhnt hat, auf

Tilgung zu verzichten. Der Zinseszins-Effekt treibt ein böses Spiel. Die Kosten der Sporthalle steigen - da die Mechanik von Zins und Zinseszins ja nie zum Stillstand gebracht wird - sogar ins Unendliche. Die Banken triumphieren, aber der Bürger wird mit jeder Sporthalle, die auf diese Art gebaut wird, geschädigt. Bei ihrer Einweihung müsste eigentlich ein Trauermarsch gespielt werden.

Wer die öffentlichen Haushaltsbücher aufschlägt, bekommt die Geschichte von Maß- und Gedankenlosigkeit im Detail erzählt. Noch der kleinste Kredit ist hier verzeichnet. Vor allem aber fällt der wachsende Posten für die Zinslast auf. Allein beim Bund fließen mittlerweile zehn Prozent aller Ausgaben direkt an die kreditgewährenden Banken zurück, rund 30 Milliarden Euro jährlich. In den Bundesländern Bremen, Saarland und Berlin müssen mittlerweile zweistellige Prozentzahlen des Landeshaushalts für die Zinszahlung reserviert werden.

Dabei haben wir noch das Glück, dass Deutschland das Geld im Durchschnitt zu einem Niedrigzinssatz von 1,3 Prozent geliehen bekommt. Ein Anstieg der Schuldzinsen um zwei Prozent würde den Staatsetat um weitere vier Milliarden Euro pro Jahr belasten, was dem Dreifachen des Betreuungsgelds entsprechen würde. Der Posten »Zinsbelastung« ist jetzt schon größer als der Verteidigungsetat, der eine 250 000-Mann-Armee zu unterhalten hat.

In der nunmehr 64-jährigen Geschichte der Bundesrepublik mussten Länder, Kommunen und der Bund bisher insgesamt 1350 Milliarden Euro an Zinszahlungen an ihre Gläubiger überweisen. Dieser Betrag entspricht der 2,5-fachen Summe der in 2011 erwirtschafteten Unternehmensgewinne. Die Kreditfinanzierung ist die bequemste und zugleich die teuerste Art, ein Gemeinwesen zu finanzieren.

Die große Umverteilung unserer Tage findet daher keineswegs zwischen Arm und Reich statt, wie die politische Debatte uns weismachen will, sondern zwischen geboren und ungeboren. Unsere Nachfahren sind dazu verdammt, hohe Wachstumsraten zur Bedienung der Billionenschuld zu erwirtschaften. Gelingt ihnen das nicht, wartet auf sie ein Leben in Zinsknechtschaft. »Die Wahrheit ist den Menschen zumutbar«, hat die Schriftstellerin Ingeborg Bachmann einst gesagt. Aber diese Wahrheit ist den Menschen nur schwerlich zumutbar. Schon deshalb lohnt es, ihr Eintreffen zu verhindern. (S. 159 f.f.)

Das Lesen Ihrer guten Schilderung der Wirkung der Verschuldung sollte jeden Morgen eine Pflichtübung der Parlamentarier auf allen Gliederungsebenen werden, so wie das Morgengebet für Gläubige unterschiedlichen Glaubens. Es würde wohl keine besserer Wirkung erzeugen. Kaum ist die Neuverschuldung eingedämmt, hören wir doch schon wieder eine Kritik an der schwarzen Null des Finanzministers bei der Neuverschuldung.³⁵

35 Die nachfolgenden Anmerkungen sind vor allem für die MitleserInnen gedacht.

Die Frage nach der Legitimation des Staates für die Verschuldung ist voll berechtigt und es zeigt sich, dass es unserer Verfassung mit abgelaufener Gültigkeitsdauer gar nicht so gut ist, wie die Propagandisten des alten Zustandes behaupten. Zinszahlungen sind grundsätzlich eine Form der Enteignung, weil sie in ihrem Kern – das heißt, ohne jenem Teil, den man als Inflationsausgleich, Risikoprämie und Verwaltungsaufwand beschreiben kann – ohne Gegenleistung gezahlt werden müssen. Es ist aber eben nicht so, dass nur künftige Generationen davon betroffen sind, sondern auch die gegenwärtigen. Denn – wie ich schon erwähnt habe, sind 80 % der Bürger bei der Saldierung von Soll- und Habenzinsen die Verlierer. 10 % kommen mit einem Plus-minus-Null heraus und nur 10% der Bewohner sind die Gewinner. Aber bei diesen 10 % der Gewinner gibt es nochmals eine Ungleichverteilung. Ich weise in diesem Zusammenhang nochmals auf die Arbeiten von **Helmut Creutz** und sein Buch „**Das Geld-Syndrom**“ hin. Die erste Auflage erfolgte 1993, letzte überarbeitete Auflage im Jahr 2012. Er hat mit Beginn des Rentenalters ohne Vorkenntnisse den Themenkomplex Verschuldung und Wirkung der Zinsströme, ohne nach einem Lohn zu schielen, aufgearbeitet. Eine Arbeit, die man hätte von den Wirtschaftsforschungsinstituten hätte erwarten können, die sie aber nicht geleistet haben. Helmut Creutz war - wie Sie - sehr früh für die GRÜNEN tätig, die Partei hat – zum eigenen Schaden – sein Wissen aber nicht genutzt, dafür aber zugelassen, dass er mit der Faschismuskeule bearbeitet wurde.³⁶ Die Bearbeitung des Zinsthemas wurde gleichgesetzt mit dem von den Nazis missbrauchten Schlagwort von der Brechung der Zinsknechtschaft. Aber auch außerhalb der zwielichtigen politischen Diskussion ist eine sachliche Erörterung des Verschuldungs- und Zinskomplexes nur schwer zu erreichen. Schon die Meldungen in den Medien, dass ein Nullzins die Sparer enteignen würde, stimmt nicht oder nur, wenn die Inflationsrate über Null liegt. Wenn es möglich wäre, dauerhaft ein Zinsniveau von Null Prozent zu halten, würden eben 80 % der Bevölkerung zu den Gewinnern gehören, weil einfach die Zinslast, die als Kosten in den Preisen - die für alle möglichen Güter gezahlt werden -, stecken, sich ebenfalls auf Null reduzieren würden. Die Kaufkraft des Geldes würde um 30 bis 40% steigen.

Auch Ihr Satz: „Die Kreditfinanzierung ist die bequemste und zugleich die teuerste Art, ein Gemeinwesen zu finanzieren.“ trifft voll zu. Den Wählern wird vorgegaukelt, sie bekämen etwas, ohne dafür zahlen zu müssen. In Wirklichkeit zahlen sie durch spätere Steuererhöhun-

³⁶ Darin kommt die Unsicherheit zum Ausdruck wie der ganze Komplex sachlich und politisch zu bewerten ist, aber auch die Angst, selber von der Faschismuskeule (Die ein Vorwurf ist, faschistisches Gedankengut zu vertreten.) getroffen zu werden.

gen oder durch aufgehobene Steuererleichterungen den vollen Preis und die Kreditkosten wie beim Ratenkauf oder wie beim Kauf mittels Konsumkrediten. Das ganze könnte man analog zur „Lügenpresse“ dann „Lügenpolitik“ nennen (Aber nicht in dem Sinn, dass bewusst gelogen wird.)

Ich kann mich an einer Diskussion mit dem 1989 verstorbenen Direktor der LVA Berlin, Heinz-Peter Neumann, erinnern. Es galt noch die Annahme, dass eine solide Verschuldung des Staates vorläge, wenn sie nicht dem „politischen Konsum“, also den laufenden Ausgaben, sondern den Investitionen dienen würden, weil dann auch die nächsten Generationen einen Nutzen stiften würden. Wir kamen aber zu dem Schluss, dass das nur in ganz eingeschränktem Maße gelten könne. Die Investitionen z. B. in den Erhalt von Kulturgütern mag auch den nächsten Generationen erfreuen, aber was in der jeweils aktiven Generation im allgemeinen investiert wird, hat eine kurze Haltbarkeit. Ob Straßen, Brücken, öffentliche Gebäude oder gar die militärische Rüstung, diese Investitionen haben eine kurze optimale Nutzungsdauer oder erzeugen einen so hohen Erhaltungsaufwand, dass der Nutzen für die Generationen danach, die die Schulden zu tilgen und verzinsen haben, gering oder negativ ist. Auch Parlamente der laufenden Legislaturperiode, die mit Schulden Vorhaben finanzieren, beschneiden den Gestaltungsspielraum der Abgeordneten der folgenden Legislaturperioden. Aus dieser Perspektive sind Verschuldungen, die über ein oder zwei Legislaturperioden hinausgehen, ein Übel, das gemieden werden sollte.

Die Finanzierung der bequemsten Art von Staatsausgaben wird aber nicht nur genutzt, weil man die Wähler damit so leicht täuschen kann, sondern auch aus konjunkturpolitischen Gründen. Wir haben einmal die - immer wieder verdrängte - Erkenntnis, dass der Wert des Geldes von seinem Volumen im Verhältnis zum Volumen der im Markt befindlichen Güter abhängt.

In der „*Geschichte der Volkswirtschaftslehre*“ von Siegfried Wendt³⁷ ist zu lesen:

Die Geldlehre ist auf der Grundlage des Gedankens, daß Geld eine „Anweisung“ sei, von verschiedenen Schriftstellern entfaltet worden. In England hat JOHN LOCKE Wesentliches dazu beigetragen, die Funktionen des Geldes zu erkennen. Er hat auch nach den Bestimmungsgründen der Wertschwankungen des Geldes gefragt und ist zu der Erkenntnis gekommen, daß die Geldmenge den Wert des Geldes entscheidend bestimme.

37 Sammlung Göschen, Band 1194, S. 20

Dieser - der einfachen Quantitätstheorie entsprechende - Gedanke ist vor ihm schon durch JOHANNES BODINUS (1530-1596) entwickelt worden.

Dann haben wir das Saysche Theorem, das der Kurzform besagt, dass das Angebot seine Nachfrage erzeugt. Man denke dabei nicht an Werbung, die den Käufer manipuliert, sondern, dass in der Produktion auch schon die Einkommen entstehen und verteilt werden. Wendt berichtet unter dem Titel „Die Ausbreitung des klassischen Denkens“ auf der Seite 48 u.a. folgendes:

Ausgebreitet worden sind theoretische Haltung und wirtschaftspolitische Forderung der „Klassischen Schule“ in Frankreich vornehmlich durch JEAN BAPTISTE SAY (1767 bis 1832) und FREDERIK BASTIAT (1801-1850). SAY hat in seiner Theorie der Absatzwege nachzuweisen versucht, daß eine totale Störung des Wirtschaftsablaufes durch eine allgemeine Überproduktion bei völlig freiem wirtschaftlichen Verkehr undenkbar sei. Denn jedes Warenangebot schließe in sich die Bereitschaft zu einer entsprechenden Warennachfrage. Ja, das Warenangebot sei nichts anderes als der Ausdruck der Warennachfrage. Eine allgemeine Überproduktion sei logisch undenkbar. Auftretende Störungen seien daher immer nur als Teilstörungen aufzufassen. Solche Teilstörungen im Marktgeschehen seien möglich, wenn diejenige Ware, die begehrt wird, nicht geliefert werden könne. In einem solchen Falle müßten andere Warengruppen unabsetzbar bleiben. Bei derartigen Störungen stimmen Angebot und Nachfrage, die der Gesamtgröße nach immer gleich sein müßten, der Qualität nach nicht überein.

Die Annahme von Say stimmt logischerweise nur dann, wenn das Einkommen auch voll wieder zur Nachfrage wird. Da das Geld auch immer wieder zur Schatzbildung missbraucht wurde (Wertaufbewahrungsfunktion des Geldes) ist es auch immer wieder zum Ausfall der Nachfrage – und damit zu Konjunkturreinbrüchen – gekommen. Spätestens ab 1916, als Silvio Gesell sein Hauptwerk „*Die natürliche Wirtschaftsordnung*“ veröffentlicht hatte, hätte die Wirtschaftswissenschaft und -politik von dem Zusammenhang zwischen einem sinkenden Zinsfuß und der zunehmenden Neigung, Geld zu horten und damit zum Ausfall der Nachfrage wissen können. Aber erst als Keynes 1936 seine „*Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes*“ veröffentlicht hatte und vom Hang zur Liquidität bei sinkendem Zinsfuß und von der Liquiditätsfalle schrieb, setzte ein Umdenken ein. Und hier besteht der Unterschied zwischen Gesell und Keynes (oder von den Keynesianern), wie schon aus dem Leserbrief von Karl Walker in der Wirtschaftswoche Nr. 9 von 1971 – den ich weiter oben zitiert habe – hervorgeht. Während Gesell dem Geld, das in der Liquiditätsfalle

steckt durch eine Umlaufsicherung des (Bar-)Geldes nur Beine machen wollte, empfahl Keynes und praktizierten die Keynesianer, das brachliegende Geld einfach durch neues zu ersetzen. Der Staat solle sich in Höhe des ausfallenden Geldes verschulden und die Schuld bei guter Konjunkturlage wieder tilgen. Das hat bekanntlich nicht geklappt, denn die Politiker sehen auch bei guter Konjunkturlage immer dringend zu schließende Lücken in der Finanzierung staatlicher Tätigkeit, die aus dem erhöhten Steueraufkommen finanziert werden müssen. Eine Tilgung der zur Konjunkturankurbelung eingegangenen Verschuldung bleibt aus.

Wenn aber der Staat durch seine Verschuldung brachliegendes Geld in den Verkehr locken will, muss er natürlich einen wesentlich höheren Zinssatz zahlen, als jenen, der das Geld in die Horte getrieben hat. Durch diese erforderlichen hohen Zinssätze setzt dann aber ein Automatismus zur weiteren Verschuldung in Gang.

Werden diese Schuldverschreibungen aber durch die Zentralbank – wie zur Zeit von der EZB unter seinen Präsidenten Mario Draghi – angekauft, dann ist das eine Umgehung des Verbots der Staatsfinanzierung durch die Notenpresse und führt automatisch zu einem inflationären Trend, es sei denn, das neu emittierte Geld verschwindet gleich wieder in die Horte, wie es zur Zeit offensichtlich geschieht. Das Inflationspotential hängt aber wie ein Damokles-Schwert über uns. Die Staatsverschuldung wirkt also wie eine Lastenübertragung auf spätere Wahlperioden und Generationen und erzeugt, wenn sie aus der Notenpresse finanziert wird, ein Inflationspotential, ohne dass wirklich die Probleme der Beschäftigung und der Einkommensverteilung gelöst werden.

Wenn man bedenkt, dass mit dem Wissen Gesells Hitler und der Holocaust und die Verwerfungen in der Ökonomie von heute – die schon seit Jahrzehnten dauern – zu vermeiden gewesen wären, dann ist das zum Verrücktwerden, wenn Ökonomen, die sich auf ihrem Status etwas einbilden und sich für ihre Tätigkeit gut bezahlen lassen, es nicht einmal nötig haben, die Lösungsangebote ernsthaft zu prüfen. Wir haben gelernt, dass Mitglieder von Regierungen autoritärer Staaten, wie das Nazideutschland und die DDR als Kriminelle eingestuft werden. Wenn demokratische Regierungen aufgrund von ideologischer Verblendung oder nur zum Machterhalt Reformen verweigern, die das Volk in einen Stand führen könnte, in dem es sich wohlfühlt, muss man sie dann nicht ebenfalls als Kriminelle brandmarken?

Es gibt auch für Volkswirtschaften ein altersgerechtes Verhalten. Vielleicht sollten wir unsere Erwartungen nicht nur den Möglichkeiten, sondern auch den Bekömmlichkeiten anpassen.

Das krediterzeugte Wachstum ist riskant und schädlich, ...

Aber die gute Nachricht lautet: Es ist unnötig. Es gibt zumindest keinen wirtschaftlichen Zwang, die Wachstumsraten künstlich hochzuhalten.

... Der echte Wohlstandszuwachs, der sich aus der Erfindung von gänzlich Neuem und der Verbesserung des Bestehenden speist, ist nicht zu tadeln.

Eine stationäre Wirtschaft, die sich selbst genügt und das Neue für entbehrlich hält, wird auch dem gesellschaftlichen Fortschritt nicht förderlich sein.

Wenn wir schon mit uns selbst ins Gespräch kommen, sollten wir alle entscheidenden Begriffe nochmals neu in die Hand nehmen: Wohlstand, Freiheit, Sicherheit. Gerade jetzt, nachdem wir die komplexe Geschehenskette gemeinsam abgelaufen sind, fühlen sich diese Werte wertvoll an. Wir haben gesehen, dass keiner dieser drei im Zuge eines göttlichen Schöpfungsprogramms über uns gekommen ist. Alles hat sich entwickelt, ist erarbeitet, erkämpft, manches auch erduldet und erlitten. Aber nichts ist garantiert.

Der Wohlstand ist so flüchtig wie die Freiheit zerbrechlich. Selbst die Idee, die Geschichte besitze einen inneren Fortschrittsautomatismus, erwies sich, wie wir gesehen haben, als haltlose Schwärmerei. Es geht für unsere Gesellschaften in alle nur denkbaren Richtungen weiter - nach unten, nach oben, und seltener, als man glaubt, verbleibt eine Nation für längere Zeit auf dem Hochplateau des Gegenwärtigen.

Ich habe entgegen meiner Ankündigung doch noch einen weiteren (gekürzten) Textblock aus dem Ende Ihres Buch nach hier übernommen. Die Stichworte sind a) „Wachstumszwang“, b) „alles ist erarbeitet und erlitten“ und c) „entscheidende Begriffe nochmals in die Hand nehmen“.

Zu a) In einer begrenzten Welt kann es kein unendliches Wachstum geben, sagen zu Recht die Wachstumskritiker. Alle natürlichen Wachstumskurven steigen nach dem Start steil an, um sich dann abzuflachen und auf ein vorgegebenes Niveau für eine bestimmte Zeit zu halten. Die gegenläufige, die exponentielle Kurve, wie sie beim Krebs und beim Zins vorkommt, steigt langsam an, um dann letztlich in eine unendliche Senkrechte zu gelangen, was schon vorher zum frühzeitigen Tod oder Zusammenbruch führt.³⁸ Es ist aber richtig, dass wir kein dauerndes Wachstum für den Wohlstand für alle benötigen. Die Fixierung der Politik auf das Wachstum hängt einfach damit zusammen, dass man hofft, mit dem Wachstum unserer ökonomischen Probleme lösen zu können und die Gesellschaft aufgrund der vorhandenen sozialen Spannungen - die ihre Ursache in verzerrten Einkommens- und Vermögensverteilung haben – zusammen zu halten. Es gibt keinen Wachstumszwang, aber doch einen Wachstumsdruck, weil aufgrund der sich steigernden Kapitalbildung immer mehr Kapital einen Verzinsungs- bzw. einen Renditeanspruch geltend macht. Dieser Anspruch lässt

38 Siehe dazu die Grafik von Helmut Creutz: http://www.helmut-creutz.de/pdf/grafiken/d/creutz_066.pdf

sich aber nur auf Kosten des Arbeitseinkommens realisieren.³⁹ Wenn die große Mehrheit der Menschen, die vom Arbeitseinkommen leben, ihren Lebensstandard nicht verlieren wollen, müssen sie mehr arbeiten und produzieren. Mit dem Wachstum real und inflationär lässt sich ein Fortschritt und die Beibehaltung des bisherigen Wohlstands-Status vortäuschen.

Zu b) Die Geschichte lehrt, dass der Wohlstand, die Freiheit und Sicherheit keine Selbstverständlichkeiten sind. Wir müssen uns den jeweils erreichten Grad und eine mögliche Steigerung immer wieder erarbeiten. Dieses Erarbeiten geschieht aber nicht nur dadurch, dass wir treu und ausdauernd eine übernommene oder zugewiesene Arbeit ausführen, sondern verlangt von einem ausreichenden Anteil der Bürger auch zu beobachten, welche Wirkungen unser tun auf uns selbst und die anderen Menschen in der Nähe und Ferne hat. Ohne dieses Mitdenken über den Kreis der Parteimitglieder und den Stellvertreterdemokraten hinaus, muss das zugewiesene Maß passiv erlitten werden.

Zu c) Es ist in der Tat so, dass viele entscheidende Begriffe, die das Fundament der allgemeinen Menschenrechte bilden, nur noch so gebraucht werden, wie eine Banknote, die durch eine Inflation ihren Wert verloren hat. Der Nennwert steht immer noch drauf, der Kaufwert ist so stark reduziert, dass er seine Verkehrstauglichkeit verloren hat. Im angeblichen Land der Dichter und Denker ist dem Volk das Denken darüber abhanden gekommen oder wurde von ihnen noch nie abverlangt. Wir wurden mit der Narrenfreiheit abgespeist, weil uns die haftende Gestaltungsfreiheit verweigert wurde und gaben uns damit zufrieden. Der erreichbare Wohlstand, der ohne das Getriebensein, aber mit der Muße für die wichtigen Dinge im Leben möglich ist, wurde der Mehrheit der Bürger bei uns (und in anderen Gesellschaften) mehr aufgrund von Uneinsichtigkeit als aus Boshaftigkeit verweigert. Der Glaube, eine Marktwirtschaft ohne Kapitalismus geht nicht, hat sich festgesetzt. Die Sicherheit wird mit der Zahl der Polizisten und der Höhe des Militärhaushaltes gleichgesetzt, obwohl man doch weiß – oder wissen kann –, dass Bürgerfrieden und der Völkerfrieden von dem gleichberechtigten Zugang der Menschen zu den Schätzen der Erde abhängt, die die Natur oder ein Schöpfergott den Menschen – egal welcher Hautfarbe - zum Überleben und Gedeihen zur Verfügung gestellt hat.

Werter Herr Steingart, ich komme zum Ende. Auslöser des Schreibens dieses Briefes war

39 Siehe dazu die Grafik von Helmut Creutz: http://www.helmut-creutz.de/pdf/grafiken/e/creutz_021.pdf

Ihre Teilnahme an der Sendung mit Maybritt Illner mit dem Thema: „Auf verlorenem Posten – Scheitert Merkel an Europa?“ vom 18. Februar 2016. Der Titel hätte auch lauten können: „Scheitert Europa an Merkel?“ Oder: Scheitert die Entwicklung und der Frieden Europas und der restlichen Welt an den Mängeln ihrer Ordnungen. Es mag sein, dass hier und da in meinem langen Brief - der vor Beginn mit einer Länge von 2 bis 4 Seiten gedacht war – der Eindruck entstanden ist, dass ich die Gesamtordnung Deutschlands, Europas oder der Welt aus den Augen verloren hätte. Eine Gesamtordnung Europas oder der Welt hängt aber davon ab, ob die Teilordnungen in sich stimmig sind und ob ihre Interdependenz auf Harmonie oder Disharmonie abgestimmt sind. Schon folgende Schlagzeilen aus der HAZ vom 7. März zeigen, dass die Welt nicht zu einer dem Weltwohl verpflichtenden Ordnung kommen kann, wenn die Länder dieser Welt nicht zu einer Lösung ihrer Probleme, zu einer Ordnung kommen, die eine friedliche Weltordnung ermöglichen. Und wir kommen nicht zu dieser Ordnung, wenn allen eine bestimmte Glühbirnentechnik vorgeschrieben wird. Und jetzt die Schlagzeilen aus der HAZ:

China lernt die Krise kennen / Überkapazitäten, Entlassungen, soziale Spannungen: Die wirtschaftlichen Probleme gefährden die Machtbasis der Kommunistischen Partei.

Libyen, das vergessene Schlachtfeld / Deutsche Diplomaten fürchten eine neue Fluchtwelle der Verzweifelten

Den deutschen Gesellschaftswissenschaftlern hätte es, nachdem sie das Volk in der Zeit zwischen zwei Kriegen in den Nationalsozialismus getrieben haben und nach dessen Niederlage durch einen verlorenen Krieg, auf der Grundlage des vorhandenen Wissens gut angestanden, ihren Beitrag für die Entwicklung friedlicher Teil- und Gesamtordnungen als Wiedergutmachung zu leisten. Sie begnügten sich aber überwiegend damit, die „Schuld der Deutschen“ zu beschreiben und in unbeteiligten jungen Köpfe zu verankern, um so von ihrem eigenen Versagen abzulenken. Ich habe meine Zeilen in der stillen Hoffnung zusammengeschustert, um einen winzigen Beitrag zur Neuorientierung der Gesellschaftswissenschaften zu leisten. Nur die Erfahrung lehrt mich, dass diese Hoffnung trügt. Wenn das Bild von den Lemmingen – die unter bestimmten Umständen kollektiv Selbstmord betreiben sollen – stimmen würde, dann wären wir heutigen Deutschen erneut in dieser Rolle. Wir merken es aber erst im Augenblick des Sturzes in einen neuen Abgrund. Bis zu diesem Augenblick können wir uns ja an dem Vordermann ausrichten, der in die gleiche Richtung läuft.

Ich übernehme jetzt Ihr Schlusswort aus „Unser Wohlstand und seine Feinde“ als das meine und füge nur hinzu, dass Popper und Erhard gute Adressen sind, wenn man nach Unterstützung des eigenen Denkens sucht, aber keiner muss sich hier auf diese beiden Autoren beschränken. Es gibt für jeden, der sucht, eine große Auswahl von Vor-uns-Denkern. Das Zusammendenken der Ergebnisse muss aber jeder für sich selber leisten.⁴⁰

Am besten geht es den Menschen dann, wenn Wohlstand, Freiheit und Sicherheit wie bei einem Puzzle ineinandergreifen. Freiheit in Armut ist so wenig verlockend wie ein Wohlstand, der durch Unfreiheit erkaufte wurde. Wahrscheinlich müssen Karl Popper und Ludwig Erhard nacheinander gelesen, aber zusammen gedacht werden. Wohlstand, der mehr sein will als die Anbetung von Konsum, kann nur in der offenen Gesellschaft heimisch werden. Und diese wiederum darf bei aller Sehnsucht nach Sicherheit ihre Beziehung zur Freiheit nicht erkalten lassen.
»Wir müssen für die Freiheit planen und nicht für die Sicherheit«, sagte Popper. Und fügte sogleich hinzu: »Wenn auch vielleicht aus keinem anderen Grund als dem, dass nur die Freiheit die Sicherheit sichern kann.«

In der Hoffnung, dass etwas von meinen Überlegungen zu einer positiven Entwicklung unserer Gesellschaft und der Weltgemeinschaft, aber zu dem möglichen katastrophalen Absturz aller, in Ihrem, aber auch die der Mitleser, übernommen wird, grüßt

Tristan Abromeit

→ Letzte Meldungen →

40 Von einem, der das Zusammendenken aktuell geleistet hat, berichtete mir ein Freund per E-Mail. Es handelt sich um Prof. Dr. Carsten Müller, der ein Buch für Wirtschaftsingenieure geschrieben hat. Der Titel lautet: „Nachhaltige Ökonomie: Ziele, Herausforderungen und Lösungswege“ Mein Freund urteilt. Das Buch zeichnet sich durch Klarheit und Sachlichkeit aus.

<http://www.amazon.de/Nachhaltige-%C3%96konomie-Ziele-Herausforderungen-L%C3%B6sungswege/dp/3110370956>

Letzte Meldungen:

Draghi schafft den Zins ab 0 %

Niedriger geht's nun wirklich nicht mehr: Überraschend hat die Europäische Zentralbank den Leitzins am Donnerstag von 0,05 auf null Prozent gesenkt. Außerdem will die Notenbank im Kampf gegen die Mini-Inflation noch mehr Geld in den Markt pumpen, wie EZB-Chef Mario Draghi ankündigte: Von April an wird die EZB jeden Monat für 80 Milliarden Euro Staatsanleihen aufkaufen. Verschärft wurde der Strafzins für Banken. Die deutschen Geldhäuser sind nicht begeistert.

Das ist der Aufmacher (hier ohne Bild von Draghi) der HAZ vom 11. Mär7 2016. Auf der Seite 9 (sie gehört zum Wirtschaftsteil) gibt es dann einen ausführlicheren Bericht. Dort ist auch zu lesen:

EZB-Kurs missfällt deutschen Banken

Die deutsche Bankenbranche reagierte ablehnend auf die EZB-Ankündigungen: Der Bankenverband bezeichnete das Maßnahmenpaket der EZB als „Gift“. Es sei „vollkommen unnötig“, dass die EZB den Geldhahn noch weiter aufgedreht habe, erklärte Hauptgeschäftsführer Michael Kemmer. Die Beschlüsse der Notenbank würden für „immer mehr Menschen in der Euro-Zone zu einer Belastung“, kritisierte der Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, Georg Fahrenschon. Der Bundesverband Öffentlicher Banken betonte: Die Entscheidung der EZB verstärke „den Abwärtsstrudel für die Sparer“.

Eine Bank tritt in den Streik: Der Chef der Ethikbank, Klaus Euler, und seine Mitarbeiter wollen am 16. März gegen die „überbordende Kontrollbürokratie“ der EU und die „repressive Niedrigzinspolitik“ der Europäischen Zentralbank protestieren, wie das Geldinstitut in Eisenberg (Thüringen) ankündigte. Am Mittwoch kommender Woche werde bei der Ethikbank niemand erreichbar sein, weder persönlich noch per Telefon oder E-Mail.

Sie, Herr Steingart, haben sich im Handelsblatt Morning Briefing ebenfalls dazu geäußert. Ich kann Sie nicht zitieren, weil durch einen Bedienungsfehler, das E-Mail verschwunden ist. Man hier nur kommentieren. Wer eine sachlich richtige Lösung des Problems nicht will, landet in des Teufels Küche.

Gestern kam die Ausgabe 02/2016 der *Zeitschrift Humane Wirtschaft* ins Haus. Die ausschließliche Beobachtung dessen, was die Konkurrenz des Handelsblattes bringt, führt nur zur Anpassung und damit zum Eindruck der „Lügenpresse“. Ich an Ihrer Stelle würde die Redakteure und Schreiber anhalten, auch die Alternativblätter im Auge zu behalten. Es ist sicherlich nicht alles gut, was dort veröffentlicht wird. Aber wirkliche Anregungen findet man sicher eher dort, als in Blättern mit hohen Auflagen. Der Haupttitel der HW lautet diesmal: „Ist Bares Wahres oder war es das mit dem Barem?“

www.humane-wirtschaft.de .

Vorgestern kam das *PT-Magazin für Wirtschaft und Gesellschaft* ins Haus. Diese Zeitschrift versteht sich als offizielles Magazin des Wettbewerbes „Großer Preis des Mittelstandes“. Das Titelblatt der Ausgabe 2 / 2016 schmückt ein Bild von Dieter Hallervorden mit der schriftlichen Kennung: „Künstler, Kämpfer, Kaufmann“. Künstler, die nicht abhängig sind von Intendanten, Projektleitern, Stiftungen und Subventionstöpfen, sollten doch das Normale in einer Gesellschaft der Freien sein und keine Exoten. Ich erwähne dieses Magazins aber wegen der Einleitung von Dr. Helfried Schmidt. Hier ein Ausschnitt:

> Was ist Anstand?

Kann eine Stadt anständig sein? Eine Schulklasse? Oder der Lehrkörper eines Gymnasiums? Oder ist Anstand etwas ganz Individuelles, wie Liebe, oder Glück, oder Ehrfurcht?

Jeder Mensch kann jeden lieben. Er kann auch voller Ehrfurcht vor der Natur sein. Er kann sich anständig verhalten. Er kann sich auch anders entscheiden. Aber kann auch eine Gruppe von Menschen „anständig“ sein? Nützt es, das Verhalten von Gruppen mit individuellen Begriffen zu beschreiben? Was ist mit Gruppen von Gruppen? Wann wird aus dem Gebrauch eines Begriffs Missbrauch? Wann beginnt Sippenhaft?

Wer wie Albert Schweitzer tiefe Ehrfurcht vor der Natur empfindet, darf der sich „Zwangsbeglückungsideen“ wie dem Veggie-Day verweigern? Oder ist das unanständig? Sind Klimaschutz-Gegner Erd-Feinde?

Dank Facebook und Co. ist es heute tausendfach leichter, mit vielen Menschen Kontakt zu halten, als zu Zeiten J. W. von Goethes. Dabei sind Meinungs-, Rede- und Versammlungsfreiheit auch heute keine Selbstverständlichkeit. Es ist ein Segen, sich ungehindert darüber austauschen zu können, was richtig und was wichtig ist, was wünschenswert oder notwendig ist, was anständig ist. Wer dabei zuhört, der lernt sogar dazu. Und wenn viele lernen, werden viele klüger.

...

Wer anderen Vorhaltungen macht, überzeugt sie nie. Konfuzius riet „Fordere viel von dir selbst und erwarte wenig von den anderen.“ Wer von sich selbst stets mehr verlangt als von anderen, ohne sich deshalb wie ein Gockel zu brüsten oder als Besserwisser zu blamieren, der ist grundanständig. <

www.pt-magazin.de

TA

Freiheit zu Ende denken - 72 - Ordnung suchen. 144.0